
H 8040 F
ISSN 1619-1404
24. Jahrgang
Nummer 141
März | April 2013
3,00 Euro
der rechte rand
magazin von und für antifaschistInnen
BRAUNE STUDENTEN

editorial & inhalt

Liebe Leserinnen und Leser,

am 1. Mai wollen Neonazis wieder aufmarschieren. So mobilisiert die NPD bundesweit nach Frankfurt am Main und Berlin, die neue Nazipartei »Die Rechte« mobilisiert nach Dortmund und »Nationale Sozialisten« aus Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt wollen in Erfurt aufmarschieren. Ein Grund für uns, die Entwicklungen der Nazi-Aufmärsche der letzten Jahre zum 1. Mai Revue passieren zu lassen. Warum ist dieses Datum fester Bestandteil des Terminkalenders der Neonazis geworden? Und was tun GewerkschafterInnen dagegen?

Zwei weiteren festen Terminen im Kalender der Nazi-Szene widmen wir eine Nachbetrachtung: Beim »Gedenken an die deutschen Opfer« in Magdeburg und Dresden wurde deutlich, wie wichtig und erfolgreich antifaschistischer, entschlossener und kontinuierlicher Widerstand sein kann. Die Verurteilung des Antifaschisten Tim L. durch das Amtsgericht Dresden – ohne konkrete Beweise – wegen vermeintlicher »Rädelsführerschaft bei besonders schwerem Landfriedensbruch« zu 22 Monaten Haft ohne Bewährung muss als politische Kampfansage der Justiz an alle AntifaschistInnen gewertet werden. Unsere Solidarität gilt Tim und allen anderen, die aufgrund ihres antifaschistischen Protestes und Widerstandes angeklagt sind.

Die Aufarbeitung des rechten Terrors des NSU bleibt auch in den ersten Monaten des neuen Jahres mangelhaft, wie beispielhaft das Verhalten der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern und der Eklat um die Einladung der Angehörigen der Opfer ins Schloss Bellevue in Berlin zeigen.

Die Razzien und Ermittlungen gegen die österreichische Gruppe »Objekt 21« zeigen wieder einmal in erschreckender Klarheit, wie eng die militante Nazi-Szene mit Strukturen der organisierten Kriminalität verbandelt ist. Brandstiftung, Menschen- und Waffenhandel, Sprengstoffsammlungen – die Vorwürfe gegen die bis zu 200-köpfige Gruppe sind brisant. Zwei der Verdächtigen kommen aus Deutschland, einer von ihnen soll Mitglied des »Thüringer Heimatschutzes« gewesen sein, der Quellorganisation des NSU. Nazis, Mörder, Schwerverbrecher und staatliche Spitzel – dieses Milieu, das unter den Augen und immer wieder mit Hilfe des Staates agiert, ist explosiv und tödlich.

Das Schwerpunktthema dieser Ausgabe ist die »Deutsche Burschenschaft« (DB). 2011 geriet sie in den Fokus der Öffentlichkeit, als die »Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn« einen Antrag auf Ausschluss der Verbindung »Hansea zu Mannheim« stellte, da diese einen chinesischstämmigen Studenten aufgenommen hatte. Damit brachen die jahrelangen internen Querelen des Dachverbandes auf. Weiterhin versucht ein Flügel des Bundes, sich als nicht extrem rechts darzustellen, während gleichzeitig der völkische Rechtsaußen-Flügel seinen Durchmarsch feiert. Die DB als Verband deutschtümelnder Männerbünde ist weder reformfähig noch liberal.

Ein anderes Thema, das dieser Tage die öffentliche Debatte mitbestimmt, ist der neuerliche Versuch, die NPD zu verbieten. Statt über das Für und Wider eines Verbots zu diskutieren, wollen wir den Blick auf die NPD selbst lenken und analysieren in diesem Heft den Personalzustand, das Familienprogramm der NPD und die neue Schulhof-CD der »Jungen Nationaldemokraten«.

Seite 3

Nazis

kurz und bündig

Schwerpunkt

kurz und bündig

International

Rezensionen

Fehlende Empathie

Die Einladung ins Schloss Bellevue war lange vorbereitet. In Berlin wollte Bundespräsident Joachim Gauck allen Hinterbliebenen der Opfer des »Nationalsozialistischen Untergrunds« sein tiefes Mitgefühl versichern und vollständige Aufklärung versprechen.

von Andreas Speit

Nicht alle Geladenen folgten der Einladung zum 18. Februar dieses Jahres. Sie wollten nicht wieder der »Alles-Wird-Gut-Rhetorik« ohne jegliche Konsequenzen folgen müssen. Ein offener Brief hinterfragte das staatliche Handeln und auch Gaucks Verhalten.

»Sehr geehrter Herr Bundespräsident Gauck, vielen Dank für die Einladung«, schrieb am 16. Februar Aysen Tasköprü. Die Schwester von Süleyman Tasköprü, dem Hamburger Opfer des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU), wurde gleich deutlich: »Ich habe über meine Anwältin gehört, dass Sie nicht wünschen, dass die Rechtsbeistände der Nebenkläger dabei sind. Sie möchten nur ihre Empathie ausdrücken [...]. Es wäre empathisch von Ihnen gewesen, nicht darauf zu bestehen, dass ich alleine ins Präsidialamt komme. Ich fühle mich dem nicht gewachsen«.



^ *1.000 Menschen für die Auflösung des Verfassungsschutzes in Köln im November 2012*

Empört über die fehlende Empathie in der Mitte der Gesellschaft sind schon lange nicht allein die Betroffenen der Morde und Anschläge des NSU. Bereits 2012, am ersten Jahrestag der zufälligen Entdeckung des Trios, sprachen Rechtsbeistände der Familien und VertreterInnen von MigrantInnenorganisationen zudem von ausbleibender gesellschaftlicher Empörung. An diesem Jahrestag nun enttäuschte auch Gauck die Betroffenen. Die Türkische Gemeinde in Deutschland hatte zu dem Tag den Wunsch der Hinterbliebenen nach einem Gespräch übermittelt. Gauck kam dem nicht nach. Ex-Bundespräsident Christian Wulff hatte allerdings im November 2011 Angehörige zu Gesprächen ins Schloss eingeladen und die Gedenkveranstaltung im Februar 2012 angeschoben. Die Gedenkfeier, den Staatsakt, lehnte Gauck damals ebenso ab: »Von dem Vorschlag, für die Opfer der gerade bekannt gewordenen Mordserie von Neonazis einen Staatsakt zu veranstalten, halte ich nichts«, sagte Gauck.

Das »Nein« zum Gespräch, so der Vorsitzende der Gemeinde, Kenan Kolat, verwundere und verletze. »Ich hätte mir gewünscht, dass der Bundespräsident ein Zeichen gesetzt hätte«, sagte Kolat an dem Jahrestag. Viele Hinterbliebene der NSU-Opfer seien enttäuscht über die Aktenvernichtungen der Geheimdienste. »Der Gesprächsbedarf wäre also groß gewesen«, so Kolat. Aus der Pressestelle des Bundespräsidialamts hieß es zu der abschlägigen Antwort, dass Gauck »seine eigenen Akzente« setzen möchte.

Nur mit welchen Betonungen, so wurde in den vergangenen Monaten in den Medien gefragt. »Die Welt« schrieb gar am Tag des Treffens: »Gauck hat seine Mühe mit den Themen Integration, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Erstaunlich für einen Mann, der fast zehn Jahre lang dem Verein ›Gegen Vergessen – für Demokratie‹ vorstand.« Tasköprü meint am Ende des Briefes: »Auch Ihnen, Herr Bundespräsident Gauck, ist mein Bruder doch nur wichtig, weil die NSU ein politisches Thema ist.« Und die 39-Jährige fragt: »Was wollen Sie an unserem Leid ändern? Glauben Sie, es hilft mir, wenn Sie betroffen sind?«

Mit einem Brief sagten auch die Angehörigen des NSU-Opfers Theodorus Boulgarides aus München ab. »Mit sehr deutlichen Worten«, betonte ihr Rechtsbeistand Yavus Narin. Das Schweigen des Bundesinnenministers über den V-Mann Thomas R. alias »Corelli« enttäusche sie besonders. Die Situation würde seine Mandantinnen sehr belasten. Ihre Fragen und Enttäuschung wollten sie deswegen auch Gauck über ihren Anwalt vortragen lassen. »Sie fühlen sich selbst dazu nicht so sehr in der Lage«, sagte Narin.

Auch für die Hinterbliebenen von Boulgarides war das Nicht-Einladen ihres Anwalts einer der Gründe für ihre Absage. Dass Anwälte auch zu den Vertrauten der Betroffenen geworden sein könnten, schien im Bundespräsidialamt nicht vorstellbar zu sein. Um eine »persönliche Atmosphäre« zu schaffen, seien die Rechtsbeistände nicht erwünscht, so hatte das Präsidialamt die Ablehnung des Wunsches der Betroffenen erklärt. »Persönlich mit etwa 70 geladenen Gästen?« fragte Narin da nur rhetorisch.

In Schloss Bellevue hatte Gauck an dem Tag 120 Minuten für seine Gäste eingeplant. Rein rechnerisch hieß das weniger als zwei Minuten für jedes Gespräch. Das Lesen des offenen Briefes von Tasköprü, in dem sie erschütternd schildert, wie das Leben der Familie und ihr eigenes nach dem Tod ihres Bruders nachhaltig beeinträchtigt ist, dauert länger.

Die Ombudsfrau der Bundesregierung für die Hinterbliebenen der NSU-Morde, Barbara John, hielt die Absagen für nachvollziehbar. John, die bei dem Treffen anwesend war, sagte aber auch, dass Gauck nach seiner kurzen Ansprache auf Einzelne zugegangen sei. »Ich will mithelfen, dass Ihr Leid weiter wahrgenommen und anerkannt wird«, sagte Gauck laut Redemanuskript und betonte »erschrocken« zu sein, »welche Fehler in mancher Behörde möglich« waren. »Ich will, dass Sie neues Vertrauen fassen können«, sagte er weiter. Ein Erschrecken, ein Wollen, das das Staatsoberhaupt nach dem Treffen bisher jedoch nicht bewegte, deutlichen Druck auf jene Verantwortlichen auszuüben, die Ermittlungen und Aufarbeitungen weiterhin behindern. Nach dem Treffen waren einige Angehörige etwas irritiert, wenn nicht sogar enttäuscht. Gaucks Vorgänger, so sagten sie, hatte mehr Zeit gehabt, hörte anders zu.

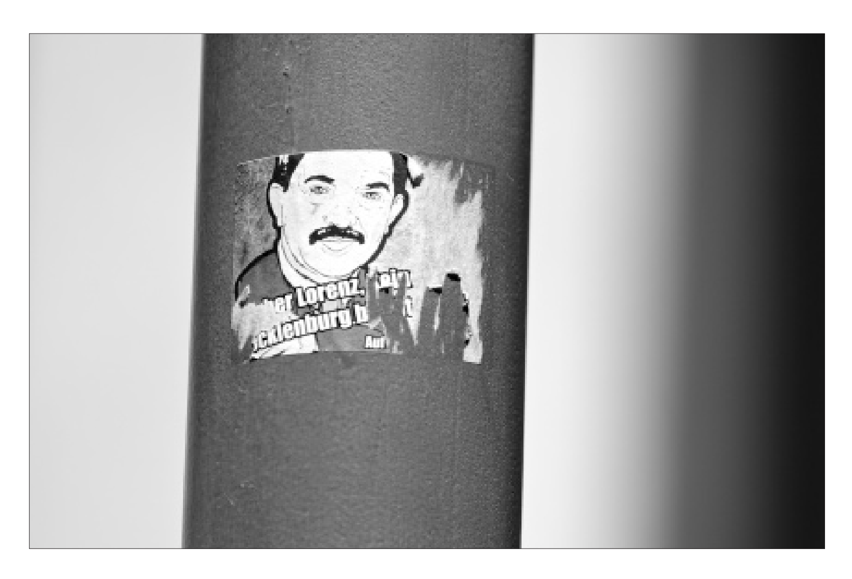
Die Absagen hatte Gauck indes ebenso wie John »bedauert«, heißt es. Ein Entgegenkommen war aber dennoch wohl nicht möglich. Die Berichte der Medien über die Absagen, so ließ Gauck wissen, seien allerdings in einer Weise »hochgezogen« worden, die er als »nicht sehr verhältnismäßig« empfunden habe.

Nichts gewusst

In Mecklenburg-Vorpommern mordete der »Nationalsozialistische Untergrund«. Zahlreiche Spuren führen in das Land. Doch die Landesregierung behauptet, sie habe nichts gewusst. Mit einem »Informationsbrief« will sie weitere Aufklärung unterbinden.

von Ernst Kovahl

Das Papier ist eine Frechheit. Der gut vierzigseitige »Informationsbrief«, den das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern am 19. Februar 2013 der Öffentlichkeit vorgelegt hat, enthält keinerlei Informationen zum »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU), die nicht schon längst bekannt waren. In dem Papier werden die Ermittlungen von Polizei und Geheimdienst zum Mord an Mehmet Turgut 2004 in Rostock, den weiteren Taten der Mordserie und mehreren Banküberfällen dargestellt. Ziel sei es, »darüber zu unterrichten, ob und inwieweit […] Bezüge des NSU und seines Umfeldes zu Personen und Organisationen im Land Mecklenburg-Vorpommern erkennbar waren und sind«. Der Innenminister des Landes, Lorenz Caffier (CDU), legte das Papier nun vor, weil die Opposition im Landtag auf Informationen über das Agieren der Behörden drängte und mit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses drohte, um das Schweigen der Regierung zu brechen.



^ *Aufkleber mit dem Konterfei von Lorenz Caffier*

Spuren nach Mecklenburg-Vorpommern

Während der Innenminister mit Engagement gegen antifaschistische Bands und Initiativen gegen Rechts vorgeht, kann sich die Nazi-Szene im Land offenbar in Sicherheit wiegen. Denn an Informationen über die Szene an sich und speziell über Kontakte des NSU und seines Umfeldes nach Mecklenburg-Vorpommern mangelt es offenbar bei Polizei und Geheimdienst. Dabei gibt es zahlreiche Bezüge des NSU in das Bundesland: Der Mord 2004 in Rostock, die Banküberfälle 2006 und 2007 in Stralsund, der Fund von Adressen aus Mecklenburg-Vorpommern in der Zwickauer Wohnung des NSU, der Camping-Urlaub der Abgetauchten und der Besuch ihrer UnterstützerInnen auf Rechtsrock-Konzerten in dem Land, die Razzia beim NPD-Landtagsabgeordneten David Petereit aufgrund seiner früheren Redakteurstätigkeit für das Naziblättchen »Der Weisse Wolf«, in dem 2002 ein Gruß an den NSU abgedruckt worden war, und der Fund eines Spendenbriefes der Gruppe bei ihm, ein Treffen zweier NSU-Fluchthelfer mit dem Neonazi-Anwalt Hans Günter Eisenecker 1999 in Goldenbow, die Polizeikontrolle von Uwe Böhnhardt 1992 bei Stralsund oder die Informationen an den Landesgeheimdienst ab 1998 – die Liste ließe sich fortsetzen.

Stück für Stück listet das Papier diese Fälle auf und kommt – jeweils anders formuliert – immer zum selben Schluss: »Im Ergebnis konnten keine Verbindungen zum NSU festgestellt werden.« Dass der Thüringer Geheimdienst beispielsweise 1998 Informationen über die abgetauchten Nazis an Mecklenburg-Vorpommern weitergeleitet habe, wie es das »Schäfer-Gutachten« im Mai 2012 feststellte, wird abgestritten. Und ein Hinweis über den möglichen Aufenthalt der Flüchtigen sei »ergebnislos überprüft« worden. Auch das Nazi-Fanzine »Der Weisse Wolf«, in dem 2002 ein Gruß an den NSU veröffentlicht worden war, habe »seinerzeit nicht vorgelegen«, schreibt das Ministerium und ist sich sicher: »Bis zum November 2011 lagen weder dem Verfassungsschutz noch der Landespolizei Erkenntnisse über eine terroristische Vereinigung NSU sowie zu deren Zusammensetzung und Struktur vor.«

Rassistische Ermittlungen

Für die Ermittler war schnell klar, dass der Hintergrund für den Mord an Mehmet Turgut in Rostock in der organisierten Kriminalität oder dem Drogenhandel zu suchen sei. Dafür hätten »eindeutige Indikatoren« vorgelegen, heißt es nebulös. Intensiv tauschten sich die ErmittlerInnen mit BeamtInnen aus Bayern, Hamburg, Sachsen, dem Bundeskriminalamt (BKA), der Zollfahndung und dem Landesamt für Verfassungsschutz aus. Das BKA sollte die Aufgabe übernehmen, die »hinter den Taten anzunehmende Organisationsstruktur« aufzuklären. Sogar ein Verfahren wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung wurde angestrengt. Der Geheimdienst steuerte den Hinweis bei, das Mordopfer hätte Drogen verkauft. Die Polizei ging »zahlreichen Hinweisen aus verschiedensten Bereichen« nach, die das Opfer in kriminelle Machenschaften verstrickt sah. Doch die Spur in Richtung organisierter Kriminalität führte ins Nichts – und wurde dennoch immer weiter verfolgt. Selbst als 2006 bayerische Profiler vermuteten, »dass der Täter möglicherweise aus der rechten Szene stammen könnte, ihm die Aktivitäten aber als zu schwach erschienen und er sich nach versuchter Radikalisierung aus der Szene zurückgezogen haben könnte«, führte das offenbar nicht zu Ermittlungen in Richtung neonazistischer Täter. Auch durch das »Nichtvorhandensein einer Botschaft (Selbstbezichtigungsschreiben) einer hinter den Taten stehenden rechtsextremistischen Gruppierung« habe der rechte Hintergrund nicht erkannt werden können, heißt es. Dieses Verhalten der Täter sei »atypisch«, glaubt das Innenministerium. Dabei gab es bei rechtem Terror fast nie schriftliche Bekenntnisse.

Aufklärung nötig

In Mecklenburg-Vorpommern hält man in den Spitzen der Regierungsparteien CDU und SPD weitere Aufklärung offenbar für überflüssig. Wenn es noch einen Grund für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Agieren der Behörden im Nordosten im Fall des NSU brauchte, dann hat ihn Innenminister Caffier nun mit diesem dreisten Papier geliefert. Es ist zu klären, ob in der Regierung und bei den Behörden überhaupt irgendwelche Kenntnisse zum Thema Neonazismus vorhanden sind.

»Kampftag« 1. Mai

Frankfurt am Main, Dortmund im nördlichen Ruhrgebiet und Erfurt in »Mitteldeutschland« – hier sollen 2013 die drei zentralen Aufmärsche neonazistischer Gruppen zum Kampftag der ArbeiterInnen stattfinden. Seit Jahren ist das Datum im Kalender der Neonazis fest vermerkt, neben den »Trauermärschen« in Magdeburg, Dresden, Bad Nenndorf und dem »Anti-Kriegstag« in Dortmund.

von Philipp Schulze

Was unterscheidet eigentlich den 1. Mai von den anderen, regelmäßigen Aufmarschterminen der extremen Rechten? An diesem Tag finden hunderte Veranstaltungen überall im Land statt, getragen von Gewerkschaften, nicht von Neonazis. Sie sind mit ihren Märschen höchstens kleine Nebendarsteller. Und so versuchen sie immer wieder jenseits ihrer eigenen Routen sich in die eigentlichen 1.-Mai-Veranstaltungen zu drängen oder diese – wie beispielsweise 2009 in Dortmund – anzugreifen.

Warum der 1. Mai?

Aber warum ist Neonazis der Termin so wichtig? Für die internationale ArbeiterInnenbewegung und die politische Linke jeglicher Couleur ist der 1. Mai seit mehr als 120 Jahren der Tag, an dem politische Forderungen formuliert werden – vielerorts heute in entspannter Atmosphäre bei Bier und Bratwurst, manchmal aber auch im Tränengasnebel. Die Nazis haben in Deutschland schon früh versucht, sich linker Vorstellungen, Positionen und Selbstverständlichkeiten zu bemächtigen. Gerade die »sozialen« beziehungsweise »anti-kapitalistischen« Vorstellungen der »Arbeitsgemeinschaft der nord- und nordwestdeutschen Gauleiter«, jenes Flügels um Gregor Strasser und Joseph Goebbels, zeigten das schon in den 1920er Jahren. Bekannt ist, dass die Nazis nach ihrer Inthronisierung 1933 erst den 1. Mai zum »Feiertag der nationalen Arbeit« erklärten, um die ArbeiterInnen zu umgarnen, und dann am 2. Mai die Häuser der Gewerkschaften besetzten und die Organisationen zerschlugen. Seit der Befreiung vom Nationalsozialismus wird an diese Vorgänge und an die rechte Demagogie erinnert. Dennoch versuchten Neonazis bald wieder, ihre rassistischen und antisemitischen gesellschaftlichen Vorstellungen mit pseudo-sozialpolitischen Vorschlägen zu kaschieren. Ihre Rhetorik ist dieselbe.

2013

Bundesweit sind in diesem Jahr bisher drei Aufmärsche bekannt – gut verteilt übers Land. In Frankfurt am Main ruft die NPD bundesweit »alle aufrechten Deutschen« dazu auf, ein machtvolles Zeichen zu setzen »gegen Euro und Großkapital«. Die Mainmetropole hat sie im Visier, weil hier vermeintlich sichtbar werde, dass »Geld ohne Gegenwert aus dem Nichts erschaffen« würde. Geld ohne Gegenwert im Sinne (mit »der Hand«) »erschaffener Werte« – die klassische wirtschaftspolitische Vorstellung der extremen Rechten: Dort die »raffenden«, geldvermehrenden Kapitalisten, hier die »schaffenden« Handarbeiter, das heißt zum Beispiel KleinunternehmerInnen. Den Euro und die »Europäische Union« hat die NPD im Visier, da eine zukünftig mögliche tatsächliche europäische Gemeinschaft ihr Schreckgespenst ist. Es ist das Gegenteil souveräner Nationalstaaten beziehungsweise eines von Deutschland dominierten Europas.

In Dortmund bringt »Die Rechte« es auf den Dreiklang: »Arbeitsplatzabbau, Massenarbeitslosigkeit, Überfremdung«. Das »eigene Volk« darbe, während aus dem Osten »Massen« einwandern. Verantwortlich aber für die ganze Misere seien die Politiker und Globalisierer, die »herrschenden Politiker als Vasallen der Entscheidungszentren an der amerikanischen Ostseeküste« (sic!). Auch hier lauert »der Jude« wieder im Detail: Der Begriff der US-amerikanischen Ostküste ist längst ein internationales Synonym der Antisemiten für »das Finanzjudentum«.

In Erfurt möchten »Nationale Sozialisten« aus dem Spektrum »Autonomer Nationalisten« für »Arbeit, Recht und Freiheit« eintreten – Arbeit für Deutsche, Recht für Deutsche, Freiheit für Deutsche. Denn »den Deutschen« sehen sie bedroht, es lauere der »Volkstod«.

Die Forderungen sind stets dieselben, nur die Parolen ändern sich. Letztlich hoffen Neonazis darauf, dass sie in Zeiten der Krise damit breitere Zustimmung und vielleicht sogar die Oberhand gewinnen könnten, so wie die »Kameraden« derzeit in Griechenland. Erst jüngst nahmen eine Delegation von Neonazis aus Dortmund und Jens Pühse für die NPD an einem Marsch der griechischen Neonazi-Partei »Goldene Morgendämmerung« teil. Doch wer die Aufrufe deutscher Neonazis zum 1. Mai liest, muss sich fragen, worin die Basis für ein deutsch-griechisches Bündnis besteht. Denn wenn es nach ihnen ginge, dürfte Griechenland nicht geholfen werden. Solidarität endet für sie an der Grenze des vermeintlich eigenen Genpools.



Kein Sieg für Nazis

Seit einigen Jahren gelingt es Neonazis am 1. Mai, bundesweit Aufmerksamkeit zu erregen – selbst in den Abendnachrichten wird über Aufmärsche und große Gegendemonstrationen berichtet – allzu oft auch mit einem Kameraschwenk über die Transparente der Neonazis. Doch es wäre falsch, das als Sieg für sie zu werten. Zumal es die Szene auch mit Aufmärschen am 1. Mai nicht schafft, über den engen, eigenen Kreis hinaus zu wirken. Das Gegenteil ist der Fall. Vielerorts ist es gelungen, in breiten Bündnissen den Neonazis auf der Straße zu begegnen, wobei im Vorfeld oft anstrengende Gesprächsrunden, Streitereien über Ausrichtung und Kurs der Gegendemonstration, über mögliche Kooperationspartner sowie die »Extremismus-Klausel« stattfanden. Oft einigte man sich aber auf einen gemeinsamen Weg, um sich dann geschlossen – trotz teilweise unterschiedlicher politischer Vorstellungen – den Neonazis in den Weg zu stellen und das nicht nur in Erinnerung an den 2. Mai 1933, sondern auch in der Gewissheit, dass extrem rechte Politik niemals sozial sein kann.

»Bratwurst und Blockade«

Der 1. Mai war lange Jahre mehr ein Feier- als ein Kampftag. Zwar wurden Kundgebungen abgehalten, doch mit Bratwurst, Bier und Kuchen stand die Gemütlichkeit im Vordergrund. Dann entdeckten Neonazis den Tag für sich und versuchen seitdem, die Straßen zu dominieren. Die Gewerkschaften sind damit auf neue Weise gefordert. Über ihre veränderte Rolle sprach Horst Zimmer mit Andrea Schiele, Verwaltungsangestellte beim DGB in Ravensburg und seit mehr als 20 Jahren antifaschistisch aktiv.



^ *Protest gegen Nazis am 1. Mai 2012 in Bonn*

drr: Am 1. Mai 2009 marschierten Neonazis unter anderem in Ulm auf. Was bedeutete das für Dich als Gewerkschafterin?

AS: Zuerst einmal viel Arbeit. Wir meldeten alle Plätze für Gewerkschaftsveranstaltungen an, erweiterten unter der Schirmherrschaft der beiden Oberbürgermeister aus Ulm und Neu-Ulm und der beiden DGB-Regionsvorsitzenden das Bündnis »Ulm gegen Rechts« und hatten so zum 1. Mai 94 Organisationen als BündnispartnerInnen sowie unglaublich viele EinzelunterstützerInnen. Am Ende waren 20.000 Menschen nach Ulm gekommen, um uns zu unterstützen. Um den 1. Mai herum gab es drei Wochen lang Veranstaltungen zum Thema – in der Stadt, in Vereinen und Organisationen, in Schulen und Kindereinrichtungen. Das musste alles koordiniert und neben den Vorbereitungen zum 1. Mai organisiert werden. Alles klappte, die Atmosphäre war großartig und insoweit war es auch ein echter Erfolg.

drr: Eine Erfolgsmeldung?

AS: Nicht nur. Uns wurden nicht alle Plätze genehmigt. Und als unsere Leute vier Stunden vor der Nazi-Demo am Bahnhof ankamen, begann die Polizei sehr willkürlich auszusortieren. Kolleginnen und Kollegen, die zur DGB-Demo wollten, wurden nicht in die Stadt gelassen und bekamen Platzverweise für die Innenstadt. Wir wurden zur »Bedrohung der öffentlichen Ordnung«, ohne jegliche Vorbereitung, ohne Vorwarnung. Wir konnten nicht verhindern, dass über 100 Menschen unrechtmäßig eingekesselt wurden, zum Teil stundenlang ohne Getränkeversorgung in glühender Sonne, Minderjährige ihre Eltern nicht anrufen konnten. Und wir konnten den Aufmarsch der etwa 500 Nazis nicht stoppen.

drr: War es selbstverständlich, dass antifaschistische Gruppen an dem Bündnis teilnahmen? Oftmals entbrennt um die Teilnahme »der Antifa« ein Streit?

AS: Ja, das war selbstverständlich. »Die Antifa« beteiligte sich zwar nicht offiziell im Bündnis, es gab aber Kontakt und gegenseitig die Ansage, dass sie dabei sein sollen und wollen. Und bei allen öffentlichen Veranstaltungen zur Vorbereitung galt neben dem klaren Bekenntnis zur Gewaltfreiheit, dass vom Blockadeversuch am Bahnhof bis zur weiter entfernteren Solidaritätsaktion, jeder und jede nach eigenen Möglichkeiten dabei sein können sollte, um ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen. Vereinzelt anklingende Versuche einer Spaltung in »gute« und »schlechte« AntifaschistInnen führten nie zu einer Debatte über die Beteiligung »der Antifa«.

drr: Nicht nur am 1. Mai sind Gewerkschaften wichtige Kooperationspartner in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten. Sind sie sich ihrer Rolle bewusst?

AS: Gewerkschaften sind und waren wichtige Bündnispartner, die aus der eigenen Geschichte heraus immer ihren Platz im Kampf gegen Rechtsextremismus gesehen haben. Sicherlich mit unterschiedlichen Ausprägungen und Engagement, aber es gehört zum gewerkschaftlichen Selbstbild: Wir sind gegen Rechts. Was sich verändert hat, sind die Rahmenbedingungen. Die Behörden, ob Ordnungsämter oder Polizei, bewerten Anmeldungen nicht mehr nach dem Motto: Das ist die Gewerkschaft, da vertrauen wir auf die Absprachen und die gegenseitigen Erfahrungen in der Vergangenheit. Anti-Nazi-Anmeldungen werden als bedrohlich bewertet, als Magneten für potentielle Gewalttäter aus dem linken Spektrum, wie es heißt. Wir werden inzwischen von den Behörden mit Nazis gemeinsam zu Vorbesprechungen eingeladen, um einvernehmlich ein friedvolles Nebeneinander an solch einem Tag zu erreichen. Hinzu kommt, dass viele Menschen, Mitglieder und Nichtmitglieder von Gewerkschaften, die an einer Gegendemo teilnehmen, noch den alten Rahmenbedingungen vertrauen. Sie gehen davon aus, dass sie dort relativ sicher sind. Sie rechnen nicht mit einer Einkesselung, wenn ihre Gewerkschaft aufruft. Hier hat sich die Verantwortung der Gewerkschaften für die UnterstützerInnen geändert. Und ich glaube, dass die Gewerkschaften sich besonders dieser Veränderung noch nicht ausreichend bewusst sind.

drr: Wo müssen denn Gewerkschaften vor Ort arbeiten?

AS: Wir müssen das Selbstbild der »AntifaschistInnen per Gewerkschaftsmitgliedschaft« hinterfragen, denn als Abbild der Gesellschaft finden sich auch innerhalb der Gewerkschaften Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und vieles mehr wieder. Auf DGB-Ebene wurden neue ehrenamtliche Strukturen geschaffen. Wir müssen uns mit ihnen, mit den Kolleginnen und Kollegen auf die geänderte Situation vorbereiten und dann koordinieren, welche aktive Rolle wir in diesem neuen Gefüge einnehmen wollen. Wir müssen insbesondere diese Rolle definieren. Wir müssen diskutieren: Wollen wir an der Spitze der Blockadebewegung stehen? Oder wollen wir eher politische Zeichen weiter weg von den Nazis zum Schutz unserer Mitglieder setzen? In dieser Bandbreite bewegen sich die Haltungen der Kollegen und Kolleginnen, die uns in der Öffentlichkeit vertreten – egal ob hauptamtlich oder ehrenamtlich. Wir müssen uns dieser Diskussion stellen. Und umso breiter ein gemeinsames Ergebnis aufgestellt ist und je mehr wir zu einer koordinierten Klarheit des Handels kommen, umso stärker können wir Gewerkschaften werden, umso stärker kann die Rolle der Gewerkschaften in Bündnissen sein. Das ist die Chance, aber da steckt auch das Risiko der Diskussion.

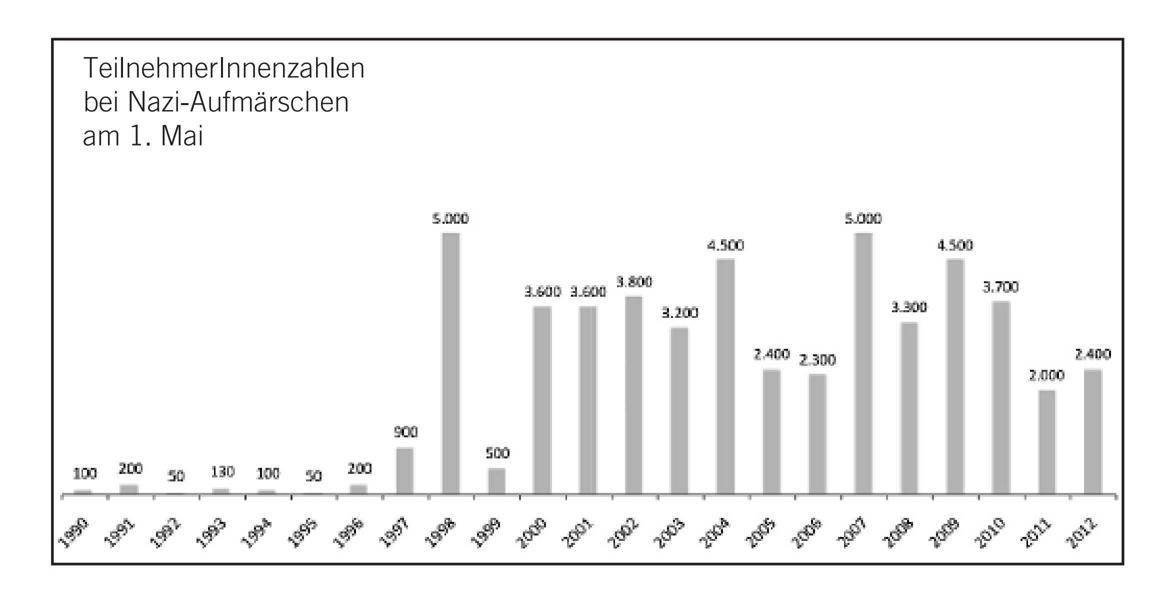
Den 1. Mai nationalisieren

Deutsche Neonazis haben den internationalen ArbeiterInnenkampftag erst Ende der 1990er Jahre als Thema für sich und als Möglichkeit zur ›Massenmobilisierung‹ entdeckt.

von Jens Schmidt



Gleich drei neonazistische Aufmärsche soll es 2013 zum 1. Mai geben, heute scheint das »normal«. Dabei hatte der Termin bei der extremen Rechten in Deutschland lange nur randständig Beachtung gefunden. Ende der 1970er Jahre führte die NPD in Singen, Rüsselsheim und Freiburg Kundgebungen mit jeweils nicht mehr als 50 Teilnehmenden durch. Nachdem 1990 in Leipzig die »Mitteldeutschen Nationaldemokraten« mit 100 AnhängerInnen eine Mai-Kundgebung veranstalteten, war es in den folgenden Jahren insbesondere die »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP), die darum bemüht war, in Berlin die Durchführung von neonazistischen Demonstrationen am 1. Mai auch gegen antifaschistischen Widerstand durchzusetzen. 1996 blieb der Versuch der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten«, in Nürnberg vor der heutigen »Bundesagentur für Arbeit« zu demonstrieren, noch verboten; die NPD brachte in Berlin schließlich 200 Neonazis auf die Straße.



Der Aufschwung extrem rechter Demonstrationspolitik durch den Aufmarsch gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« in München am 1. März 1997 wirkte sich auch auf die Mobilisierung zum 1. Mai aus. Während 1997 – nicht zuletzt aufgrund zahlreicher Demonstrationsverbote – noch zersplittert marschiert wurde, gelang es, am 1. Mai 1998 in Leipzig 5.000 Neonazis unter dem Motto »Wir schaffen Arbeit – Bonn schafft nichts« auf die Straße zu bringen; zu den Rednern gehörten neben NPD-Kadern auch Christian Worch und Wolfgang Juchem. In den Folgejahren nahm die Zahl der durchgeführten Aufmärsche zu, aber zu einer zentralen gemeinsamen Veranstaltung kam es nicht mehr. Hierfür gibt es verschiedene Gründe: Erstens spielte die zunehmende Konkurrenz zwischen NPD und so genannten »Freien Kräften« eine Rolle. 2001 folgten über 1.000 Neonazis beispielsweise dem Aufruf von Steffen Hupka nach Frankfurt/Main »Euro stoppen – Globalisierung bekämpfen«, während die NPD unter anderem in Berlin und Dresden auftrat. Bis heute gibt es örtliche Schwerpunktsetzungen der jeweiligen Akteure, meist gelang es allerdings der NPD, eine größere Zahl von Teilnehmenden zu ihren Aufmärschen zu mobilisieren. Zweitens gibt es im neonazistischen Spektrum Gruppen, die eine »Nationalisierung der sozialen Frage« nicht nur anlässlich des 1. Mai-Aufmarsches betreiben, sondern regelmäßig versuchen, in ihrer Region – etwa im Falle von Werksschließungen – politisch in Erscheinung zu treten. Im Jahr 2012 führten in Bayern Neonazis beispielsweise eine mehrmonatige Kampagne unter dem Motto »Soziale Ausbeutung stoppen! Zeitarbeit ist Sklaverei« durch; regionale Flugblattverteilungen, Kundgebungen und Demonstrationen im Rahmen von »Aktionstagen« fanden schließlich am 1. Mai mit einem Aufmarsch in Hof an der Saale ihren Abschluss. Daher haben solche Akteure auch ein Interesse daran, zum 1. Mai in ihrer Region (und nicht im fernen Berlin) sichtbar zu werden. Dagegen will die NPD mit der regelmäßigen Wahl von Berlin als Veranstaltungsort auch in der Hauptstadt »Flagge zeigen«. Drittens gibt es durchaus unterschiedliche politische Akzentsetzungen; so folgen die seit einigen Jahren in fränkischen Städten durchgeführten Märsche zum 1. Mai einer sichtbar ausgebildeten »nationalrevolutionären« Rhetorik. Und schließlich lassen aus neonazistischer Sicht auch die zunehmend erfolgreichen antifaschistischen Massenblockaden einen Verzicht auf die eine zentrale Kundgebung angeraten sein.

Die Zahl der Teilnehmenden an den neonazistischen 1. Mai-Veranstaltungen hat in den letzten Jahren stark geschwankt; mal gelang es, nur 2.000 AnhängerInnen zu mobilisieren (2011), zum Teil fanden sich jedoch auch deutlich über 4.000 Neonazis bei mehreren Kundgebungen ein (2004; 2007; 2009). Vereinzelt wurden für die Mobilisierung zentrale Mottos ausgegeben; so mobilisierte die NPD im Jahr 2011 mit der Parole »Fremdarbeiterinvasion stoppen! – Arbeitsplätze zuerst für Deutsche« für ihre Veranstaltungen. Den 1. Mai möchten Neonazis ohnehin nur als »deutschen Arbeitskampftag« verstanden wissen. Entsprechend werden sozialstaatliche Leistungen und Schutz vor den Auswirkungen der Globalisierung lediglich für Deutsche gefordert. Das internationalistische Verständnis großer Teile der ArbeiterInnenbewegung, wie es auch in zahlreichen Aktivitäten der im »Deutschen Gewerkschaftsbund« (DGB) organisierten Gewerkschaften ihren Niederschlag findet, wird offensiv bekämpft. Seit Jahrzehnten polemisiert die extreme Rechte gegen die »Arbeiterverräter« des DGB; in den letzten Jahren kam es auch zu gewalttätigen Angriffen auf DGB-Demonstrationen.

»Nazi-Trauer« mit weniger Resonanz

Die so genannten Trauermärsche in Magdeburg und Dresden gehören seit Jahren zu den wichtigsten Terminen der Neonaziszene. Während die TeilnehmerInnenzahlen in Dresden deutlich eingebrochen sind und die Marschroute durch Proteste und Blockaden in den vergangenen Jahren immer mehr verkürzt werden musste, hat sich die Situation in Magdeburg kaum verändert.

von Silke Heinrich

Die Zeiten sind vorbei, in denen die »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland« (JLO) und das »Aktionsbündnis gegen das Vergessen« (AgdV) jedes Jahr mehrere Tausend Neonazis zu zwei Märschen in die sächsische Landeshauptstadt mobilisieren konnten. Seit die JLO sich im vergangenen Jahr aus der Organisation der Trauermärsche zurückzog, fand in diesem Jahr nur noch die ursprünglich als Demonstration »freier Kräfte« geplante Veranstaltung des Aktionsbündnisses am Abend des 13. Februar statt.

Dresden im Kessel

War es im vergangenen Jahr für die Neonazis noch möglich in der Nähe des Hauptbahnhofes zumindest eine Runde um den Block zu laufen, so konnten sie 2013 aufgrund massiver Proteste ihre Sammelpunkte nicht verlassen. In einem Kessel aus Polizei und GegendemonstrantInnen waren ungefähr 600 Neonazis am Hauptbahnhof mehrere Stunden lang Anti-Nazi-Sprechchören und Schneeballbewurf ausgesetzt, bevor sie unverrichteter Dinge wieder nach Hause fahren mussten. »Hier marschiert der nationale Widerstand!«, skandierten sie sehr zur Belustigung der GegendemonstrantInnen selbst nach stundenlangem Stillstand. Aber auch »Antifa, Hurensöhne!« und »Linkes Gezeter, neun Millimeter!« war zu vernehmen und passte so gar nicht zu den im Vorfeld veröffentlichten Verhaltensregeln. Dort war zu lesen: »Sollte es zu Provokationen außerhalb des Marsches kommen, ist diesen kein Gehör zu schenken. Es ist Disziplin zu wahren!« Während der Geithainer NPD-Stadtrat und Aktivist des »Freien Netzes« Manuel Tripp mit der Polizei verhandelte, schaffte eine kleinere Gruppe Neonazis den Ausbruch aus der Absperrung und begab sich auf einen Marsch zum Kundgebungsort. Eine weitere etwa 40 Personen große Gruppe um die NPD-Landtagsfraktion demonstrierte unbehelligt auf der ursprünglich geplanten Route in umgekehrter Richtung.

Einige Hundert Meter entfernt auf dem Lennéplatz musste Anmelder Maik Müller ohne den Großteil der VersammlungsteilnehmerInnen mit der Kundgebung beginnen. Vor etwa 200 Neonazis kamen Udo Pastörs und Stefan Köster von der NPD Mecklenburg-Vorpommern sowie Sebastian Schmidtke zu Wort. Und während auch dort im Gegensatz zur Trauermarsch-Doktrin die Stimmung bei den Neonazis immer aggressiver wurde, heizte der Berliner NPD-Vorsitzende Schmidtke die Stimmung zusätzlich an: »Noch sind wir geduldig. […] Aber irgendwann wird auch unser Unmut steigen und dann wird ganz klar der nationale Widerstand zum nationalen Angriff.«

Bereits am Vormittag legten etwa 35 Neonazis aus dem Umfeld der sächsischen NPD-Landtagsfraktion auf dem Heidefriedhof Kränze und Blumen nieder. Wie im vergangenen Jahr blieb die Partei damit der städtischen Gedenkveranstaltung fern.



^ Naziaufmarsch in Magdeburg

Magdeburg stadtauswärts

Einen Monat zuvor fand am 12. Januar 2013 die alljährliche Veranstaltung der »Initiative gegen das Vergessen« in Magdeburg statt. Die TeilnehmerInnenzahl in den vergangenen Jahren schwankte zwischen 800 und 1.100 und sank 2013 wieder unwesentlich auf knapp 950.

Doch während es im vergangenen Jahr so schien, als würden auch in der sachsen-anhaltinischen Landeshauptstadt Anti-Nazi-Proteste zunehmend in Sicht- und Hörweite möglich sein, entschied sich hier die Polizeiführung wieder für ein rigoroses Raumtrennungskonzept. Bis zuletzt gaben Polizei und Versammlungsbehörde weder den Sammelpunkt noch die Route des Neonazi-Aufmarsches bekannt. Während die Polizei in acht Kilometern Entfernung auf der »Meile der Demokratie« potentielle StörerInnen jagte, bewegte sich die Trauergesellschaft zur seit Jahren gleichen Musik von Richard Wagner aus einem abseits gelegenen Industriegebiet weiter stadtauswärts. Die Route führte dabei auch am »Libertären Zentrum«, einem linken Hausprojekt, vorbei, an dem die Neonazis für eine ausgedehnte Zwischenkundgebung anhalten durften.

Die Redebeiträge kamen auch in diesem Jahr vom Anmelder und Vorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten Andy Knape, von einem namentlich nicht genannten Neonazi aus der »Ostmark«, von dem Vertreter Dresdener »Aktionsbündnis gegen das Vergessen« Maik Müller, sowie von Daniel Weigl vom »Freien Netz Süd«. Die Schweigeminute für die Opfer der Bombardierung wurde traditionell vom Magdeburger Aktivisten Andreas Biere anmoderiert. Während dieser Teil der Veranstaltung in den vergangenen Jahren stimmungsvoll nach Einbruch der Dämmerung stattfand, mussten bei der diesjährigen Veranstaltung die Fackeln bereits im Hellen entzündet werden. Doch trotz der Polizeiunterstützung und der am Rande des Marsches kaum wahrnehmbaren Proteste dürfte auch der Magdeburger Trauermarsch für die Szene kaum als Erfolg gewertet werden.

Die »Initiative gegen das Vergessen« sorgte auch im Vorfeld schon für Irritationen, als sie sowohl für den 12. als auch für den 19. Januar einen Marsch anmeldete, was die seit dem vergangenen Jahr verstärkt auftretenden Spekulationen befeuerte, Magdeburg könnte zum Ersatz für den Aufmarsch in Dresden werden. Doch auch abgesehen von der fehlenden symbolischen Bedeutung der sachsen-anhaltinischen »Ottostadt«, deuten bisher weder die Mobilisierung noch die TeilnehmerInnenzahlen darauf hin. Die Anmeldung für den 19. Januar wurde sofort nach dem Trauermarsch zurückgezogen.

Frey tot

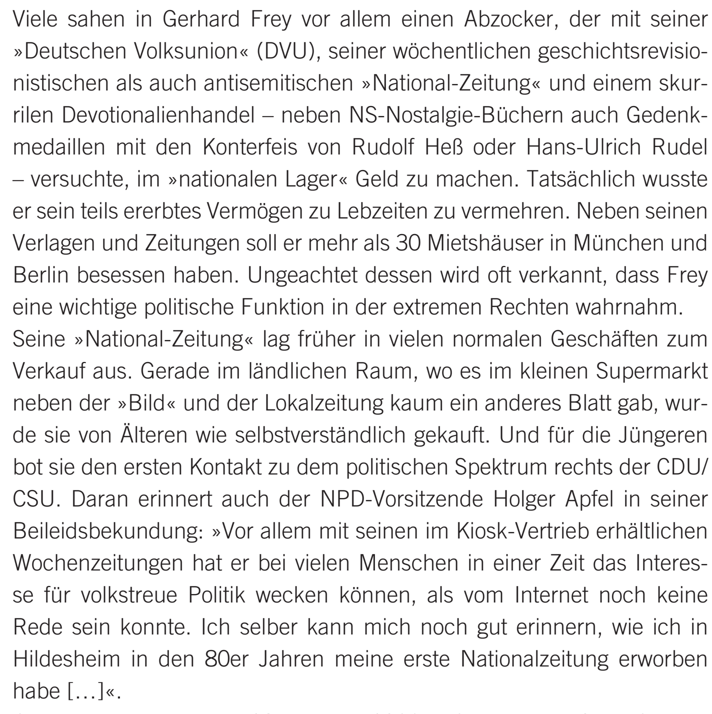
Am 19. Februar 2013 starb der extrem rechte Verleger und Gründer der »Deutschen Volksunion« Gerhard Frey.

von Jens Meyer



^ *der letzte Auftritt von Frey bei der DVU in Calbe*

Viele sahen in Gerhard Frey vor allem einen Abzocker, der mit seiner »Deutschen Volksunion« (DVU), seiner wöchentlichen geschichtsrevisionistischen als auch antisemitischen »National-Zeitung« und einem skurrilen Devotionalienhandel – neben NS-Nostalgie-Büchern auch Gedenkmedaillen mit den Konterfeis von Rudolf Heß oder Hans-Ulrich Rudel – versuchte, im »nationalen Lager« Geld zu machen. Tatsächlich wusste er sein teils ererbtes Vermögen zu Lebzeiten zu vermehren. Neben seinen Verlagen und Zeitungen soll er mehr als 30 Mietshäuser in München und Berlin besessen haben. Ungeachtet dessen wird oft verkannt, dass Frey eine wichtige politische Funktion in der extremen Rechten wahrnahm.



Seine »National-Zeitung« lag früher in vielen normalen Geschäften zum Verkauf aus. Gerade im ländlichen Raum, wo es im kleinen Supermarkt neben der »Bild« und der Lokalzeitung kaum ein anderes Blatt gab, wurde sie von Älteren wie selbstverständlich gekauft. Und für die Jüngeren bot sie den ersten Kontakt zu dem politischen Spektrum rechts der CDU/CSU. Daran erinnert auch der NPD-Vorsitzende Holger Apfel in seiner Beileidsbekundung: »Vor allem mit seinen im Kiosk-Vertrieb erhältlichen Wochenzeitungen hat er bei vielen Menschen in einer Zeit das Interesse für volkstreue Politik wecken können, als vom Internet noch keine Rede sein konnte. Ich selber kann mich noch gut erinnern, wie ich in Hildesheim in den 80er Jahren meine erste Nationalzeitung erworben habe […]«.

Gerhard Frey wurde am 18. Februar 1933 in Cham in der Oberpfalz geboren, als zweiter Sohn einer konservativen Kaufmannsfamilie. Sein älterer Bruder besuchte zusammen mit dem Sohn von Fritz Schäffer, dem letzten Vorsitzenden der 1933 zwangsaufgelösten »Bayrischen Volkspartei«, die Schule im Kloster Ettal. Auch Freys Vater gehörte dieser Partei an und saß in Cham für sie im Stadtrat. Diese familiären Kontakte führten zu einer engeren Verbindung mit dem 1888 geborenen Schäffer, der 1945 der erste bayerische Ministerpräsident und später Bundesfinanzminister und Bundesjustizminister wurde. Frey stand politisch weit rechts außen und doch hatte er gute Kontakte bis ins Zentrum der politischen Macht der jungen Bundesrepublik. Daran erinnerte 2010 auch Peter Dehoust, einer der wichtigen »Alten« der extremen Rechten, bei der Verleihung der »Ulrich-von-Hutten-Medaille« der »Gesellschaft für freie Publizistik e. V.« (s. drr Nr. 125) an ihn als »Würdigung seines Lebenswerkes«. Gute Beziehungen habe Frey zu Reinhard Gehlen, dem ersten Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND) gepflegt, erinnert Dehoust in seiner Laudatio, und vor allem zu dem Juristen Theodor Maunz (CSU), dem damals führenden Kommentator des Grundgesetzes und bayerischen Kultusminister. Regelmäßig hatte der ihn besucht, erinnert sich Frey, und hatte auch anonym unzählige Beiträge für die »National-Zeitung« verfasst. Auch rühmt er in seiner Dankesrede die Freundschaft zu Alfred Seidl (CSU): »Der berühmte Verteidiger wurde mein Freund, lange bevor er bayrischer Innenminister und Fraktionschef der CSU wurde.«

Gerhard Frey studierte Jura und promovierte in Wirtschaftsrecht. Er machte auch ein Volontariat bei der »Passauer Neuen Presse« und begann in den 1950er Jahren für die extrem rechte »Deutsche Soldatenzeitung« zu schreiben, deren Chefredakteur und Herausgeber er 1959 wurde. 1963 wurde sie in »Deutsche National-Zeitung« umbenannt. Renommee erhielt das revanchistische Blatt in »nationalen Kreisen« durch die Mitarbeit bekannter deutscher Soldaten des Zweiten Weltkriegs wie die Flieger Hans Ulrich Rudel und Walter Dahl. Zu Hochzeiten soll das Blatt eine Auflage von rund 100.000 Exemplaren gehabt haben. Heute ist die äußerlich modernisierte Zeitung (s. drr Nr. 118) weit davon entfernt. Früh hatte Frey auch versucht, sich in der NPD zu engagieren, dort aber nicht die erwünschte Aufnahme gefunden. 1971 gründete er seine eigene Partei, die DVU, die er als Sammlungsbewegung einer »national-freiheitlichen Rechten« verstand. 1987, mit der NPD längst wieder versöhnt, trat sie als Wahlbündnis »Deutsche Volksunion – Liste« bei den Bremer Bürgerschaftswahlen an und gewann drei Mandate. 1991 konnte die DVU dort ihr Ergebnis noch verbessern. 1992 zog sie in den Kieler Landtag ein. Massiv setzte die Partei in Wahlkämpfen Werbemittel ein, teilweise mehr als die Volksparteien. 1998 erreichte die Partei bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt zur Überraschung aller 12,9 Prozent. Der von den gewählten Abgeordneten an den Tag gelegte Dilettantismus befeuerte den Ruf der DVU als »Phantompartei«, die nur von Frey gelenkt würde. Vergessen wird dabei oft, dass die Partei im Brandenburger Landtag, in dem sie von 1999 bis 2009 saß, auch ein politisches Eigenleben entwickelte. Der »Deutschlandpakt« mit der NPD 2004 war der Anfang vom Ende der DVU. Als Frey auf dem Parteitag in Calbe 2009 abtrat, hatten einige ältere Damen und Herren fast Tränen in den Augen. Sichtlich angestrengt fand Frey seine letzten Worte als Vorsitzender: »Für die Kinder und Kindeskinder: Wenn sie später fragen: ›Hast du was für Deutschland getan?‹ können wir sagen: ›Ja!‹.« 160 Menschen saßen da vor ihm, nur ein Abglanz früherer Zeiten, als die Partei mit ihren Großveranstaltungen mehrere Tausend Gäste in die damalige Passauer Nibelungenhalle zog. Den Vorsitz der DVU übernahm der erfolglose Matthias Faust, der in seinem Nachruf daran erinnert, dass nur durch den »großzügigen Verzicht auf die Rückzahlung eines Darlehens an die DVU von über einer Million Euro« des Parteigründers die »Verschmelzung von NPD und DVU« ermöglicht worden sei.

Am 19. Februar 2013 ist Gerhard Frey gestorben.

Am Rande?

Die Gelder fließen nicht. Der Wahlzuspruch blieb aus. Der Start ins Frühjahr 2013 lief für die NPD nicht gut. Die Veröffentlichung der geheimen Kurzfassung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Prüfung eines neuen Parteiverbotsverfahrens ändert wenig. Unter der Führung des NPD-Bundesvorsitzenden Holger Apfel bleiben anhaltende Probleme bestehen und ein neuer Freundeskreis erhöht den Druck.

von Andreas Speit

Nein, der Bundesvorsitzende Holger Apfel soll nicht geschasst werden; nein, die Partei nicht gespalten werden. In der NPD sorgt jedoch der neue Freundeskreis um den alten Bundesvorsitzenden Udo Voigt für nachhaltige Verunsicherungen. Die Initiatoren des »Freundeskreis Udo Voigt« wie Thorsten Heise, Uwe Meenen und Ulrich Pieper bemühen sich jedoch zu betonen, keinen Sturz und keine Spaltung anzustreben. Zu den Freunden des aktuellen NPD-Bundesvorsitzenden gehören sie – wie auch die weiteren Initiatoren Ulrich Pätzold, Rigolf Hennig und Kersten Radzimanowski – nicht. Nach der Wahl in Niedersachsen hat sich auch die Kritik an der Führung von Apfel verstärkt.

Wahlkampf Niedersachsen

Am Abend des 20. Januar stand fest: Bei der Landtagswahl erreichte die NPD unter dem Wahlmotto »Raus aus dem Euro« 0,8 Prozent. Die Bundes- und Landesführung hatte gehofft, im Westen der Republik endlich einen Achtungserfolg zu erzielen. In der »Deutschen Stimme« (DS) erklärte der Landesverband im Dezember 2012 kritisch: »Die Ergebnisse der vorgezogenen Landtagswahlen des Jahres 2012 an der Saar, in NRW und in Schleswig-Holstein boten für die Nationaldemokraten zweifellos kaum Anlass zu übertriebener Euphorie.« In Niedersachsen sollte mit dem Spitzentrio Adolf Dammann, Patrick Kallweit und Jessika Behrens der Erfolg folgen. Bei keinem anderen Wahlkampf der vergangenen Jahre im Westen war die Bundesführung bereit, diesen so massiv zu unterstützen. An die 20.000 Schulhof-CDs »Die Zukunft im Blick« plante die NPD vor Berufsschulen an Erst- und JungwählerInnen zu übergeben. »Lasst euch diese CD nicht von irgendwelchen politisch korrekten Lehrern wegnehmen«, sagte Andreas Knape, Vorsitzender der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) in einem Video. 40.000 Plakate, versprach Kallweit, sollten in der »heißen Wahlkampfphase« aufgehängt werden. Gezielt schrieb die Partei auch 900 Schulen an. »Liebe Schülerinnen und Schüler, in Niedersachsen tobt gerade die Landtagswahl. Obskure Politiker tun das einzige was sie können: sie versprechen den Menschen was sie gerade hören wollen. Was unternimmt man nicht alles für den Machterhalt«, eröffnete Kallweit für die Partei den Brief, um dann das fehlende Geld für »Schulen, Kitas, Bibliotheken, Jugendclubs, Sportplätze und Unis« zu beklagen und vor der »Multikulti-Gesellschaft« zu warnen. »Die da oben, wir hier unten« und »die Fremden oder wir« war erneut in dem Wahlkampf ihr Programm. Vom Osten siegen lernen, bedeutete für die NPD zudem, einen »personalisierten« Wahlkampf zu führen. Die KandidatInnen zeigten so auch Gesicht, präsentierten sich bemüht persönlich im Internet, um von den »einfachen Bürgern« als »Kümmerer« wahrgenommen zu werden. Auf der Straße offenbarte sich aber schon vor dem Wahlergebnis: Trotz Unterstützung anderer Landesverbände – in dem Flächenbundesland zwischen Nordsee und Harz konnte der Verband keinen Flächenwahlkampf führen. Die Aktionsform, Touren mit den »Flaggschiff«, half wenig. In der heißen Wahlkampfphase fuhr die Partei, so wie Kallweit es angekündigt hatte, mit dem Partei-LKW, auf dem die Losungen »Heimat bewahren – Einwanderung stoppen« und »Raus aus dem Euro« prangten, meist zwei Städte an einem Tag an. Am 7. Januar um 10 Uhr startete in Braunschweig die Wahlkampftour, die in Hannover am 19. des Monats endete. Über 500 GegendemonstrantInnen erwarteten das »Flaggschiff« schon beim Tourauftakt auf dem Burgplatz, dem zentralen Platz in der Stadt des Löwen. Die Absperrungen der Polizei und der Lärm der Protestierenden verhinderten, dass die Rede des NPD-Landesvorsitzenden Manfred Börm zu verstehen war. Auch Kallweit sprach nur zu den mitfahrenden 15 Parteikadern. Die geringe Teilnehmendenzahl bei den Kundgebungen gehört jedoch zum Konzept der Tour: kurzer Auftritt mit wenig Personal, aber großer medialer Resonanz. In Lingen gerieten am 11. Januar NPD-Ordner und GegendemonstrantInnen aneinander. Die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung gegen den Berliner NPD-Landesvorsitzenden Sebastian Schmidtke, den niedersächsischen Landesvorsitzenden der »Jungen Nationaldemokraten« Christian Fischer und den Parteiordner Martin Götze. In der Nacht zum 16. Januar verübten Unbekannte in Schneverdingen einen Brandanschlag auf die NPD-Fahrzeuge. Ein Begleitfahrzeug brannte aus.

Am Wahlabend dann das ernüchternde Ergebnis für die Führung. Statt das Ergebnis von 2008 – 1,5 Prozent – zu verbessern, verloren sie 0,7 Prozent. Für die Führung nicht nur politisch, sondern auch finanziell ein herber Schlag. »Der vorzeigbare Wahlkampf«, von dem Dammann in der DS im Januar 2013 sprach –»eine Steilvorlage für die folgenden Landtagswahlkämpfe und die Bundestagswahl«–, war misslungen und die Wahlkampfkostenrückerstattung verpasst. Ein »enttäuschendes Ergebnis«, räumte am folgenden Tag Kallweit auf der Landeswebseite ein. »Nach der Wahl ist vor der Wahl«, verkündete die Bundesführung auf »DS-Aktuell« auch am 21. Januar und versicherte sogleich: »Wer als Folge des Wahlausgangs auf ein parteiinternes Scherbengericht wartet, wird in den nächsten Wochen enttäuscht werden.«

Kein Scherbengericht, aber ein Freundeskreis

Eine leichte Enttäuschung dürfte aber bei den Freunden von Apfels Kurs der »seriösen Radikalität« aufgekommen sein. Keine zehn Tage nach dem Wahlmisserfolg suchten die Initiatoren des »Freundeskreis Udo Voigt« die Öffentlichkeit. »In den letzten Wochen wurden in bislang 15 Orten ›Freundeskreise‹ [...] gegründet«, erklärten am 30. Januar die sieben Initiatoren auf der Website mit der programmatischen Adresse »wohindeutscherechte«.

Der Wahlausgang in Niedersachsen wird die Herren bestärkt haben. Seit Monaten artikuliert sich eine vielschichtige Kritik an Apfel. Im November 2011 setzte sich der neue Bundesvorsitzende auf dem Bundesparteitag in Neuruppin durch, weil dem alten Vorsitzenden die angespannte Finanzlage und der stockende Parteiaufbau im Westen vorgehalten wurden. Heute unangenehm für Apfel: Denn nach seiner erfolgreichen



^ *2011 – vor der Pause von Voigt konnte Apfel noch lachen*

Kampfkandidatur konnte er daran nichts ändern. Im Westen schreitet der Parteiaufbau nicht voran. Das Bundesverwaltungsgericht verurteilte die Partei Ende 2012 wegen falscher Rechenschaftsberichte zu einer Strafzahlung von 1,27 Millionen Euro – halb so viel wie die Bundestagsverwaltung gefordert hatte. Die Bundestagsverwaltung hat im Februar 2013 deswegen alle laufenden Abschlagszahlungen der staatlichen Parteienfinanzierung gestoppt – insgesamt 470.000 Euro. Mehr noch: Apfel wird aus Szene und Partei schon länger eine intrigante Personalpolitik vorgehalten, die die internen Beziehungen der Partei und die direkten Vernetzungen mit der Kameradschaftsszene nachhaltig belasten sollen. Schon vor der Machtübernahme wurde in der NPD befürchtet, dass Apfel nicht wie Voigt die verschiedenen Strömungen in der Partei einen und die Spektren der Kameradschaften halten könnte. Auf Altermedia betonte Pätzold am 9. Februar in einer Stellungnahme zu dem »Freundeskreis«: »Holger Apfel soll sich keine Sorgen machen, ich will ihn ganz bestimmt nicht verjagen. Wer nach der Amtsübernahme verdiente Kameraden wegekelt oder rausschmeißt, braucht sich nicht wundern, wenn der Thron wackelig wird.« Die altgedienten NPD-Getreuen Doris und Alfred Zutt kommentierten: »Lange Jahre ist unser Weg mit Udo Voigt gemeinsam. [...] Er steht für den Kampf um die Sache, nicht um den Kampf des Mammon. Einen Kurs wie Holger Apfel ihn nennt = Seriöse Radikalität gibt es nicht«. Die Debatte, inwieweit der sächsische NPD-Landesvorsitzende Holger Szymanski für den Verfassungsschutz gespitzelt haben soll, befeuert die Ressentiments noch. Dass Szymanski, ein enger Vertrauter Apfels, behauptet, »zu keinem Zeitpunkt als V-Mann gearbeitet« zu haben, hilft wenig. Auch in Sachsen schwindet seit Monaten der Zuspruch für den NPD-Bundesvorsitzenden und Landtagsfraktionschef. Einer der Enttäuschten aus dem Bundesland: Frank Rohleder. Der ehemalige Bundesvize der »Republikaner« und ehemaliges NPD-Bundesvorstandsmitglied aus Chemnitz verantwortet die Website des Freundeskreises. Im sächsischen Voigtland hat der Freundeskreis schon Verbindungen zur Kameradschaft »Revolutionäre Nationale Jugend« (RNJ). Am 2. Februar kamen in Berlin indes an die 80 Interessierten zu einer Veranstaltung des Kreises. Mittlerweile sollen 15 Freundeskreise bestehen. Udo Voigt bemüht sich, die Signalwirkung wieder einzudämmen. Auf Facebook legte er dar: »Zunächst stand ich der Idee skeptisch gegenüber. Doch ich betrachte es als meine Lebensaufgabe nationale Kräfte, nach dem Vorbild der ›Nationalen Front‹ Frankreichs, zusammen zu führen.« In dem »schweren Abwehrkampf« eines neuen Verbotsverfahrens müssten »die Partei und das nationale Umfeld zusammen stehen«. Die Ausführungen Voigts, dass die »NPD nur ein Teil der nationalen Bewegung in Deutschland ist« und »wieder der Motor« sein müsse, wie auch der Hinweis, dass die Idee vom »Front National« kommt, dürfte die Parteiführung wenig beruhigen. Bevor Marine Le Pen in Tours auf dem Parteitag 2011 sich als Vorsitzende durchsetzen konnte, hatte sie zuvor den »Club Génération Bleu Marine« gegründet, um über die Parteigrenzen hinweg neue Kräfte und in der Partei Macht zu gewinnen.

Keine kommende Konkurrenz

Offiziell gibt sich die NPD-Führung äußerst gelassen. »Das ist eine parteiunabhängige Initiative«, sagte Frank Franz der »tageszeitung« (taz). Der NPD-Bundespressesprecher sieht keine kommende Konkurrenz. Auf ihrer Facebook-Seite bieten die Initiatoren an, »denen wieder eine politische Heimat« geben zu wollen, »welche in der NPD derzeit keine mehr sehen«. Das »keine mehr«, meinte Kerstin Köditz, sei doch etwas verräterisch: »Das bedeutet sehr wohl, dass die Initiative den Machtkampf suchen wird, unterstützt von den Enttäuschten des Apfel-Kurses«, sagt die sächsische Landtagsabgeordnete der »Linken« und Sprecherin für antifaschistische Politik. Sie glaubt: »Sachsen war die Basis für den Aufstieg Apfels. Doch durch verfehlte Taktik und fehlende Strategie hat er in ›seinem Bundesland‹ den eigenen Niedergang eingeläutet.« Voigt ist umso mehr bemüht zu betonen, dass die Presse einen »Machtkampf« erfinde. »Die Presse lügt«, schreibt er auf der Webseite des »Freundeskreis«: »Wir wollen einigen und nicht spalten!«

Die Kritik an Apfel konnte auch der offensive Umgang mit einem möglichen Verbotsverfahren nicht dämpfen. Kämpferisch hatte Apfel im November 2012 das Verfahren eingefordert. Zuvor hatte die Parteiführung Selbstanzeige stellen wollen. Der letzte vermeintliche Clou: die Veröffentlichung der »amtlich geheim gehaltenen« Kurzfassung der Materialsammlung der Arbeitsgruppe am 21. Februar. In der Szene wurde die Aktion, die für die Parteiführung rechtliche Konsequenzen haben könnte, kaum beachtet.

Familienpolitik von Rechts

Angesichts medial und politisch kontrovers geführter Debatten um demografische Entwicklungen in Deutschland wundert es nicht, dass sich auch die NPD mit familienpolitischem Populismus um Anschluss an gesamtgesellschaftliche Diskurse bemüht. Eine Veröffentlichung der NPD zum Thema Familienpolitik gibt dabei Aufschluss über die Verhandlung von Geschlechterrollen in der extremen Rechten.

von Juliane Lang

In ihrem aktuellen Parteiprogramm mit dem Titel »Arbeit. Familie. Vaterland.« vom Juni 2010 widmet die NPD dem Thema Familienpolitik an zentraler Stelle eine ganze Seite. Diese Ausführungen ergänzt nun die Broschüre »Deutsche Kinder braucht das Land. Familienpolitische Kehrtwende«, erstellt durch die »AG Familienpolitik« innerhalb der Partei.

Die darin beschriebene pronatalistisch-rassistische Familienpolitik der NPD steht exemplarisch für die am Konstrukt der weiß-deutschen »Volksgemeinschaft« orientierte Ideologie der extremen Rechten: Mit der rassistischen Kategorisierung »Deutsch-«/»Nicht-Deutsch«-Sein nimmt die Partei Ein- und Ausschlüsse vor. Über die heterosexuelle Kleinfamilie und die in ihr zugewiesenen Rollen von Männern und Frauen werden in heterosexistischer Weise das Innen der Gemeinschaft hergestellt, Geschlechter normiert und tradierte Geschlechterverhältnisse reproduziert.



^ *Broschüre der NPD*

Familienförderung nur für »deutsche« Familien

Die in der 32-seitigen Broschüre aufgemachten Forderungen lassen sich in wenigen Sätzen zusammenfassen: Eine Erhöhung des steuerlichen Freibetrags pro Kind sowie die Weiterentwicklung des Ehegattensplittings betreffen den Bereich der steuerlichen Besserstellung von Familien. Das zusätzlich zum Kindergeld zu zahlende sozialversicherungspflichtige Müttergehalt soll Frauen dazu anhalten, sich mindestens drei Jahre einzig der Kinderpflege zu widmen, ohne dabei Rentenansprüche zu verlieren. Mit Verweis auf das »Ehestandsdarlehen« im Nationalsozialismus schlägt die NPD ein »Familiendarlehen« vor, das vor allem junge Paare adressiert: Mit jedem geborenen Kind würde die Summe der zu tilgenden Kreditraten sinken, mit der Geburt des dritten Kindes soll der Kredit schließlich abgezahlt sein.

Der vermeintliche Kosten-Lasten-Ausgleich »deutscher« Familien ginge dabei offen zu Lasten all jener, die entweder dem normativen Modell einer heterosexuellen Kleinfamilie nicht entsprechen oder aber qua Definition nicht als »deutsche« Familie gezählt werden: Die Finanzierung ihrer Politik der »bevölkerungspolitischen Umwälzung« verspricht sich die NPD über die Streichung aller sozial- und familienpolitischen Maßnahmen für »Nicht-Deutsche« sowie die steuerliche Mehrbelastung Kinderloser. »Mögen andere ihr Heil in einer irrwitzigen Einwanderungs- und Einbürgerungspolitik sehen, so bleibt für uns der Fortbestand des deutschen Volkes oberstes politisches Ziel«, schreibt der stellvertretende Parteivorsitzende Karl Richter im Geleitwort der Broschüre und stellt dabei die von der NPD angestrebte Familienpolitik in den Kontext einer rassistischen Bevölkerungspolitik. Gitta Schüßler, familienpolitische Sprecherin der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und Vorstandsmitglied des »Rings Nationaler Frauen« (RNF), erklärte anlässlich des weitgehend unbekannten Internationalen Tages der Familie am 15. Mai 2012: »Im Gegensatz aber zu anderen Parteien [...] erscheint es uns nicht sinnvoll, sogenannten ‹modernen Familienformen› hinterherzuhecheln, schwulen Minderheiten Adoptionsrechte einzuräumen und ganz allgemein ‹Beziehungen der Beliebigkeit› unter dem Deckmantel der ‹Moderne› zu propagieren.« Es geht somit nicht darum, nur möglichst viele Kinder »in« Deutschland zu bekommen und aufwachsen zu sehen; die völkische Gemeinschaft bedarf »deutscher« Kinder und tradiert-heteronormativer Geschlechterverhältnisse, die es stets neu herzustellen gilt.

Geschlechterordnung in der »Volksgemeinschaft«

Das Konstrukt der »Volksgemeinschaft« ist als zentraler Baustein extrem rechter Ideologie zu betrachten. Dabei war sie weder im historischen Vorbild des Nationalsozialismus reales Abbild der Gesellschaft, noch ist sie dies heute in Bezug auf die extreme Rechte. In ihrem Charakter als völkische Ordnungsvorstellung ist sie viel mehr Verheißung und Normierung zugleich: die Verheißung einer harmonischen Zukunft, welche sich aus der gegenwärtigen Misere erhebt. Und zugleich Normierung, indem sie Teilhabe an und Rollen innerhalb der imaginierten Gemeinschaft definiert. Entlang rassistischer Kriterien grenzt sich die Gemeinschaft nach außen ab, Geschlecht dagegen strukturiert die Gemeinschaft nach innen. Hierarchisch und streng anti-individualistisch gestrickt, existieren innerhalb der »Volksgemeinschaft« keine Individuen, sondern nur die heterosexuelle Familie als »kleinste Zelle« der Gemeinschaft. Hierüber werden Männern und Frauen ihre jeweiligen Aufgaben zum Wohle der Gemeinschaft zugewiesen.

Frauen obliegt hierbei in erster Linie die Verantwortung für die Reproduktion: das Gebären sowie die Erziehung möglichst zahlreicher Kinder. »Auf die zwanghafte Beteiligung von Vätern an der Babypflege wird bewußt verzichtet«, schreibt die NPD hierzu in der besagten Broschüre. Nicht eine der aufgemachten familienpolitischen Forderungen bezieht sich explizit auf die Unterstützung von Vätern. Sie spielen im familienpolitischen Programm der NPD eine Nebenrolle und finden nur dort Erwähnung, wo es darum geht, die Familie als Gemeinschaft von Mutter, Vater und Kind(ern) zu bestimmen.

Frauen in der NPD

Die klare Aufgabenbestimmung – der Frau kommt die Verantwortung für das traute Heim zu, dem Mann für den öffentlichen Bereich – spiegelt sich auch im Parteivorstand der NPD wider. Die langjährige Aktivistin Ricarda Riefling ist dort verantwortlich für den Bereich Familienpolitik, während sich Birgit Fechner der Sozialpolitik annimmt. Und das, obwohl NPD-Frauen um die damalige Funktionärin Gertraude Winkelvoss in ei-



^ *Der »Ring Nationaler Frauen« will die Zukunft mitbestimmen*

nem Sonderdruck des »Deutsche Stimme«-Vorgängers »Deutsche Nachrichten« im Jahr 1967 schrieben: »Uns Frauen geht alles an, nicht nur Kultur und Soziales, womit man uns so gerne abspeist, auch der Handel, die Preise, die Finanzen, das Rechtswesen usw. […].« 45 Jahre später verfügt die NPD mit dem RNF zwar über eine eigene Frauenorganisation, deren Verlautbarungen sind jedoch deutlich zaghafter beziehungsweise ganz im Sinne der völkischen Geschlechterordnung: »Wir Frauen haben das große Glück, uns lieber mit den schönen Dingen des Lebens beschäftigen zu können, als uns um so etwas langweiliges wie Politik kümmern zu müssen. Das überlassen wir doch gerne den Männern. […] Wir sind die emotionale Kompetenz dieser Partei und bringen als solches Erkenntnisse ein, wie wir sie aus unserem tagtäglichen eigenen Erleben als Mütter und Großmütter gewinnen.« Die Frauen sind dabei nicht weniger aktiv als ihre männlichen Kameraden; sie stricken mit ihrer Zurückhaltung in bestimmten Bereichen der Politik viel mehr an einem Entwurf völkischer Weiblichkeit, zu deren »Tugenden« die Zurückhaltung sowie die »Ergänzung« des männlichen Aktivismus zählt.

Ein Schritt vor, zwei Schritt zurück?

Sowohl in den 1960er Jahren als auch heute beschäftigt Politikerinnen in der NPD das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Während die NPD-Frauen damals das Problem durch arbeitsmarktpolitische Forderungen zu lösen suchten, wird sich heute vehement von derlei Ansätzen abgegrenzt und die Befreiung der Mutter von der als Last empfundenen Lohnarbeit gefordert: »Beim Gros der berufstätigen Mütter handelt es sich bei der Berufstätigkeit […] nicht um eine Berufung, sondern um eine Beschäftigung, die allein aus finanziellen Gründen aufgenommen wird«, so die NPD in ihrer aktuellen Broschüre. Der weiblichen »Berufstätigkeit« wird an zahlreichen Stellen die Mutterschaft als »Berufung« gegenübergestellt. Im Rekurrieren auf tradierte Rollenbilder wird der Versuch der steten (Re-)Produktion derselben unternommen: Die extreme Rechte bedarf – ideologisch wie auch lebensweltlich – »wahrer Frauen« und »echter Kerle«, um ein Deutschland nach ihren Vorstellungen zu errichten. Um den eigenen Biologismus zu untermauern, fehlt im Zweifelsfall auch nicht der Verweis auf die neueste Veröffentlichung des Ehepaars Pease oder pseudo-wissenschaftliche Befunde aus Hirn- und Bindungsforschung, die mehr oder minder schwere Schäden bei sogenannten Krippenkindern zu belegen suchen.

Und noch an einem anderen Punkt scheint die Partei dem allgemeinen Trend zurück zum Familientraditionalismus zu folgen: Hieß es im Sonderdruck der »Deutschen Nachrichten« von 1967 noch »es ist kein Wertmaßstab, ob eine Frau verheiratet ist oder nicht«, gilt der NPD heute die Ehe als »die beste Voraussetzung für eine glückliche Familie« und ist das geforderte Familiendarlehen gekoppelt an die bürgerliche Ehe von Mann und Frau.

Frauen sind in der Logik der »Volksgemeinschaft« die »natürliche Ergänzung« des Mannes – und als diese wollen sich insbesondere Frauengruppen innerhalb der extremen Rechten auch wahrgenommen wissen. Nicht als Konkurrenz in den sogenannten harten Politikbereichen, sondern als Ansprechpartnerinnen in all jenen Feldern, in denen ihnen qua Geschlecht Kompetenzen zugestanden werden: in der Familien- und Sozialpolitik.

Verteidigung der völkischen Ordnung

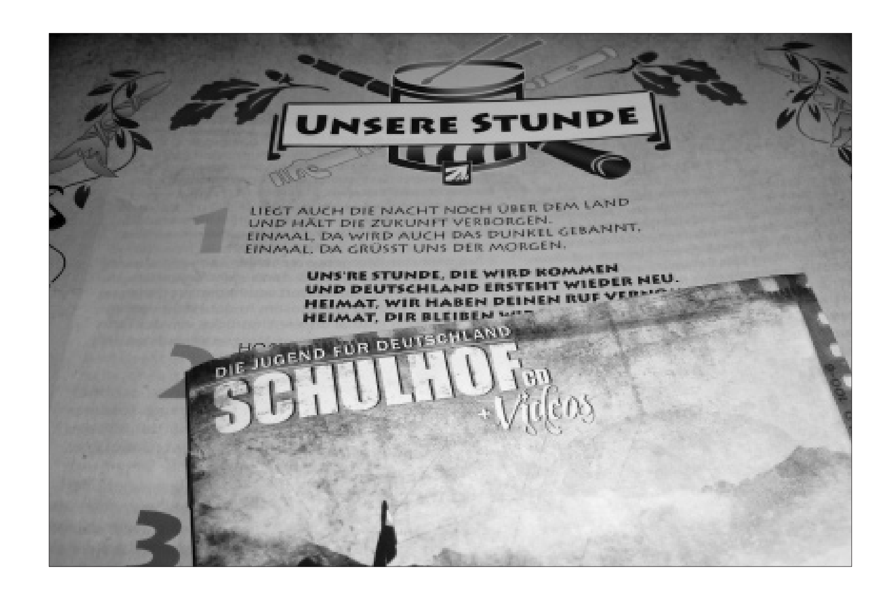
An einem Vergleich verschiedener Epochen extrem rechter Familienpolitik zeigt sich: Es geht nicht um die realpolitische Besserstellung von Familien – hierzu ist die NPD parlamentarisch zu unbedeutend. Auch ist es der Partei bislang nur selten gelungen, gesamtgesellschaftliche Diskurse zu initiieren – auch wenn sie stärker denn je den Anschluss an diese sucht. Die Familien- und Bevölkerungspolitik der NPD zeugt jedoch letztlich davon, dass Geschlecht auch in der extremen Rechten nicht von überhistorischer Konstanz ist. Geschlechterpolitiken sind als ein Korrektiv gesamtgesellschaftlicher Einflüsse auf die Szene zu betrachten. Schließlich geht eine allgemeine Liberalisierung und Pluralisierung von Geschlechterrollen in den letzten 40 Jahren auch an der extremen Rechten nicht spurlos vorbei. Mit aggressiver Ablehnung reagierten Teile der Szene zunächst auf die vermehrte Gründung von Mädchen- und Frauengruppen in den 1990er und 2000er Jahren; heute erweisen sich diese als willkommene »Ergänzung«, solange sie die ihnen zugedachten Themenbereiche nicht verlassen.

Die Häufung familienpolitischer Forderungen zeigt: Erscheint die völkische Geschlechterordnung bedroht, reagiert die extreme Rechte und erklärt »Familie« zum Kernbestandteil völkischer Identität. »Völkisch zu sein bedeutet, Familie zu haben. Familie bedeutet Leben und Leben bedeutet Zukunft.«, heißt es in der »Deutschen Stimme« vom Oktober 2010. Die Familienpolitik der NPD ist klar als zeitgemäßer Versuch der Normierung von Geschlechterverhältnissen innerhalb der extremen Rechten zu werten. Um die völkische (Geschlechter-)Ordnung aufrecht zu erhalten, bedarf es Männer und Frauen, die sich ihrer jeweiligen Rolle bewusst sind – oder stets auf ein Neues daran erinnert werden.

Die »Schulhof-CD« der NPD-Jugend

Die »Jungen Nationaldemokraten« versuchen 2013 mit einer CD ihr Image aufzubessern. Moderne Musik und Videoclips sollen helfen – doch das »Bundeslied« zeigt letztendlich, dass das alles nur Makulatur ist.

von Jana Schröder



»Liebe Schülerinnen und Schüler, Toleranz heißt, offen für andere zu sein, sich auch in die Lage anderer hineinzudenken. Dann weiß man auch, niemand darf diskriminiert werden«, mit diesen Worten, geklaut aus einer Rede der Bundeskanzlerin Merkel, beginnt die aktuelle »Schulhof-CD« der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) mit dem Titel »Die Zukunft im Blick«. Auf der CD befinden sich nicht nur 15 Lieder, von Balladen über extrem rechten Rap bis NS-Hardcore, sondern auch zwei Videos: Das eine hatte die JN schon 2012 online gestellt. Es ist ihr Werbefilm, der einen gemeinsamen Segeltörn junger Neonazis zeigt. Das andere ist eine Ansprache des neuen JN-Bundesvorsitzenden Andy Knape: »Hallo, zusammen. Es ist wieder soweit, im Januar 2013 wird die neue Schulhof-CD der Jungen Nationaldemokraten erscheinen. Wir haben für euch ein breit gefächertes Musikrepertoire zusammengestellt auf dieser Schulhof-CD, um zum einen den künstlerischen Bereich, aber auch vor allen Dingen den politisch-inhaltlichen Bereich abzudecken und euch anzubieten«, erzählt er in dem zeitgemäß aufgemachten Clip.

Verbreitung

Am 28. November 2012 bewarb die JN erstmals ihre Schulhof-CD auf ihrer Website. Sie ist die zehnte überregionale »Gratis«-CD-Produktion aus dem Hause der NPD mit dem (Unter-)Titel »Schulhof-CD«. Bereits mit der Ankündigung, einen solchen Tonträger in Umlauf zu bringen, kann sich die Partei der medialen Aufmerksamkeit sicher sein – ein echter Marketingerfolg. Die CD soll verteilt werden, kann aber vor allem auch bestellt werden beim eigenen »Frontdienst« (Riesa) – »ab 0,25 Euro«, heißt es auf einem Werbebanner. Hinter dem Wörtchen »ab« verbirgt sich ein Staffelpreis. Wer weniger als 10 Stück abnimmt, muss drei Euro pro Stück zahlen. Erst wer mehr als 499 Exemplare abnimmt, zahlt den niedrigsten Preis. Den Kaufanreiz dürfte aber erhöhen, dass diese CD nicht im Internet erhältlich ist. Entgegen der Praxis der letzten Jahre, derartige Produktionen über den Medienserver der NPD oder eine eigens gestaltete Website zum kostenfreien Download anzubieten, wirbt die JN nur mit einem kurzen Trailer für ihren Tonträger auf »Youtube«. Beinahe 15.000 Mal wurde das Video bis Ende Februar 2013 schon angeklickt. Doch alle Lieder werden hier nur kurz angespielt. Das Video, nicht mehr als ein Appetizer.

Am 8. Dezember 2012 postete die JN auf ihrem »Facebook«-Profil, dass es für jedes Bundesland ein eigenes Cover gebe. Doch bisher haben einzig Niedersachsen und Rheinland-Pfalz ein eigenes Titelbild, der Rest (Inhalt und Aufmachung) ist auch bei ihnen derselbe wie bei der Bundesfassung. In welchem Ausmaß die CD derzeit tatsächlich verteilt wird, ist schwer zu sagen. In einigen wenigen Regionen standen tatsächlich AktivistInnen der Jugendorganisation vor Schulgeländen oder an anderen öffentlichen Orten, um mit dem Medium für sich zu werben. Doch flächendeckend waren die Aktionen nie, nicht einmal im niedersächsischen Landtagswahlkampf im Januar 2013.

Musik

Auf der CD sind altbekannte Interpreten vertreten: »Agnar« (Teltow), »Carpe Diem« (Stuttgart), »Moshpit« (Altenburg), »n´Socialist Soundsystem« (Ludwigshafen), »Häretiker« (Ludwigshafen), »Rotte Charlotte« (Mönchengladbach), »Hassgesang« (Teltow), Jan Peter Kersting (Salzkotten), »Division Germania« (Mönchengladbach), »Disbeliever«, »Hope for the Weak« (Dresden), »Confident of Victory« (Senftenberg), »Uwe und alte Freunde« (Potsdam) und »Disszensiert« (Baden-Württemberg). Den Abschluss bildet das JN-»Bundeslied« mit dem Titel »Unsere Stunde die wird kommen«, vorgetragen von einem Chor: »Unsere Stunde, die wird kommen und Deutschland ersteht wieder neu. Heimat, wir haben deinen Ruf vernommen, Heimat, wir bleiben dir treu«, singen sie im Refrain. Abgedruckt ist der Text in der aktuellen Ausgabe (3/2012) des JN-Magazins »Aktivist«. Hier heißt es zum Geleit: »Mit dem Lied von Gerd Knabe, der sich in jungen Jahren freiwillig zur Waffen-SS gemeldet hat, haben wir für unsere Jugendorganisation ein Bundeslied gefunden, was den Sinn unseres politischen Wollens im Hier und Jetzt ausdrückt und identitätsstiftend für die gesamte nationale Bewegung ist«. Die explizite Nennung der freiwilligen Meldung Knabes für die Waffen-SS unterstreicht, in welchem historischen Kontext sich die JN sieht. Wie auch die SS spricht die NPD-Jugend von sich selbst gerne als »politische Soldaten«.

Indizierung?

Anfang März 2013 wird die »Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien« (BPJM) über einen Antrag entscheiden, die CD als jugendgefährdend zu indizieren. Sollte im Ergebnis tatsächlich untersagt werden, das Medium Jugendlichen unter 18 Jahren zugänglich zu machen, weil damit »sozialethisch desorientierende Tendenzen« einhergehen könnten, wäre das ein Rückschlag für die NPD-Jugendorganisation. Es dürfte ihr dann schwer fallen, den Werbeträger los zu werden. Denn für ein indiziertes Medium darf nicht öffentlich geworben, noch darf es öffentlich ausgelegt werden. Gleichwohl muss eine Entscheidung auch in anderer Hinsicht nachdenklich stimmen. Die JN steht als Jugendorganisation Jugendlichen ab 14 Jahren offen. Wenn nun die BPJM feststellt, dass eines ihrer Angebote jugendgefährdend ist, müsste das die Frage aufwerfen, wie es um die JN an sich steht. Muss dann nicht davon ausgegangen werden, dass die Organisation grundsätzlich nicht für Minderjährige geeignet ist?

RechtsRock und Drogenhandel

Am 20. Februar 2013 wurden im Saarland und in Sachsen insgesamt elf Wohnungen von der Polizei durchsucht. Den Durchsuchungen waren monatelange Ermittlungen – durch den Hinweis eines Berliner Neonazis ausgelöst – vorausgegangen. Schwerpunkt der Durchsuchungsaktion war das Saarland mit insgesamt zehn Wohnungen in denen über 4.000 CDs mit RechtsRock und mehrere Kilo Amphetamine gefunden worden. Ein 30-Jähriger wurde im Landkreis Merzig (Saarland) verhaftet. Ihm wird neben Volksverhetzung, Gewaltdarstellung, Verstoß gegen das Urheberrechtsgesetz auch Rauschgifthandel zur Last gelegt. Die CDs soll der Beschuldigte von einem 30-Jährigen aus Sachsen bezogen haben. Offensichtlich versuchen sich Nazis in letzter Zeit häufiger als Drogenhändler. So wurden am 31. August 2012 – ebenfalls in Sachsen – mehrere Hausdurchsuchungen bei Nazis wegen des Handels mit »Crystal Meth« und Anabolika durchgeführt. Aktuell macht der Fall »Objekt 21« aus Österreich Schlagzeilen (s. Seite 32).

Udo Voigt sucht Freunde

Anhänger des ehemaligen NPD-Vorsitzenden Udo Voigt rufen dazu auf, so genannte »Freundeskreise« zu gründen, um »nationale Kräfte über Parteigrenzen hinweg zu sammeln«. Die Initiatoren wollen unter dem Motto »Einigkeit macht stark – Nur organisierter Wille bedeutet Macht!« einen UnterstützerInnenkreis aufbauen, »der jedem Patrioten die Möglichkeit zur Mitarbeit gibt«. An 15 Orten soll es bereits gleichnamige Zusammenschlüsse geben. Unterzeichnet haben den Aufruf Frank Rohleder, Thorsten Heise, Uwe Meenen, Ulrich Pätzold, Ulrich Pieper, Dr. Rigolf Hennig und Dr. Kersten Radzimanowski.

Die Achse Nürnberg-Athen

Die griechische Neonazipartei »Chrysi Avgi« (»Goldene Morgendämmerung«) soll in Nürnberg eine eigene »Parteizelle« gegründet haben. Es bestehen offenbar gute Kontakte zwischen der Partei und dem »Freien Netz Süd« (FNS). Fotos zeigen die FNS-Aktivisten Matthias Fischer und Sebastian Schmaus mit Nikolaos Michaloliakos, dem Vorsitzenden der griechischen - wie es auf der Internetseite des FNS heißt - »NS-Partei«. Im November 2012 soll es zuvor zu einem Treffen in Nürnberg gekommen sein. Dort hätten sich »Chrysi Avgi«, NPD- und FNS-AnhängerInnen zusammen mit dem Holocaust-Leugner Ernst Zündel zu einem Stadtrundgang getroffen. 6,9 Prozent der griechischen WählerInnen gaben der Neonazi-Partei bei der vergangenen Parlamentswahl ihre Stimmen (s. drr Nr. 137).

Hammerskins im Odenwald

Am 26. Januar 2013 versuchten rund 120 Hammerskins in Erlenbach im Odenwald ein europaweites Kadertreffen abzuhalten, ein sogenanntes »European Officers Meeting«. Sie hatten sich als Wanderverein in eine Sporthalle eingemietet. Nachdem die Polizei auf das Treffen aufmerksam gemacht wurde, löste sie die Veranstaltung auf. Laut eines internen Papiers des Bundeskriminalamts gibt es 193 bekannte Mitglieder und SympathisantInnen des elitären Neonazi-Netzwerks, fast die Hälfte davon sei bereits durch Straftraten aufgefallen. In Deutschland sollen bis zu elf Chapter bestehen.

»Freundeskreis Rade« angeklagt

Am 22. Januar 2013 hat die Staatsanwaltschaft Köln Anklage gegen insgesamt acht Personen erhoben. Der Anklage waren umfangreiche Ermittlungen gegen den »Freundeskreis Rade« vorangegangen. In diesem Zusammenhang kam es am 25. April 2012 zu Hausdurchsuchungen in Radevormwald, Düsseldorf, Essen und Wuppertal (s. drr Nr. 136). Im Zuge der Ermittlungen haben sich die Behörden auf die jetzt betroffenen acht Personen konzentriert, die als »Kerngruppe« betrachtet werden. Die Staatanwaltschaft wirft den Beschuldigten gefährliche Körperverletzungen sowie Propagandadelikte vor. Ein Termin für den Prozessbeginn steht noch nicht fest.

Was macht »Die Rechte«?

Am 9. Februar 2013 hat die Partei »Die Rechte« (DR) nach eigenen Angaben »in einer Kreisstadt in der Heide« den ersten Kreisverband in Niedersachsen gegründet. Landesverbände bestünden bereits in Brandenburg und Hessen. In Nordrhein-Westfalen soll es neben einem Landesverband noch Kreisverbände in Dortmund, Hamm, Mülheim, Wuppertal, im Münsterland und im Rhein-Erft-Kreis geben. In NRW prüft das Landesinnenministerium derzeit, ob die Partei eine Ersatzorganisation für verbotene Neonazigruppen sein könnte und somit selbst illegal wäre. Für den 1. Mai 2013 hat die Partei in Dortmund zu einem Aufmarsch aufgerufen. Als Redner werden neben den DR-Funktionären Christian Worch, Siegfried Borchardt und Dennis Giemsch auch Thorsten Heise und Dieter Riefling angekündigt.

Razzia in Berlin

Am 12. Februar 2013 hat die Polizei neun Wohnungen von Neonazis, eine Kneipe und einen Handwerksbetrieb durchsucht, die der rechten Szene zugeordnet werden. Hintergrund waren unter anderem Angriffe auf Homosexuelle sowie Volksverhetzung. Bei einem der betroffenen Neonazis soll es sich um Sascha L. handeln, der am 15. Februar 1996 in Brandenburg/Havel den Punk Sven Beuter zu Tode getreten hatte. Zudem wurden die Wohnungen eines NPD-Funktionärs sowie die eines erst am 1. Februar 2013 verurteilten Neonazis durchsucht. Julian B. war vom Amtsgericht Tiergarten wegen gefährlicher Körperverletzung und Bedrohung zu einer Bewährungsstrafe von drei Jahren und 150 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt worden, das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die Durchsuchungen der Polizei sollen im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen den »Nationalen Widerstand Berlin« stehen.

Illegale Neonaziparty

Am 9. Februar 2013 hat die Polizei in Eilenburg bei Leipzig eine Neonazi-Party aufgelöst. Die Personalien von 123 Personen wurden aufgenommen. Diese hatten in einer Baracke auf einem Firmengelände gefeiert, nachdem sie bei einem extrem rechten Konzert in Staupitz keinen Einlass mehr fanden. Die Baracke war offenbar seit mehreren Wochen von der Szene als Treffpunkt genutzt worden.

Deutsche Akademiker

Die »Deutsche Burschenschaft« als Ganzes vertrat auch schon vor den jüngsten Skandalen extrem rechte, völkische und revisionistische Positionen. Um das zu wissen, hätte ein Blick in das »Handbuch der Deutschen Burschenschaft« genügt.

von Ernst Kovahl



2011 war die Empörung über die »Deutsche Burschenschaft« (DB) groß. Auf ihrem Eisenacher »Burschentag« hatte der Akademikerbund über rassistische Aufnahmekriterien für Mitglieder diskutiert. Teile der DB wollten eine von der Presse als »Arierparagraphen« bezeichnete Regelung durchsetzen (s. drr Nr. 132). Dieser Skandal war Auslöser dafür, dass der seit Jahren im Bund gärende Streit zwischen einem national-konservativen und einem extrem rechten, völkischen Flügel offen ausbrach. Auf dem »Sonderburschentag« im November 2012 in Stuttgart dominierte schließlich der völkische Flügel, einige eher konservative Bünde traten aus der DB aus. Darunter ist auch die »Burschenschaft Franco-Bavaria München«. Ihr gehört unter anderem Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) an. In den »Burschenschaftlichen Blättern« (Nr. 4/2009) wurde ihm 2009 noch ausdrücklich zur Ernennung als Bundesminister gratuliert – ausgerechnet vom damaligen Schriftleiter der DB, Norbert Weidner (»Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn«). Der ehemalige Funktionär der verbotenen »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) ist einer der exponiertesten Rechtsausleger in der DB. In seiner Gratulation an Ramsauer betonte er, dass der CSU-Politiker »seit langer Zeit der erste Burschenschafter im Ministerrang« sei.

Der Geheimdienst-Kontrolleur

Ein anderer Spitzenpolitiker ist mit seinem Bund weiterhin Mitglied in der DB, die sich auf den Weg zu einem völkischen Kampfbund macht. Der einflussreiche Innenpolitiker Hans-Peter Uhl (CSU) ist Mitglied der »Münchener Burschenschaft Arminia-Rhenania« und sitzt unter anderem im »Parlamentarischen Kontrollgremium« des Bundestages, das hinter verschlossenen Türen die deutschen Geheimdienste kontrollieren soll. Ein Kontrolleur jenes Dienstes, der sich auch um die Beobachtung und Einschätzung von neonazistischen Strukturen kümmert, ist also zugleich Mitglied in einem – sich selbst als politisch verstehenden – Verband, der in seinen Reihen NPD-Funktionäre, militante Neonazis, frühere »Südtirol«-Terroristen, völkische Ideologen und Geschichtsrevisionisten aller Couleur beherbergt.

Bedingungsloser Zusammenhalt

Vereinzelt wurden in der Vergangenheit einzelne Bünde der DB in den Verfassungsschutzberichten genannt. Doch nur dann, wenn sie über die Stränge schlugen, zu viele Neonazis als Referenten einluden oder zu exponierte NPD-Kader hervorbrachten. Unterdessen stellt die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP der DB regelmäßig eine Unbedenklichkeitsbescheinigung aus, zuletzt am 20. Dezember 2012: »Auch zum jetzigen Zeitpunkt liegen der Bundesregierung keine hinreichenden Anhaltspunkte dafür vor, dass der Dachverband der Deutschen Burschenschaft (DB) Bestrebungen verfolgt, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind.« Hier wird ausschließlich auf Kriterien wie Mitgliedschaften in Naziorganisationen, Teilnahme an Aufmärschen oder einschlägige Referenten bei den Bünden geachtet. Eine politische Bewertung der Positionen der DB wird nicht vorgenommen, sonst würde die Bewertung anders ausfallen müssen. Zudem sichert der Charakter der Burschenschaften als Lebensbund, Karriere-Seilschaft und verschworene Gemeinschaft Loyalitäten. Die zahllosen Akademiker aus den Studentenverbindungen in Spitzenpositionen von Justiz, Politik, Verwaltung und Wirtschaft wehren Angriffe auf die »Bundesbrüder« ab – über Parteigrenzen hinweg. »Bedingungsloser, loyaler Zusammenhalt nach außen«, so heißt das bei der Burschenschaft des Geheimdienst-Kontrolleurs Uhl.

Nach den Skandalen und dem Rechtsruck forderte der CSU-Politiker Uhl eine klare Abgrenzung zum Rechtsaußenflügel der DB. Auch der Austritt seines Bundes aus der DB wurde von ihm – bisher jedoch erfolglos – ins Gespräch gebracht. Jede andere Positionierung hätte die Karriere des Politikers beschädigt. Doch auch seine Distanzierung machte sich nur am Skandal fest, nicht an den Inhalten des Bundes. An ihnen hat sich de facto nichts verändert. Wenn sich nun »Alte Herren« des Bundes überrascht geben und Konsequenzen fordern, ist das erstaunlich. Offenbar haben sie niemals das »Handbuch der Deutschen Burschenschaft« gelesen, in dem die Grundlagen der DB festgehalten sind und jedem neuen Mitglied in der Fuxenzeit eingebimst werden. Darin wird die eher knappe »Verfassung« der DB ausgelegt und konkretisiert.

Territoriale Ansprüche

In dem 2005 veröffentlichten und bis heute gültigen »Handbuch der Deutschen Burschenschaft« erhebt die DB territoriale Ansprüche gegenüber Polen und Russland: »Unter Deutschland verstehen wir den von Deutschen bewohnten Raum in Mitteleuropa einschließlich der Gebiete, aus denen Deutsche widerrechtlich vertrieben worden sind«, erklärt der Verband. Deutschland bestehe »unabhängig von staatlichen Grenzen«, heißt es in der Textsammlung. Zwar würden große Teile Polens heute »von Polen verwaltet«, doch »ein Gebietserwerb im Sinne der Erstreckung der polnischen Souveränität« habe für die ehemaligen deutschen »Ostgebiete« nicht stattgefunden, behauptet der frühere Vizepräsident der Universität Würzburg, Hannes Kaschkat im Namen des Verbandes. Er erklärt:



^ *Deutsche Burschenschaft auf der Wartburg 2012*

Die »territoriale Souveränität über die Ostgebiete [verbleibt] weiterhin bei Deutschland«. Ihre Auffassung stützt die DB unter anderem auf Arbeiten deutscher Juristen, die auch den Organisationen der »Vertriebenen« zuarbeiten. Klaus Oldenhage, ehemaliger Spitzenfunktionär der DB und bis vor einigen Jahren Archivdirektor beim Bundesarchiv Koblenz, übernimmt diese Rechtsposition in seinem Aufsatz für das »Handbuch«: »Das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 besteht nach herrschender völkerrechtlicher Auffassung fort. [...] Deutschland war und ist mehr als die territoriale Summe aus zwei Gebieten westlich und östlich der Elbe«. Es gebe historisch betrachtet »keinen Grund, den deutschen Anspruch auf diese Gebiete aufzugeben«, schreibt Oldenhage.

Deutsches Volkstum

Die DB orientiert sich bei ihrer Definition Deutschlands »nicht am Staat, sondern am Siedlungsraum des deutschen Volkes«. Als »deutsch« gilt ihr im Sinne des »volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriffes«, »wer aufgrund seiner Abstammung, Sprache und Kultur zum deutschen Volk gehört und sich zu ihm bekennt«. Auf dieser Grundlage werden von dem Verband auch Österreich (»ein deutscher Staat«) und verschiedenste, verstreut lebende »Volksgruppen« außerhalb der BRD als »deutsch« charakterisiert. Das »deutsche Vaterland schließt somit zum Beispiel das Kanaltal und Südtirol in Italien, die von Deutschen bewohnten Landesteile Ostbelgiens oder Teile Nordschleswigs in Dänemark mit ein«, heißt es im »Handbuch« der DB. Auch bestünden am »deutschen Charakter der sudetendeutschen Gebiete« keine Zweifel. Außerhalb des »deutschen« Sprachraums, der laut DB die BRD, Österreich, Schweiz, Luxemburg, und Liechtenstein umfasst, leben angeblich mindestens 14 Millionen »Auslandsdeutsche«.

Speerspitze völkischer Auslandsarbeit

Der Erhalt der deutschen Sprache und Kultur im Ausland müsse von der Bundesrepublik gefördert werden. Traditionell ist auch die DB selber in der Deutschtums-Arbeit tätig. Neben der Gewährung materieller Unterstützung für einzelne »Deutsche« im Ausland fördert sie heute vor allem die Ausbreitung »deutscher« Kultur und Sprache. »Ein kulturpolitisches Engagement Deutschlands und Österreichs im Ausland ist immer auch ein politisches und hat [...] bedeutende Folgen auch für die wirtschaftliche Entfaltung deutscher Interessen«, heißt es in den »Burschenschaftlichen Blättern«. Zur Koordinierung ihrer Deutschtumsarbeit unterhielt der Bund zwischen 1995 und 2009 die »Burschenschaftliche Stiftung für nationale Minderheiten- und Volksgruppenrechte in Europa«, die zuletzt in Saarbrücken ansässig war. Zweck der Stiftung war es, »die nationalen und internationalen Bemühungen um die Erhaltung, Vertiefung und Erweiterung von Rechten nationaler – insbesondere deutscher – Minderheiten und Volksgruppen in Europa zu unterstützen«. Nach finanziellen Unregelmäßigkeiten bei der Stiftung wurde die Arbeit an den »Burschenschaftlichen Verein für nationale Minderheiten« unter dessen Vorsitzendem Bruno Burchhart (»Olympia Wien«), einem exponierten Rechtsaußen, übertragen. Der Verein wolle als »Speerspitze« bei der »freien Entfaltung deutschen Volkstums« außerhalb der Bundesrepublik und »unabhängig von staatlichen Grenzen« wirken. Im Einklang mit den Verbänden der umgesiedelten Deutschen spricht sich die DB für ein »Recht auf die Heimat« sowie ein völkisch verstandenes »Heimatrecht« aus. Eigens unterhält die DB einen »Beauftragten für Ostpreußen«.

Revisionismus

Der burschenschaftliche Revisionismus richtet sich auch gegen die Deutschlandpolitik der Alliierten des Zweiten Weltkrieges nach 1945. Die Sieger über den deutschen Faschismus hätten eine »systematische Zerstörung des deutschen Nationalbewusstseins und des nationalen Selbstbehauptungswillens durch eine langfristig angelegte und tiefgreifende Umerziehung« begonnen. Diese »Umerziehung« und »einseitige Vergangenheitsbewältigung« seien eine Art »psychologischer Kriegsführung«. Heute müssten die angeblichen »Verbrechen der Kriegsgegner Deutschlands [...] in gleicher Weise und gleichem Umfang aufgedeckt, veröffentlicht und verfolgt werden wie deutsche Kriegsverbrechen«, fordert der Verband.

Die DB ist einer der mitgliederstärksten Verbände für Akademiker und Studenten in Deutschland und Österreich. Ende 1997 zählte der Dachverband noch mehr als 15.000 Einzelmitglieder, davon 13.200 Hochschulabsolventen, in etwas mehr als 120 deutschen und österreichischen Burschenschaften. Zuletzt hatte die DB nur noch gut 100 Bünde. Durch den eskalierten Streit über die Ausrichtung der DB, den Vormarsch der extremen Rechten und die für eine bürgerliche Karriere wenig förderlichen Skandale sind zuletzt ganze Bünde ausgetreten. Und dennoch: Zahlreiche Burschenschafter steigen auch weiterhin nach ihrer akademischen Ausbildung in gesellschaftliche Schlüsselpositionen auf – Justiz, Medien, Politik, Wirtschaft, Verbände und Verwaltung. Dafür bildet das deutsche Verbindungswesen aus, darauf trainiert es - und damit wirbt es auch um Nachwuchs. Um zu wissen, wo die DB politisch steht, braucht es keine Skandale. Es reicht das »Handbuch der Deutschen Burschenschaft«.

Nach Redaktionsschluss ist auch die »Burschenschaft Arminia-Rhenania« aus der DB ausgetreten.

»Teutomanismus«

Der Rechtstrend der »Deutschen Burschenschaft« hält an. Einzelne Burschenschaften verließen den Dachverband.

von Andreas Speit



^ *Junge Burschenschafter und »Alte Herren« auf der Wartburg 2012*

In Eisenach richtete die »Deutsche Burschenschaft« (DB) wieder ihren »Burschentag« aus. Die Stadtverwaltung signalisierte zwar, nachdem sich die extrem-rechten Burschenschaften 2012 im Dachverband durchsetzten, ihren Unmut. »Ich mache keinen Hehl daraus, dass diese Ankündigung bei mir keine Glücksgefühle auslöst«, sagte Oberbürgermeisterin Katja Wolf (Die Linke). Der Verband sei weiter nach rechts gerückt, betonte sie. Bundesregierung und Verfassungsschutz bewerten jedoch die Entwicklung anders, so dass Rechtsmittel gegen das Treffen ausgeschlossen sind.

Seit der Wiedervereinigung findet in der Aßmannhalle der thüringischen Wartburg-Stadt das Treffen statt. Von der Halle aus marschieren die Burschenschaften alljährlich in Trachten und Farbe und mit Fackeln zum Burschenschaftsdenkmal. Unter dem Wahlspruch »Ehre, Freiheit, Vaterland« kamen studentische Verbindungen 1817 erstmals zu dem Fest, das mit nationalistischen Reden, Fackelzug und Bücherverbrennungen endete. »Auf der Wartburg herrschte jener beschränkte Teutomanismus, der viel von Liebe und Glaube greinte, dessen Liebe aber nichts anderes war als Haß des Fremden« schrieb Heinrich Heine über dieses Treffen 1840, und führte weiter aus »und dessen Glaube [...] nichts Besseres zu erfinden wußte als Bücher zu verbrennen!«. 2011 hob Christian Becker von der »Initiative Burschenschafter gegen Nazis« (IBgN) hervor: »Eine Deutschtümelei, die längst in der DB vorherrscht.« Lange wollte er das nicht sehen, schob Becker, der der »Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn« angehört hatte, bis er wegen seiner Kritik ausgeschlossen wurde, seitdem immer wieder nach.

Vor zwei Jahren begann bei dem »Burschentag 2011« eine in der 120-jährigen Geschichte der DB ungewohnt öffentliche Debatte um ihre zukünftige Ausrichtung. Bewusst hatte die IBgN Medien über Anträge und Absprachen informiert, was einen Tabubruch in diesen Netzwerken von »Lebensbünden« darstellte. Angeheizt wurde diese Diskussion zudem von einer Antifa-Initiative, die interne Unterlagen veröffentlichte. Vor allem ein Antrag der Raczeks, die »Burschenschaft Hansea zu Mannheim« aus der DB auszuschließen, hatte Kritik hervorgerufen. Der Antrag erfolgte, weil bei der Hansea Kai Ming Au Mitglied war, der chinesische Eltern hat. Ein »Arier-Nachweis« solle eingeführt werden, titelten manche Medien. Das Gesuch wurde nach Rücksprachen in der DB nicht zum Beschluss gestellt.

2011 deutete sich aber an, was auf dem »Burschentag 2012« wegen der Streitereien auch über das Verhältnis zum Nationalsozialismus geschehen konnte: der Durchmarsch extrem-rechter Burschenschaften und der Austritt der sich selbst als liberal-konservativ verstehenden Verbindungen. Der Beschluss der damals rund 120 Verbands-Bünde, einen »Sonderburschentag« auszurichten, konnte zunächst eine Eskalation bremsen – bis zum November 2012.

Hinter den verschlossenen Türen der Untertürkheimer Sängerhalle bei Stuttgart kamen am 22. und 23. November an die 500 Mitglieder der DB zusammen. Schnell war durchgesickert, dass sämtliche Ausschlussanträge gegen die extrem-rechten Verbindungen »Münchener Burschenschaft Danubia«, »Burschenschaft Dresdensia-Rugia zu Gießen« und die Raczeks gescheitert waren. Im Antrag 10.3 wurden die Forderungen der Raczeks gar neu aufgegriffen: »Nur Bewerber, die männliche studierende Deutsche sind, können in eine Burschenschaft der Deutschen Burschenschaft aufgenommen werden. Deutscher ist grundsätzlich, wer sich durch [...] Abstammung als Deutscher auszeichnet.«

Dass der »Arier-Antrag« dann doch wieder nicht behandelt wurde, änderte nichts an dem neuen Kurs. Die als ultrakonservativ geltende »Wiener akademische Burschenschaft Teutonia« wurde Vorsitzende der DB für das Geschäftsjahr 2013. Auf ihrer Facebook-Seite betonen die Teutonen, für das »völkische Wesen« einzutreten. Die Absetzung des Schriftführers der »Burschenschaftlichen Blätter«, Norbert Weidner, konnte die Enttäuschung der »Liberalen« nicht mildern. »Das erwartete Bauernopfer der Ultrarechten«, nannte es Becker, um »die liberal-konservativen Burschenschaften« zu halten – als »finanzielle Melkkühe und menschliche Schutzschilde gegen Medien, Politik und Behörden«. Von den etwa 200.000 Euro Jahreseinnahmen kommen rund 80.000 Euro von nicht liberal-konservativen Bünden, heißt es.

Auf dem regulären Burschentag war Weidner, der wegen eines Leserbriefs in der Mitgliederzeitung der Raczeks in die Kritik geraten war, noch im Amt bestätigt worden. Im Herbst 2011 hatte das Raczeks-Mitglied Weidner in dem Blatt den Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer als »Landesverräter« bezeichnet und dargelegt, dass Bonhoeffers Hinrichtung »rein juristisch« gerechtfertigt gewesen sei. Sein Amt bei den Blättern übernahm Michael Paulwitz. Der neue Name muss freilich keine neue Richtung bedeuten (s. Seite 21).

Nach dem »Sonderburschentag« erklärte Michael Schmidt, der bis zum letzten regulären Burschentag DB-Pressereferent gewesen war, es seien einige Austritte zu erwarten. Schmidt als Sprecher der »Initiative Burschenschaftliche Zukunft« (IBZ), zu der sich am 3. März 2012 26 Bünde aus Sorge vor dem Rechtstrend zusammengeschlossen hatten, irrte sich nicht. Bis Mitte Februar 2013 verließen 17 Bünde die DB, zuletzt die über 300 Mann starke »Münchner Burschenschaft Franco-Bavaria«. Mit ihr verliert die DB eine der größten deutschen Burschenschaften und den ranghöchsten Politiker in einer Burschenschaft, Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU). »Weitere werden noch folgen«, erwartet Becker.

Völkische Pressure-Group. Ein Porträt der »Burschenschaftlichen Gemeinschaft«

1961 scheiterte auf dem Burschentag der »Deutschen Burschenschaft« in Nürnberg die im Verband in den Jahren zuvor sehr kontrovers diskutierte Fusion von deutschen und österreichischen Burschenschaften. In der Folge wurde auf Initiative der »Aachener Burschenschaft Alania« am 15. Juli 1961 von 23 deutschen und 19 österreichischen Burschenschaften auf dem Haus der »Münchner Burschenschaft Danubia« die »Burschenschaftliche Gemeinschaft« gegründet.

von Alexandra Kurth

Sie verstand sich als »Arbeits- und Gesinnungsgemeinschaft«, nicht aber als eigenständiges Kartell, um »die angestrebte Wiedervereinigung de facto« zu vollziehen.

Organisation

Maßgeblich für die BG ist bis heute das zehn Punkte umfassende Gründungsprotokoll, auf das sich die beteiligten Burschenschaften seinerzeit geeinigt hatten. Satzung und/oder Geschäftsordnung existieren nicht. Als »schriftliche Richtlinie« gibt es neben dem Gründungsprotokoll lediglich eine »Kassen- und Beireitungsordnung«. Die Burschenschaften der BG beraten »alle burschenschaftlichen, hochschulpolitischen und verbandspolitischen Fragen gemeinsam und [...] treffen ebenso gemeinsam alle Entscheidungen.« Alle mit Dreiviertelmehrheit gefassten Beschlüsse, welche die in den ersten fünf Punkten des Gründungsprotokolls festgelegten ideologischen Grundlagen der BG betreffen, sind für alle BG-Mitglieder auf den Burschentagen bindend. Diese Bestimmung aus Punkt sechs des Gründungprotokolls wurde zwar offiziell 1962 außer Kraft gesetzt, faktisch stimmen die BG-Mitglieder auf den Burschentagen in der Regel jedoch nach wie vor einheitlich ab. Die Geschäftsführung der BG obliegt einer jährlich auf dem Burschentag gewählten Vorsitzenden Burschenschaft. Aktuell ist das die »Hamburger Burschenschaft Germania«. Daneben verfügt die BG über einen Ausschuss, »der aus Burschenschaftern der BG besteht, die sich über Jahre hinweg für die Verbandsarbeit engagiert haben« sowie aus Amtsträgern in der DB und im Vorort der »Vereinigung Alter Burschenschafter« (VAB).

Volkstumsideologie

Für die ideologische Ausrichtung der BG zentral ist das im ersten Punkt des Gründungsprotokolls festgehaltene Bekenntnis zum »volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff« sowie die Forderung nach der »geistige[n] und kulturelle[n] Einheit aller, die dem deutschen Volke angehören und sich zu ihm bekennen.« Folgerichtig heißt es in Punkt vier, dass sich die BG-Burschenschaften »jederzeit für die geistige und organisatorische Einheit aller Burschenschaften« einsetzen, »alle Bestrebungen« fördern, »die diesem Ziele dienen«, und »allen Kräften entgegen« treten, »die die burschenschaftliche Einheit gefährden.«

Diese »völkische Vaterlandsideologie« – wie der »volkstumsbezogene Vaterlandsbegriff« schon sehr früh auch von Kritikern innerhalb der DB zutreffend charakterisiert worden ist – in der Satzung der DB zu verankern, um damit die Beitritte österreichischer Burschenschaften zu ermöglichen, gelang ihr 1971 auf dem Burschentag in Landau. Nachdem sie das Thema zehn Jahre lang immer wieder durch Anträge auf die Agenda der Burschentage gesetzt hatte, wurde der »volkstumsbezogene Vaterlandsbegriff« in Artikel 9 der Verfassung der DB aufgenommen: »Die Burschenschaft bekennt sich zum deutschen Vaterland als der geistig-kulturellen Heimat des deutschen Volkes. Unter dem Volk versteht sie die Gemeinschaft, die durch gleiches geschichtliches Schicksal, gleiche Kultur, verwandtes Brauchtum und gleiche Sprache verbunden ist. Pflicht der Burschenschaften ist das dauernde rechtsstaatliche Wirken für die freie Entfaltung deutschen Volkstums in enger Verbundenheit aller Teile des deutschen Volkes, unabhängig von staatlichen Grenzen in einem einigen Europa in der Gemeinschaft freier Völker.«

Einfluss in der »Deutschen Burschenschaft«

Mit dem so genannten historischen Kompromiss zwischen den gemäßigteren konservativen und den extrem rechten Burschenschaften, die sich spätestens seit Ende der 1960er Jahre in einer Patt-Situation befunden hatten, so dass der Verband nahezu handlungsunfähig geworden war, schaltete sich der konservative Flügel auf dem Landauer Burschentag 1971 letztlich selber aus. Die Aufnahme der österreichischen Burschenschaften hatte eine kontinuierliche Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der extremen Rechten zur Folge, was sich seit 1990 durch die neu- beziehungsweise wieder gegründeten Burschenschaften in den fünf neuen Bundesländern noch verschärfte. Die BG forcierte nicht zuletzt durch das inoffiziell praktizierte imperative Mandat die Rechtsradikalisierung der DB, indem sie Debatten initiierte, öffentliche Skandale provozierte und wichtige Funktionärsposten innerhalb des Verbandes mit eigenen Leuten besetzte. In der Folge traten seit 1980 mehr als 70 Burschenschaften aus der DB aus. Auch die Zusammensetzung der BG änderte sich in den vergangenen 50 Jahren mehrfach. Derzeit hat sie 17 deutsche und 24 österreichische Mitgliedsburschenschaften. 38 ihrer 41 Mitgliedsburschenschaften sind gleichzeitig Mitglied in der DB. Seit 1969 nimmt sie auch Einzelmitglieder aus Nichtmitgliedsburschenschaften auf, die zwar über kein Stimmrecht auf der BG-Sitzung, ihrem obersten beschlussfassenden Organ, verfügen, deren »aktives Bekenntnis« der BG jedoch »besonders viel wert« ist – nicht zuletzt deshalb, weil sie in ihren Bünden für die Mitgliedschaft in der Burschenschaftlichen Gemeinschaft werben sollen und sie sich in der Vergangenheit als sehr nützlich für die Arbeit der BG erwiesen hätten. Schließlich hatte die BG auf den Burschentagen häufig mehr Stimmen für ihre Anträge und Personalvorschläge verbuchen können als sie selbst Mitgliedsburschenschaften hatte. Seit dem 5. Februar 2012 sind die ersten sechs BG-Einzelmitglieder bekannt. Fünf davon sind aus der »Marburger Burschenschaft Germania«, einer aus der »Marburger Burschenschaft Rheinfranken«. Beide Burschenschaften gehören nicht der BG an, machten aber in den letzten Jahrzehnten durch vielfältige extrem rechte Aktivitäten negative Schlagzeilen.

Belanglos: »Neue Deutsche Burschenschaft«

Eine politische Organisation wollen sie sein. Der burschenschaftlichen Idee fühlen sie sich verpflichtet. Nur mit Nazis wollen sie nichts zu tun haben. Wie das zusammen gehen soll, wissen sie allerdings auch nicht. Vom permanenten Scheitern der »Neuen Deutschen Burschenschaft« und ihrem Verhältnis zur »Deutschen Burschenschaft«.

von Arne Basten und Frank Pohlmann

Die »Neue Deutsche Burschenschaft« (NDB) ist ein Spaltprodukt eines Richtungsstreits in der »Deutschen Burschenschaft« (DB). Anfang der 1990er Jahre kritisierten gemäßigt nationalistische Bünde deren völkische Ausrichtung und traten aus. 23 Bünde fanden in der NDB ihre neue Heimat. Das Vaterland ist ihre zentrale Argumentationskategorie geblieben, allerdings lehnt die NDB die völkische Argumentation der DB ab. Im Unterschied zu ihren alten Weggefährten sind für die NDB »die politischen Grenzen des deutschen Vaterlandes die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland«. Sie bekennt sich zur Freiheitlich demokratischen Grundordnung (FdGO). Und bei ihren Mitgliedsbünden ist die Aufnahme von Männern mit deutscher Staatsangehörigkeit ungeachtet etwaiger Migrationshintergründe möglich. Folgerichtig ließ auch nach dem neusten Eklat in der DB eine Distanzierung nicht lange auf sich warten. »Deutscher Patriotismus muss ansteckend sein, nicht ausgrenzend«, teilte die NDB mit.

Inhaltlicher Gemischtwarenladen

»Wir wollen, dass Burschenschaften in Deutschland wieder als eine demokratische und gesellschaftlich relevante Gruppierung anerkannt werden«, schrieb der damalige NDB-Vorsitzende, Gerd Wauer, kurz nach dem Rassismus-Eklat innerhalb der DB im Vorwort des 31. Verbandshefts, »Academicus«. Einen Plan, wie dieses Ziel zu erreichen sei, bleibt der Alte Herr der »Markomannia Kaiserslautern« allerdings schuldig. Damit ist er in seinem Verband in guter Gesellschaft: Immer wieder versuchen die Burschen, ihren Wahlspruch »Freiheit! Ehre! Vaterland!« mit aktuellen Werten zu füllen. So wurde in der »Academicus«-Ausgabe 32 die Diskussion über den Vaterlandsbegriff neu aufgemacht. Ausgabe 33 hatte das Thema Freiheit zum Schwerpunkt. Statt klare Konzepte zu liefern, verheddern sich die Burschen dabei allerdings meist in wortreicher Beliebigkeit: »Nein, wir machen keine Revolutionen mehr«, schreibt Martin Haape (»Rugia Darmstadt«) exemplarisch. Burschenschafter sollten aber immer Visionäre sein. »Visionäre, die etwas bewegen, etwas ändern und schaffen wollen. Visionäre, deren Ziele niemals erreicht werden dürfen, weil wir sonst die Idee der Burschenschaft aus den Augen verloren haben.« Am wichtigsten, so Haape weiter, sei es, dass Burschenschafter sich ihrer »Ziele bewusst werden und gemeinsam in eine Richtung gehen und uns nicht durch innere Streitigkeiten entzweien.«

Keine Anlaufstelle für ehemalige DB-Bünde

Nach den Streitigkeiten innerhalb der DB hofften einige Vertreter der NDB, dass »weitere gemäßigte Burschenschaften die DB verlassen« und eventuell ihren Weg zum 1996 gegründeten Dachverband finden werden. Dies hänge jedoch von mehreren Faktoren ab, argumentiert Bernd Preiss im »Academicus« Nummer 31: Das erste, das die NDB nicht in der Hand habe, sei die Verbandsmüdigkeit der alten DB-Bünde. Zweitens leide die NDB »massiv unter einem ‹liberalen› im Sinne von ‹beliebigen› Klischee«. »Dies führt zu absurden Vorstellungen über uns: Ein interessierter Bund fragte kürzlich nach, ob das Gerücht zutreffe, dass die NDB demnächst Frauen aufnehmen wolle.« Deshalb werde es darauf ankommen, dass der Zusammenschluss einen Imagewechsel vornimmt, »ohne in das andere Extrem eines ‹Zucht-und-Ordnung›-Verbandes zu verfallen.« Das scheint der NDB bis heute nicht geglückt. Keine der vermeintlich moderaten Burschenschaften, die in jüngster Zeit aus der DB ausgetreten sind, hat ihren Weg zur NDB gefunden.

Interne Probleme

Anstatt von Aufwind ist das Verbandsleben vielmehr von andauernden Krisen geprägt: Nach der Fuxentagung 2012 hatten die Korporierten »Totalausfälle« zu beklagen. Ein Bursche habe sich in der Öffentlichkeit übergeben. Ein weiterer flog aus einer Disko, nachdem er ein Bierglas hinter die Theke geschmissen hatte. Am nächsten Morgen fehlten gleich 25 von 120 Teilnehmern. Bei der letzten Jahresversammlung der NDB, dem Burschentag in Landau, gab es anfangs keine Bewerbungen für den neuen Vorsitz. Auch die Pressearbeit wollte niemand übernehmen. Und das obwohl erst 2011 10.000 Euro für ein neues Corporate Design für Internetauftritt und Verbandszeitschrift bewilligt worden waren. In einer Nachbetrachtung zum Burschentag wurde im Verbandsblatt festgehalten: »Ganz gleich um welches Anliegen es sich handelt, meist müssen zahlreiche Auf- und Anrufe getätigt werden, bis eine Reaktion erfolgt. Eine konstruktive Arbeit im Verband ist so kaum möglich.« Außerdem ist ein Absetztrend erkennbar: Im Juni 2011 trat die »Burschenschaft Teutonia Karlsruhe« aus. Die »dachverbandsübergreifende Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten« stehe nun im Mittelpunkt der Arbeit, hieß es aus Karlsruhe. »Die Teutonia genießt regen Kontakt zu zahlreichen anderen Bünden, aus NDB und DB, ebenso wie zu freien Burschenschaften.«

Bedeutung der einzelnen Bünde steigt

Trotz des permanenten Scheiterns der Verbandsarbeit scheinen einzelne Bünde auf regionaler Ebene ihren Ansprüchen deutlich näher zu kommen. So ist es den Marburger NDB-Bünden gelungen, vor Ort als normaler Diskussionspartner akzeptiert zu werden. Im Kommunalwahlkampf lud die »Burschenschaft Arminia« erfolgreich alle Fraktionen auf ihr Haus ein. Die Alemannia diente der Lokalpresse jüngst als Stichwortgeber bei den Diskussionen um den Marburger Marktfrühschoppen. So scheint es immer wichtiger zu werden, auch einzelne Bünde losgelöst von ihrer Dachverbandszugehörigkeit im Blick zu haben. Denn trotz aller Abgrenzung bleiben auch die Studenten und alten Herren der NDB nationalistische konservative Rechte, auch wenn sie keine Nazis sind.

Tausche Rechtsaußen gegen Rechtsaußen

Beim außerordentlichen Burschentag der »Deutschen Burschenschaft« in Stuttgart kam es zur Auswechslung des »Schriftleiters« (Chefredakteurs) des Verbandsorgans »Burschenschaftliche Blätter«. Statt des ehemaligen FAP-Funktionärs (»Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei«) Norbert Weidner wird in Zukunft der Burschenschafter und Republikaner-Funktionär Michael Paulwitz dieses Amt ausüben.

von Lucius Teidelbaum



^ *Michael Paulwitz*

»Erneut ein rechter Aktivist Schriftleiter der Burschenschaftlichen Blätter« titelte am 25. November 2012 die »Antifaschistische Initiative Heidelberg« in einer Pressemitteilung auf ihrer Homepage und fuhr fort: »Von verschiedenen Medien ist die Ablösung Norbert Weidners als Schriftleiter der Burschenschaftlichen Blätter als Zugeständnis an die weniger rechts stehenden Mitgliedsbünde der DB interpretiert worden. Diese Sichtweise ist nicht haltbar, wenn man sich die Person des neuen Schriftleiters, Michael Paulwitz, anschaut.«

Die extreme Rechte selbst hat sich zu der Personalie Paulwitz oder dem Ausgang des Streits im Dachverband insgesamt bisher kaum verhalten. Die mehrheitlich burschenschaftlich und gildenschaftlich zusammengesetzten Redaktionen der »Jungen Freiheit«, der »Sezession« oder der »Blauen Narzisse« reagierten kaum. Eventuell hält man sich bewusst zurück, denn Paulwitz ist einer der Ihren und eine lobende Erwähnung könnte zuviel kritische Aufmerksamkeit hervorrufen.

Rechter Vielschreiber

1965 geboren, betreibt Paulwitz in Stuttgart ein Büro für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und ist ein rechter Vielschreiber. Er schrieb für das inzwischen eingestellte Blatt »Criticon«, für das »Ostpreußenblatt« beziehungsweise dessen Nachfolger »Preußische Allgemeine Zeitung«, für das extrem rechte Magazin »Deutschland in Geschichte und Gegenwart«, für das neurechte Strategieblatt »Sezession« beziehungsweise dessen Onlineversion »Sezession im Netz«. Auch veröffentlicht er seit 2001 wieder in der Wochenzeitung »Junge Freiheit«, für die er schon 1990 bis 1993 als Redakteur gearbeitet hat. Im Jahr 2011 wurde dem ständigen JF-Kolumnisten dann auch der zeitungseigene »Gerhard-Löwenthal-Preis für unabhängigen Journalismus« verliehen. Fast jede Woche finden sich ein Kommentar und weitere Artikel von ihm im Blatt mit Überschriften wie »Freiheit statt Feminismus!« oder »Täglich grüßt der Muezzin«. Letztgenannter Artikel erschien 2013 in der Nummer 8, in der Paulwitz beklagt: »Indifferenz, Resignation oder verordnete Begeisterung sind die üblichen Haltungen, mit denen der Bundesbürger die scheinbar unaufhaltsame multikulturelle Transformation seines Lebensraumes zu begleiten pflegt.«

Seine journalistischen Erfahrungen dürften sich für Paulwitz in seiner Funktion als Redaktionsmitglied der Parteizeitung »Der Republikaner«, die er eine Zeit lang inne hatte, als nützlich erwiesen haben. Seit Jahren ist er aktives Mitglied der extrem rechten Partei, etwa als Beisitzer im Landesvorstand und als ehemaliger Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle der Republikaner und Assistent des Stuttgarter Stadtrates und Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer.

Der Normanne Paulwitz

Seit 1999 ist Paulwitz Mitglied der »Burschenschaft Normannia zu Heidelberg«. Die Normannia ist inzwischen die einzige Burschenschaft in Baden-Württemberg, die noch der radikal-völkischen Fraktion »Burschenschaftliche Gemeinschaft« (BG) angehört.

Bei Paulwitz' Burschenschaft sind die personellen Überschneidungen zu ultrarechten »Vertriebenen«-Verbänden wie der »Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland« (JLO, früher: »Junge Landsmannschaft Ostpreußen«) oder dem Witikobund auffällig. So sind beziehungsweise waren mehrere JLO-Funktionäre auch Normannen, wie etwa Markus Ksienzyk oder Christian Schaar aus Weinheim, der zusammen mit Dirk Pott aus Blaibach den »Harzhof« in Steinbrücken bei Alberode (Mansfeld-Südharz) betreibt, auf dem die JLO jährlich ihre »Preußische Akademie« veranstaltet.

Bei der heutigen Jugendorganisation der »Landsmannschaft Ostpreußen«, dem »Bund Junges Ostpreußen« (BJO), war Paulwitz schon zweimal als Referent angekündigt. Am 1. November 2008 zum Thema »Der neue russische Imperialismus – Ostpreußen nach dem Georgienkonflikt« und am 30. Oktober 2010 zu »Deutsche Opfer – fremde Täter«. Zu diesem Thema arbeitet und publiziert Paulwitz gemeinsam mit Götz Kubitschek und Felix Menzel. Dabei werden Fälle von Kriminalität und Gewalt, bei denen die TäterInnen nach völkischem Verständnis keine Deutschen sind, zu Rassismus gegen Deutsche umgeschrieben.

Nach außen hin versuchten die nationalliberalen DB-Bünde die Abwahl von Norbert Weidner als Erfolg für ihren Flügel darzustellen. Doch der neue »Schriftleiter« ist politisch als extrem rechts zu verorten. Damit war die Wahl von Paulwitz kein Kompromiss, vielmehr wurde mit ihm ein Kandidat der »Burschenschaftlichen Gemeinschaft« erneut durchgesetzt.

Ganz rechts außen

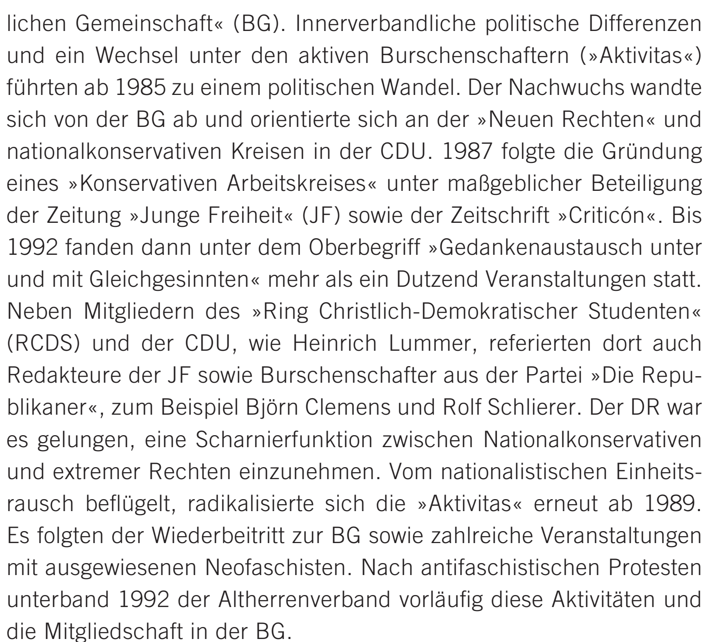
Ein Porträt der Burschenschaft »Dresdensia-Rugia zu Gießen«

von Stefan Schneider



^ *Stefan Rochow wirbt im Wahlkampf für die NPD*

In der »Deutschen Burschenschaft« (DB) ist die »Dresdensia-Rugia« (DR) seit Jahrzehnten als extrem rechte Verbindung bekannt. Als im November 2012 konservative Bünde der DB erfolglos den Ausschluss dreier extrem rechter Mitgliedsbünde forderten, war auch die Gießener Burschenschaft darunter. Bereits Mitte der 1970er Jahre wurde ihr Nähe zur NPD nachgesagt. Dem entsprach die Mitgliedschaft der DR in der radikal-völkischen »Burschenschaftlichen Gemeinschaft« (BG). Innerverbandliche politische Differenzen und ein Wechsel unter den aktiven Burschenschaftern (»Aktivitas«) führten ab 1985 zu einem politischen Wandel. Der Nachwuchs wandte sich von der BG ab und orientierte sich an der »Neuen Rechten« und nationalkonservativen Kreisen in der CDU. 1987 folgte die Gründung eines »Konservativen Arbeitskreises« unter maßgeblicher Beteiligung der Zeitung »Junge Freiheit« (JF) sowie der Zeitschrift »Criticón«. Bis 1992 fanden dann unter dem Oberbegriff »Gedankenaustausch unter und mit Gleichgesinnten« mehr als ein Dutzend Veranstaltungen statt. Neben Mitgliedern des »Ring Christlich-Demokratischer Studenten« (RCDS) und der CDU, wie Heinrich Lummer, referierten dort auch Redakteure der JF sowie Burschenschafter aus der Partei »Die Republikaner«, zum Beispiel Björn Clemens und Rolf Schlierer. Der DR war es gelungen, eine Scharnierfunktion zwischen Nationalkonservativen und extremer Rechten einzunehmen. Vom nationalistischen Einheitsrausch beflügelt, radikalisierte sich die »Aktivitas« erneut ab 1989. Es folgten der Wiederbeitritt zur BG sowie zahlreiche Veranstaltungen mit ausgewiesenen Neofaschisten. Nach antifaschistischen Protesten unterband 1992 der Altherrenverband vorläufig diese Aktivitäten und die Mitgliedschaft in der BG.



Kaderschule der NPD

Mit dem Eintritt von Jürgen W. Gansel und Arne Schimmer in die DR vollzog die Burschenschaft ab Mitte der 1990er einen Rechtsruck. Neben CDU-Politikern – wie dem Landtagsabgeordneten Hans-Jürgen Irmer – lud die DR vorwiegend Vertreter der extremen Rechten als Referenten ein. Regelmäßig zu Gast war auch die hessische NPD-Führung. Unter deren Förderung machten Gansel und Schimmer in der NPD Karriere. Im Jahr 2000 trat schließlich der stellvertretende Bundesvorsitzende der »Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland« (JLO) Stefan Rochow (zuvor »Burschenschaft Rugia Greifswald«) der DR bei. 2002 wurde er Bundesvorsitzender der »Jungen Nationaldemokraten«. Überregionale Aufmerksamkeit bekam die DR 2004 infolge des Einzugs der NPD in den sächsischen Landtag. Mit Gansel als Abgeordnetem sowie Schimmer und Rochow als Assistenten fanden sich nun drei Mitglieder der DR in der NPD-Landtagsfraktion. Dadurch wurde die DR erstmals im Bericht des »Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen« (LfVH) erwähnt. Dennoch waren das LfVH sowie Konservative in Stadt- und Landesparlament bemüht, das Problem mit der Rechtsaußen-Burschenschaft zu relativieren. 2006 teilte das Amt mit, dass mit Matthias Müller (zuvor »Burschenschaft Normannia Heidelberg« und seit 2008 Mitglied der »Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks«) ein weiterer den Behörden bekannter Burschenschafter der extremen Rechten zur DR stieß. Wie Rochow und Gansel war Müller führend in der JLO aktiv. Ein pikantes Detail: Das LfVH verschwieg Müllers Posten als stellvertretender Vorsitzender im Gießener RCDS.

2006 wurde die DR zum letzten Mal im Verfassungsschutzbericht erwähnt. Laut Aussagen eines »Alten Herren« der DR sei die Streichung das Ergebnis von Gesprächen zwischen der Verbindung und Mitarbeitern des hessischen Geheimdienstes, von denen das Gesprächsangebot ausgegangen sei. Dabei hat es an Gründen für die weitere Nennung der DR in dem Bericht seither nicht gemangelt. So wurde 2007 das DR-Mitglied Wolfgang Traxel zum Vorsitzenden des NPD-Kreisverbandes Südpfalz gewählt. Mit Michael Hahn, zugleich auch Mitglied der »Marburger Burschenschaft Rheinfranken«, stieß ein Vorstandsmitglied der NPD Niedersachsen zur Gießener Burschenschaft. Und 2010 traten sechs DB-Burschenschafter der rechtslastigen »Ghibellinia-Leipzig zu Hannover« zur DR über, indem sie einen Ableger der DR in Niedersachsen eröffneten. Drei von ihnen müssen als extrem rechts bezeichnet werden. Während Ben S. und Felix W. im revanchistischen Spektrum agierten, galt Nils L. als Mitglied der 2012 verbotenen Neonazi-Gruppe »Besseres Hannover«.

Eintritte

Erst jüngst traten erneut extrem rechte Burschen zur DR über. Fabian Dehoust verließ die »Burschenschaft Germania Gießen« und wurde Aktiven-Sprecher der DR. Er nahm mehrfach an Aufmärschen und Kundgebungen der NPD teil. Und im Herbst 2012 wurde Matthias Brauer (»Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn«) in die DR aufgenommen. Die »Frankfurter Rundschau« berichtete, dass er 2007 aus der »Burschenschaft Marchia Bonn« ausgeschlossen worden war, nachdem er in deren Garten ein Holzkreuz niedergebrannt und »Heil White Power!« gerufen habe. Die Teilnahme der »Aktivitas« im Mai 2012 an einem Treffen beim NPD-Bundesvorstandsmitglied Thorsten Heise im thüringischen Fretterode macht die Einbindung der DR in die neonazistische Szene deutlich.

Die DR ist fest in den extrem rechten Flügel der DB integriert und ein Anlaufpunkt für extrem rechte Studierende. Besonders Burschenschafter aus anderen Bünden der DB finden regelmäßig den Weg in die Verbindung und bekennen sich damit demonstrativ zu ihrem Kurs.

Ausführliche Informationen zur »Dresdensia-Rugia zu Gießen« in der neuen Broschüre »Verbindungen kappen! Studentische Verbindungen in Gießen zwischen Konservatismus und der extremen Rechten«, die gegen einen Unkostenbeitrag beim AStA der Universität Gießen zu beziehen ist unter: www.asta-giessen.de.

Deutsche Burschenschaften in Tübingen

Die »Straßburger Burschenschaft Arminia zu Tübingen« und »Alte Straßburger Burschenschaft Germania« in Tübingen positionieren sich innerhalb des Dachverbands eher im so genannten liberalen Flügel. Jedoch bedeutet das im Vergleich zum Rest der Gesellschaft, immer noch rechts außen zu stehen, denn beide sind durchaus als rechtskonservativ und deutschnational einzustufen.

von Lucius Teidelbaum

Die Universitätsstadt Tübingen am Neckar ist traditionell eine lebendige Korporierten-Hochburg. Von den heute 34 ansässigen Studentenverbindungen sind aber lediglich zwei Mitglied im Dachverband »Deutsche Burschenschaft« (DB) und zwei weitere waren es einst.
Die Burschenschaften Arminia und Germania Straßburg sind bis heute in der DB und gehören der Fraktion »Initiative Burschenschaftliche Zukunft« (IBZ) an. Die IBZ stellt den Versuch dar, ein Gegengewicht in der »Deutschen Burschenschaft« zur radikal-völkischen und großdeutschen »Burschenschaftlichen Gemeinschaft« (BG) zu bilden.

Die Arminia

Die Arminia weist starke personelle Überschneidungen mit dem »Studienzentrum Weikersheim« (SZW) auf, das laut dem Magazin »Spiegel« eine »rechtskonservative Kaderschmiede der Unionsparteien« darstellt. Mehrere Arminen sind beziehungsweise waren im Vorstand der SZW-Jugendorganisation »Jung-Weikersheim« vertreten, so ist unter anderem deren Vorsitzender Daniel Krieger Arminia-Mitglied. Funktionäre des Studienzentrums referierten bereits mehrfach bei der Studentenverbindung, wo auch im September 2006 das Jahres-Seminar von Jung-Weikersheim stattfand. Weiter bestehen auffällige personelle Überschneidungen zwischen den Korporierten und der »Jungen Union« (JU). So ist zum Beispiel der Armine Daniel Krieger ein aktives Mitglied der JU Bottwartal, war ehemals Vorsitzender der JU Bottwartal und Pressesprecher der CDU Bottwartal Oberstenfeld.

Umstrittene ReferentInnen

Die ReferentInnen-Liste der Arminia nimmt sich im Vergleich zu anderen Burschenschaften eher harmlos aus. Der Geschichtsverfälscher und Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof fällt da etwas aus dem Rahmen. Er veröffentlichte 2003 sein geschichtsrevisionistisches Buch »1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte« und spricht auch schon einmal gerne von »wahren und erfundenen Gruselgeschichten aus dem Dritten Reich«. Es war anfangs im Semesterprogramm der Arminia überhaupt nicht vermerkt, dass Schultze-Rhonhof am 20. November 2007 bei der Arminia einen Vortrag halten sollte. Diese Information war aber kurz vorher durchgesickert und hatte zu einem spontanen antifaschistischen Protest vor dem Verbindungshaus geführt. Nach der Veranstaltung tauchten Bilder des Vortrags auf der Homepage der Arminia auf. Darauf waren die Uniformträger von mindestens fünf verschiedenen Studentenverbindungen zu erkennen. Offenbar war der Vortrag korporationsintern gut beworben worden. Man hält sich bei der Arminia allerdings heute lieber bedeckt, was umstrittene Referenten angeht.
Dabei fanden auch früher schon rechte Veranstaltungen auf dem Arminia-Haus statt, etwa mit dem extrem rechten »Hochschulring Tübinger Studenten« (HTS). Hier kam vermutlich Uwe Behrendt, Jahrgang 1952, in Kontakt mit dem HTS und darüber zur »Wehrsportgruppe Hoffmann«. Mutmaßlich im Auftrag des Wehrsportgruppen-Chefs Karl-Heinz Hoffmann beging er einen antisemitisch motivierten Doppelmord, als er Ende 1980 in Erlangen das Paar Shlomo Levin (69) und Frieda Poeschke (57) mit einer Maschinenpistole regelrecht hinrichtete. Levin war der Vorsitzende der jüdischen Religionsgemeinschaft in Nürnberg.
Behrendt galt zu diesem Zeitpunkt als die rechte Hand Hoffmanns und war bis zu seinem Ausschluss 1978 Mitglied der Arminia.

Die Germania

Die Germania Straßburg sucht ihre Neumitglieder in jüngster Zeit außerhalb der Universität durch eine Anzeige in dem Bundeswehr-Blatt »Y«: »Mit Kommilitonen studieren – mit Kameraden aktiv sein. Die Alte Straßburger Burschenschaft Germania bietet männlichen, deutschen Studenten möblierte Zimmer in Uninähe und ein Studium in exklusiver Gemeinschaft.«
Hingegen geht sie weniger offen mit ihren ReferentInnen um. Im Sommersemester sprach am 9. Mai 2008 der CDU-Rechtsaußen aus Hessen, Hans-Jürgen Irmer, bei der Germania zum Thema »Islam – Eine Gefahr für Europa?«. Seitdem benennt die Germania ihre Vorträge nicht mehr im Semesterprogramm.
Von der Germania sind immer wieder revanchistische Töne zu vernehmen und der rassistische »volkstumsbezogene Vaterlandsbegriff« der DB wirkt offenbar auch noch lange nach dem Studium und der Aktivenzeit nach. Der im Jahr 1966 der Tübinger »Alte Straßburger Burschenschaft Germania« beigetretene Hans-Martin Wurm, ein Stuttgarter Rechtsanwalt, beschreibt 1995 in seinem Artikel »Schlesisches Himmelreich – ein Nachschlag« in den »Burschenschaftlichen Blättern« den Besuch von zehn Mitgliedern der Altherren-Organisation »Vereinigung alter Burschenschafter« (VAB) Stuttgart in der westpolnischen Region Slonsk/Schlesien. Wurm setzt in seinem Reisebericht das Wort »Oder-Neiße-Grenze« in Anführungsstriche und macht damit seine revanchistischen Positionen deutlich. Sein Reisebericht endet wie folgt: »Unsere Landsleute in Oberschlesien brauchen Unterstützung aus dem Westen nach wie vor dringend und sind hierfür sehr dankbar.« Zur Erläuterung: Diese »Landsleute« sind deutschsprachige Polen und deren Nachkommen. In der rassistischen Sicht aber sind es »Volksdeutsche«, die in pangermanischer Manier zu »Landsleuten« gemacht werden.
Beide DB-Burschenschaften sind gut im korporierten Milieu Tübingens integriert. Wie fast alle Altherrenschaften sind auch die Alten Herren der beiden DB-Bünde im lokalen »Arbeitskreis Tübinger Verbindungen« (AKTV) organisiert. Dieser richtet Großveranstaltungen in Universitätsräumen mit mehreren hundert Teilnehmern in »Vollwichs« (Uniform) aus, auf denen zum Beispiel Tübingens grüner Oberbürgermeister Boris Palmer auftritt.
Dass das Farbentragen an der Universität noch vor einem Jahrzehnt verboten war, zeigt, wie sich die Zeiten geändert haben.

Burschenschaften in Greifswald

Mit ihrem weitverzweigten Verbindungswesen und extrem rechten Korporationen hebt sich die Hansestadt Greifswald deutlich von anderen Hochschulstandorten in Mecklenburg-Vorpommern ab.

von Roman Guski und Joachim Schmidt



^ *Jungmitglied der »Burschenschaft Markomannia Aachen-Greifswald« beim sogenannten Pauken*

Zwei der insgesamt vierzehn Greifswalder Studentenverbindungen sind im Korporationsverband »Deutsche Burschenschaft« (DB) organisiert: die »Burschenschaft Rugia Greifswald« und die »Burschenschaft Markomannia Aachen-Greifswald«. Bestritten deren Mitglieder zu Beginn der 1990er Jahre den Universitätsalltag zum Teil noch farbentragend, sind öffentliche Aufritte mit Band und Mütze inzwischen selten geworden. Der korporationsstudentische Alltag konzentriert sich nunmehr auf die Verbindungshäuser, die als zentrale Wohn- und Veranstaltungsorte dienen.

Politische Kontakte

Die »Burschenschaft Rugia« duldet mit dem einschlägig verurteilten Rigolf Hennig einen »Alten Herrn« in ihren Reihen, der als Meinungsführer der extremen Rechten gilt und sich seit Jahrzehnten in diversen neonazistischen Publikationen exponiert. Hennig hält den Holocaust für eine »offenkundige Fälschung« und behauptet die Fortexistenz des »Deutschen Reiches«. Ihren Ruf als rechte Kaderschmiede verdankt die Rugia allerdings vornehmlich den früheren NPD-Aktivisten Stefan und Mathias Rochow, die als Kitt zwischen Partei, Burschenschaft und Vertriebenenverband fungierten. Bereits Mitte der 1990er Jahre zog die Rugia mit der »Jungen Landsmannschaft Ostpreußen« (JLO) im Fackelmarsch zum Greifswalder Bismarckdenkmal, um der Gründung des »Deutschen Reiches« zu gedenken. Dem JLO-Landesverband Mecklenburg-Pommern diente das Verbindungshaus regelmäßig für Stammtische, Feste und Vorträge. 2005 trugen Flugblätter der revanchistischen JLO die Adresse der Rugia, die mit dem Konterfei eines BDM-Mädchens illustriert waren. Der frühere JLO-Landesvorsitzende und Burschenschafter Michael Gellenthin trat unterdessen als Bundesgeschäftsführer der inzwischen verbotenen »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ) auf.

Enge Verbindungen zur extremen Rechten werden auch der Markomannia und der ihr räumlich wie personell verbundenen »pennalen Burschenschaft Ernst Moritz Arndt« (s. Seite 25) attestiert. So schaltete die Markomannia in der Vergangenheit Anzeigen in einschlägigen Zeitschriften wie der »Nation & Europa«. Die Webseite der pennalen Burschenschaft wurde mittlerweile von Verlinkungen auf den Neonazi-Barden Frank Rennicke oder die »Schlesische Jugend« bereinigt. Stattdessen geben sich die Nachwuchs-Markomannen nun einen intellektuellen Anstrich und verweisen auf »Junge Freiheit« (JF), »Sezession« und »Blaue Narzisse«. Die »Pommernpennalie« widmete 2008 dem neurechten Vordenker Armin Mohler einen Themenabend und präsentierte sich unlängst auf der »Freien Messe« in Berlin – einem von Götz Kubitschek und Felix Menzel initiierten Schaulaufen neurechter Zusammenhänge. Kubitschek trat wiederholt als Referent im Haus der Markomannia auf, zuletzt 2005, nachdem die Universität kurzfristig die Nutzung ihrer Räume untersagte. Im gleichen Jahr verwehrte diese ebenso der Rugia den Zutritt. Eine geplante Veranstaltung mit dem Geschichtsrevisionisten Gerd Schultze-Rhonhof wurde daraufhin ins Verbindungshaus verlegt. Zuvor referierte Reinhold Oberlercher, Mitinitiator des antisemitischen »Deutschen Kollegs«, im Domizil der Rugia.

In Politik und Hochschule

Markomannen wie Christoph Böhm und Thorben Vierkant bemühen sich seit Jahren mittels hochschulpolitischer Mandate um Einfluss an der Universität. Vierkant, der auch Mitglied in der CDU und dem »Ring Christlich-Demokratischer Studenten« (RCDS) ist, widmete sich ab 2009 als Mitbegründer der »Pro-Arndt AG« maßgeblich dem Streit um den Namenspatron der Hochschule, für die Hermann Göring einst Taufpate stand. In der DB-Verbandszeitschrift gaben die Greifswalder Burschenschaften die Parole aus, »mit ihrer ganzen Kraft» für die Beibehaltung des Namens einzutreten und anlässlich seines 150. Todestages ehrte die Markomannia den antisemitischen Dichter mit einer Lesung. Auf einer Mahnwache vor der Universität nahmen Burschenschafter später mit Jubel und in Eintracht mit stadtbekannten Neonazis die Senatsentscheidung entgegen, an Arndt als Namensgeber festzuhalten.

Während die Markomannia Kritik an ihrer Verbindung zu beschwichtigen versucht, hält sich die Rugia eher bedeckt. Vor etwa fünf Jahren habe man sich von Stefan und Mathias Rochow getrennt – allerdings aufgrund disziplinarischer Vergehen, wie man betont. Gleichwohl würden linke Netzwerke mit Unterstellungen gegen Burschenschaften operieren. Diese Propaganda, heißt es auf der Internetseite des Altherrenverbands, käme »der des 3.Reiches [sic!] gegen die Juden oder der DDR-Propagande [sic!] gegen Westdeutsche« gleich. In ähnlicher Diktion wurde der Jurist Steffen Bülow, der bei den Kommunalwahlen 2009 für die Neubrandenburger CDU kandidierte, auf Altermedia zum Opfer linker »Verleumdungsattacken« stilisiert, nachdem seine Zugehörigkeit zur Rugia in die Kritik geraten war. Dass der Rugia-Altherr für die Internetpräsenz der Markomannen verantwortlich zeichnet, zeugt einmal mehr vom engmaschigen Netzwerk der Greifswalder Burschenschaften. Bülow erklärte, keine Verbindungen ins rechtsextreme Lager zu pflegen und Rigolf Hennig 2006 den Austritt nahegelegt zu haben. Ein Jahr später hat sich die Rugia laut eigenem Bekunden in ihrer Satzung gegen Mitglieder gewappnet, die »faschistisches und rassistisches Gedankengut verbreiten«. Von Worthülsen lässt sich jedoch nicht jeder beeindrucken – erst recht kein Rigolf Hennig.

Der »Allgemeine Pennäler-Ring«

In der Bundesrepublik gibt es 130 bis 140 Pennäler- beziehungsweise Schülerverbindungen, davon gehören derzeit zwölf als Schülerburschenschaften dem »Allgemeinen Pennäler-Ring« an, welcher der »Deutschen Burschenschaft« nahesteht. Mit ihm existiert in Deutschland seit 1990 ein Pendant zum »Österreichischen Pennäler Ring«, der die rechtspopulistischen Parteien FPÖ und BZÖ mit Nachwuchs versorgt.

von Lucius Teidelbaum

Angestoßen wurde die Gründung des APR maßgeblich von der 1981 gegründeten pennale Burschenschaft »pB! Iuvenis Gothia zu Berlin«. Seit 1992 ist der APR offiziell mit dem ÖPR verbunden und mit der »pB! Saxonia-Czernowitz zu München« war eine Schülerburschenschaft sogar in beiden Verbänden Mitglied. Die Tochterverbindung der extrem rechten »Burschenschaft Danubia München« soll 2010 aber aus der APR ausgetreten sein. Die Mitgliedsbünde finden sich derzeit vorwiegend im Norden der Bundesrepublik.
An wechselnden Orten wird jährlich ein »APR-Pennälertag« veranstaltet. Der letzte fand vom 29. Juni bis zum 1. Juli 2012 in Göttingen statt, mit nicht mehr als hundert Teilnehmern. Ansonsten veranstaltet der Ring noch regelmäßige Arbeitstagungen und nahm 2012 mit einem Stand am »Zwischentag« in Berlin teil, der von dem Kreis um das neurechte Strategieblatt »Sezession« organisiert wurde.

Nachwuchsrekrutierung

Die meisten Schülerburschenschaften scheinen nicht in der Lage zu sein, einen dauerhaft konstanten Aktivenbetrieb aufrecht erhalten zu können. So dürfte eine Mehrheit der APR-Bünde derzeit inaktiv sein. Im Gegensatz zu den Korporationen an den Universitäten zielen sie auf männliche Mitglieder der 10. bis 12. Jahrgangsstufe ab und sind häufig auf ein oder zwei Gymnasien pro Stadt beschränkt. Aus diesen Voraussetzungen ergibt sich ein viel kleinerer Rekrutierungspool als bei den akademischen Verbindungen. Soweit bekannt, verfügt kein APR-Bund über ein eigenes Haus, höchstens angemietete Zimmer. Die meisten kommen bei einer akademischen Burschenschaft auf dem Haus unter.
Öffentlich präsentieren sie sich vor allem über eigene Internetseiten und werben mit lebenslangen Männerfreundschaften (»Kameradschaft«) und Kampfgeist, verkörpert vor allem durch das verpflichtende Fechten. Die Rekrutierung neuer Mitglieder, das »Keilen«, geschieht offenbar vor allem über das gezielte Ansprechen männlicher Jugendlicher mit rechter Einstellung.
Um Nachwuchs zu rekrutieren, schalteten die einzelnen Schülerburschenschaften Werbung für sich im extrem rechten Monatsmagazin »Zuerst« (2010: Saxonia München), in der neurechten »Junge Freiheit« (2010: Saxonia München), bei dem neurechten Infoportal »Blaue Narzisse Online« (2012: Hoffmann von Fallersleben) oder im NPD-Blatt »Deutsche Stimme« (2005: Chattia Hamburg).

Politische Verortung

Generell scheint man mit Kontakten zur NPD oder anderen Neonazis im APR kein Problem zu haben. Die Hamburger »pB! Chattia Friedberg« beispielsweise traf sich zeitweise im Haus des in der NPD aktiven Ehepaars Schmutzler. Bei der »pB! Germania zu Staßfurt« gab es »personelle Überschneidungen« zur JN, wie die Antwort der Landesregierung auf eine grüne Landtagsanfrage von 2009 feststellte.
In ihren Reihen finden sich ebenso Mitglieder der »Jungen Union« (JU) oder rechter Kleinstparteien wie »Die Freiheit«. Einige Nachwuchs-Vordenker der »Neuen Rechten« entstammen einer Schülerburschenschaft wie zum Beispiel Felix Menzel, Chefredakteur des rechten Schüler- und Studentenmagazins »Blaue Narzisse«, das ab 2004 als Print-Ausgabe herauskam, aber heute vor allem als Online-Infoportal existiert. Er ist Mitglied bei »pB! Theodor Körner« und »pB! Germania zu Staßfurt« und war seit 2005 bis mindestens 2007 APR-Vorsitzender. Felix Menzel war maßgeblicher Macher der 2008 von Götz Kubitschek vom »Institut für Staatspolitik« (IfS) ins Leben gerufenen »konservativ-subversiven Aktion« und tourt heute als Referent durch verschiedene Burschenhäuser. Die »Blaue Narzisse«-Autoren und -Redakteure Benjamin Jahn Zschocke, Sebastian Schermaul, zeitweilig APR-Kassenwart, und Johannes Schüller sind Mitglieder der Chemnitzer Schülerburschenschaft.
Diese Gruppe zeichnet auch verantwortlich für das 2006 vom »Allgemeinen Pennäler-Ring« veröffentlichte »Geleitheft der konservativen Jugend«. Deutlich wird hier ein elitärer Führungsanspruch formuliert, ebenso die Forderung nach der Unterwerfung in einer Hierarchie (»Achte deine Führer«) und »Manneskraft« für »den jungen Deutschen«.
Solche Töne ähneln denen in der »Deutschen Burschenschaft« (DB). Ob sich die Streitigkeiten im akademischen Mutterverband DB auch auf den APR auswirken, ist unklar. Generell stehen die meisten APR-Bünde eher der Burschenschaftlichen Gemeinschaft (s. Seite 17) nahe.
Die Jungburschenschafter vom »Allgemeinen Pennäler-Ring« werden, wie Schülerverbindungen allgemein, bei der korporierten Nachwuchsrekrutierung für akademische Verbindungen in Zukunft vermutlich eine gesteigerte Rolle spielen. Grund dafür ist die Reform und Verknappung des Studiums zum Bachelor, die den üblichen Ablauf einer korporierten Sozialisation nicht mehr gewährleistet. Ein Teil der Studentenverbindungen reagiert auf die strukturelle Veränderung des Studiums mit der Gründung von schulischen Ablegern und lagert somit einen Teil der Heranziehung von Korporierten auf die Schule aus.

Es gibt beziehungsweise gab APR-Burschenschaften in:
Berlin (»pB! Iuvenis Gothia«),
Chemnitz (»pB! Theodor Körner«),
Essen (»pB! Heinrich Hoffmann von Fallersleben«),
Göttingen (»pB! Hansea«),
Greifswald (»pB! Ernst Moritz Arndt«),
Halle beziehungsweise Staßfurt (»pB! Germania«),
Hamburg (»pB! Teutonia Hamburgia«, »pB! Chattia Friedberg«, »pB! Albia Harburgensis«),
Kassel (»pB! Amicitia«),
Kiel (»pB! Germania«, »pB!, Virtus zu Kaltenkirchen«) und
Rostock (»pB! von Blücher«).

Vom »polnischen Griff nach deutschen Ostgebieten«

Die »Deutsche Burschenschaft« hat Polen fest im Blick – wegen der deutschen Vergangenheit großer Teile des Landes.

von Jörg Kronauer

Dem Pressesprecher der »Deutschen Burschenschaft« (DB), Walter Tributsch von der »Burschenschaft Teutonia Wien«, war das Ereignis eine eigene Pressemitteilung wert. Ende Januar kündigte er an, dass die »Burschenschaft Thuringia Braunschweig« am 2. Februar 2013 in Polen offiziell eine Mensur schlagen werde. Kontrahentin sei die Verbindung »Korporacja Akademicka Sarmatia« aus Warszawa, Schauplatz sei »Schloss Bohrau« bei Wrocław, dem einstigen Breslau. DB-Kontaktmann vor Ort sei Rechtsanwalt Alexander Ilgmann aus Wrocław. Ilgmann, Alter Herr der »Burschenschaft Saxo-Silesia Freiburg«, habe vor Jahren die Sarmatia angeregt, Mensuren zu fechten, und sie dann auch »eingepaukt«, berichtete Tributsch stolz. Gefochten werde in Polen nun »nach dem Comment des Freiburger Waffenrings«.

Die Willkür von 1945

Teile Polens sind seit jeher eine Schwerpunktregion burschenschaftlicher Interessen. Den Grund dafür kann man etwa bei der »Freiburger Burschenschaft Saxo-Silesia« erfahren. Diese schreibt, sie trete »für die freie Entfaltung deutschen Volkstums in enger Verbundenheit aller Teile des deutschen Volkes« ein. Unter »Teilen des deutschen Volkes« versteht sie auch deutschsprachige aus dem ehemaligen Schlesien, dem einige ihrer Gründungsburschen entstammten – daher der Namensteil Silesia. Was aber soll »enge Verbundenheit« aller Volksteile bedeuten? Eine Antwort gibt das »Handbuch der Deutschen Burschenschaft« in seiner aktuellen Auflage aus dem Jahr 2005. Darin heißt es, die »Grenzen vom 31. Dezember 1937« seien ungeeignet »irgendwelche Ansatzpunkte für die Willkürentscheidung der Siegermächte von 1945 zu liefern«, die »Gebiete östlich von Oder und Neiße de facto von Deutschland abzutrennen«: »Historisch gibt es keinen Grund, den deutschen Anspruch auf diese Gebiete aufzugeben.«

»Schlesien« besonders verbunden fühlt sich die »Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks« zu Bonn. Sie ist 1950 als Zusammenschluss der Breslauer Burschenschaften entstanden, die 1945 ihre Heimat in Wrocław verloren haben, und seitdem hält sie, laut eigener Aussage »die Erinnerung an den deutschen Osten wach«. Sie entfaltet Aktivitäten in enger Zusammenarbeit mit den »Vertriebenen«-Verbänden und führt seit Ende der 1980er Jahre jährlich ein »Schlesienseminar« durch. »Die Vertreibung und die Enteignung der Deutschen«, hieß es mehrmals in Einladungsschreiben dazu, »sind keine Tabuthemen mehr, auch nicht der erste polnische Griff nach deutschen Ostgebieten, bereits während des 1. Weltkriegs und in den Jahren danach«. Mit letzterem ist nichts anderes als die Wiedergründung Polens im Jahr 1918 gemeint. Es bleibt nicht nur bei finsterem Geraune im Bonner Raczek-Haus: »Durch Wanderungen und Fahrten in unsere verlorene ostdeutsche Heimat, in das Grenzland und weit darüber hinaus«, berichtet die Burschenschaft, »füllen wir die Idee von einem deutschen Vaterland mit Leben.«

Soldatenlieder

Nun – das Leben, das burschenschaftliche Polen-Fahrten füllt, ist zuweilen etwas exzessiv. Wellen schlug etwa eine Tagung, die die DB im September 2001 über »Die politische Entwicklung der Deutschen im Oppelner Schlesien« abhielt – in Góra Swietej Anny, dem ehemaligen St. Annaberg. Der Hügel ist in völkischen Kreisen ein Symbol für den deutschen »Volkstumskampf«, seit ihn im Mai 1921 deutsche Freikorps – unter Beteiligung von Burschenschaftern – im Kampf gegen polnische Verbände stürmten. Dass die DB ihre Tagung dort durchführte, wäre allein schon Provokation genug gewesen; doch es kam darüber hinaus zu Exzessen, die sogar ein burschenschaftliches Untersuchungsverfahren nach sich zogen. Es seien, hieß es im Abschlussbericht, bereits bei der Anreise »völlig unangebrachte Soldatenlieder« gegrölt worden; später hätten Burschenschafter in einer Kneipe in Brzeg nicht näher genanntes »nationalistisches Liedgut« von sich gegeben. Dass Burschenschafter in einer Klosterkapelle das Horst-Wessel-Lied angestimmt und den Hitlergruß gezeigt hätten, konnte der Untersuchungsbericht nicht bestätigen.

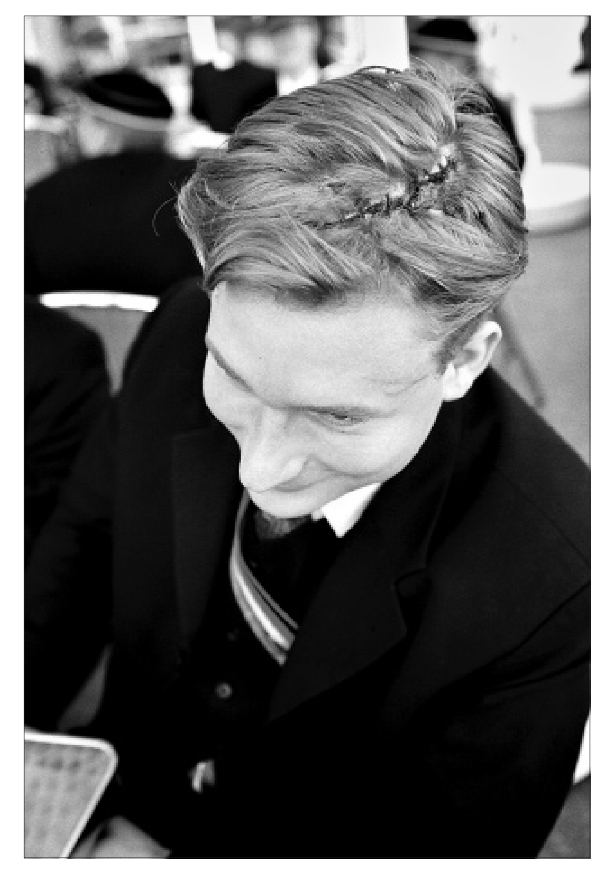
Jenseits solcher Exzesse baut die DB systematisch Beziehungen zur deutschsprachigen Minderheit Polens auf. Abgesehen von Privatinitiativen einzelner Burschenschafter befasst sich damit vor allem der »Burschenschaftliche Verein für nationale Minderheiten- und Volksgruppenrechte in Europa«. Sein Obmann Bruno Burchhart aus der »Burschenschaft Olympia Wien« knüpft mittlerweile auch Kontakte zu deutschen Vereinigungen, die sich der Unterstützung deutschsprachiger Kräfte in Polen widmen, etwa zur »Gesellschaft zur Unterstützung der Deutschen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen« (AGMO e. V., Bonn), oder auch zur »Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten« (AGDM), die – in Kooperation mit dem deutschen Innenministerium – Netzwerke zwischen den deutschsprachigen Minoritätenverbänden in ganz Ost- und Südosteuropa bildet.

Ein Zucken im Arm

Zudem baut die DB eigene Strukturen auf. Vor Jahren war sie noch damit gescheitert. Im Sommer 2000 hatten Burschenschafter, darunter neben einem Aktivisten der »Marburger Burschenschaft Rheinfranken« auch der Freiburger Silese Ilgmann, in Wrocław eine »deutsche Burschenschaft« gegründet: die »Burschenschaft Silesia Breslau«. Sie nahm laut Satzung nur Studenten auf, »die sich durch Sprache, Kultur, Erziehung und Bekenntnis zum deutschen Volkstum als Deutsche auszeichnen«. Ihr Aufbau schleppte sich dahin, die Silesia brachte keine Handvoll Füxe zustande; ein Hoch erlebte sie nur bei ihrer Weihnachtsfeier 2000, bei der es in einer Kneipe im Zentrum Wrocławs zum Absingen des Deutschlandlieds »mit voller Lautstärke und in voller Länge« (so der Semesterbericht) und zum »spaßige(n) Heben des rechten Arms« kam. Wenig später verließ der letzte Fux das sinkende Schiff. Die Mensur vom 2. Februar zeigt jetzt, dass die DB den Aufbau eigener Strukturen in Polen nicht aus dem Blick verloren hat.

Deutsch-National in Österreich

Über die Entwicklung und politische Rolle der extrem rechten Burschenschaften in Österreich sprach drr mit Heribert Schiedel vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes.



^ *Burschenschafter aus Österreich müssen bei der Mensur länger stehen bleiben, das gibt diese »prächtigen Schmisse«*

drr: Burschenschaften verstehen sich in Österreich als deutschnational und nationalfreiheitlich. Was bedeutet das?

HS: Mit letzterem grenzen sie sich vom Liberalismus ab, der im Gegensatz zu ihnen das Individuum (und nicht das »Volk«) zur zentralen Bezugsgröße hat. Mit ersterem verweisen sie auf ihr anhaltendes Bekenntnis zu (Groß-)Deutschland, wobei dieses heute aus Opportunitätsgründen nicht mehr offen auf den Staat bezogen wird, sondern auf die »Kultur«.

drr: Wie viele österreichische Burschenschaften sind im Dachverband »Deutsche Burschenschaft« (DB)? Und wie positionieren sie sich zu der Diskussion um den »Arierparagraphen« innerhalb der deutschen Burschenschaften?

HS: Momentan sind es 23, wobei drei davon gerade nur als Altherrenverband existieren. 2011 unterzeichneten die zustimmende Erklärung zum »Arierparagraphen« 14 österreichische Burschenschaften, bis auf eine allesamt Mitglied in der »Burschenschaftlichen Gemeinschaft«. Von den relevanten Verbindungen mit größerer Aktivitas fehlten damals nur die »Oberösterreicher Germanen«, aber die sind mittlerweile auch aus der BG ausgetreten.

drr: Sind die Reglements bei den Burschenschaften in Österreich dieselben wie bei den Burschenschaften in Deutschland? Oder gibt es spezifische Besonderheiten?

HS: Meines Wissens bestehen Unterschiede im Paukkomment beziehungweise in der Gestaltung der Mensur. Dies beginnt bei der Wahl der Klinge und endet bei der Tatsache, dass die »Ostmärker« länger »stehen« bleiben (müssen), auch wenn schon ordentlich Blut fließt. Das erklärt, warum Burschenschafter in Österreich mehr und prächtigere »Schmisse« haben als in Deutschland. Dazu kommt, dass hierzulande immer noch sehr viele Burschenschaften an der »unbedingten Satisfaktion« (mit Pistole oder Säbel) festhalten. Schließlich sind die Burschenschaften in Österreich mehrheitlich rigider, was die Aufnahme betrifft – Stichwort »Arierparagraph«.

drr: Hans-Henning Scharsach schreibt in seinem Buch »Strache – Im braunen Sumpf«: »Er [Strache] hat die Burschenschaften, die bei großzügigster Berechnung nicht einmal ein halbes Promille (0,05 Prozent) der österreichischen Einwohnerzahl stellen, zur politisch am stärksten repräsentierten Randgruppe Österreichs gemacht.« In welchem Verhältnis stehen FPÖ und Burschenschaften zueinander? Stichwort wäre auch »Akademikerball«.

HS: Die FPÖ ist heute mehr denn je eine Burschenschafterpartei. Es waren die deutschnational Korporierten, die die Partei 2005, nach der Abspaltung von Haiders BZÖ, quasi auffingen. Dementsprechend selbstbewusst agieren sie. Mit der Wiederaufnahme des 1998 gestrichenen Bekenntnisses zur »deutschen Volksgemeinschaft« ins FPÖ-Programm im Juni 2011 wurde ihrer neuerlichen Vormachtstellung auch programmatisch Ausdruck verliehen. Nun wachen sie in der Partei über die Reinheit der völkischen Lehre.

drr: In der politischen Öffentlichkeit Österreichs spielen die Burschenschaften immer wieder eine oft auch Skandal auslösende Rolle. Welche Rolle spielen sie an den Universitäten in Österreich selbst?

HS: Mittlerweile (seit den 1970er Jahren) und von einigen Ausnahmen (Juridikum, Montanuniversität Leoben, Veterinärmedizin) abgesehen, spielen sie keine große Rolle mehr: Weder haben sie viele Waffen- oder Bundesbrüder im ProfessorInnenkollegium, noch kann ihr hochschulpolitischer Arm, der »Ring Freiheitlicher Studenten« (RFS), bei Wahlen reüssieren.

drr: Das extrem rechte Monatsmagazin »Die Aula« gilt als Burschenschafterorgan. Woran ist das festzumachen und welche Verbindungen gibt es nach Deutschland?

HS: »Die Aula« wird von den Freiheitlichen Akademikerverbänden, einem Zusammenschluss von Alten Herren im Vorfeld der FPÖ, herausgegeben und enthält auch eine eigene Beilage für deutschnationale Korporierte (»Akademisches Leben«). Die Verbindungen nach Deutschland gehen vor allem zur NPD, der immer wieder Platz für Selbstdarstellungen gegeben wird.

drr: Die verbandsvorsitzende Burschenschaft der DB, die »Wiener akademische Burschenschaft Teutonia«, soll ja auch so genannte Kellernazis in ihren Reihen haben. Stimmt das und welche Verstrickungen gibt es generell bei den österreichischen Burschenschaften mit Neonazis?

HS: Ja, gerade die Teutonia sorgte diesbezüglich immer wieder für Skandale. Anfang der 1990er Jahre las sich ihre Aktivenliste wie ein Auszug aus der Mitgliederliste von Gottfried Küssels Volkstreuer Außerparlamentarischen Opposition. Im Allgemeinen waren und sind die Verstrickungen sehr eng, was neben der ideologischen Nähe auch einen Grund in der korporierten (geheimbündischen) Organisationsform hat. Schon nach dem Verbot der NSDAP 1933 dienten viele Burschenschaften als Tarnung, was sich dann nach 1945 weitgehend bruchlos fortgesetzt hat.

drr: Wie sieht es mit Gegenaktivitäten in Österreich aus?

HS: Seit 1994, damals gegen den »Gesamt-Tiroler-Freiheitskommers«, müssen Burschenschafter fast im ganzen Bundesgebiet zu bestimmten Anlässen mit Protesten und Gegenaktivitäten rechnen. Und vor allem in Wien sind sie auch im Alltag mit Widerstand konfrontiert. Dieser ist sehr breit und umfasst das ganze Spektrum von Teilen der Sozialdemokratie und Gewerkschaften bis hin zur (autonomen) Antifa.

drr: Vielen Dank für das Gespräch.

Burschenschaften und andere Korporationen – eine politische Orientierung

In Deutschland gibt es heute etwa 1.000 studentische Korporationen mit ungefähr 22.000 Studierenden und 135.000 so genannten Alten Herren. Um die 900 Korporationen sind in etwa 30 Dachverbänden organisiert. Das extrem rechte Spektrum der korporierten Szene umfasst, aufgrund des ihm zugrunde liegenden völkischen Denkens, der Dachverband der »Deutschen Burschenschaft« mit etwa 14.000 Mitgliedern. Alle anderen Korporationen sind nicht extrem rechts, gleichwohl konservativ.

von Stephan Peters

1789 gründeten sich die ersten Korporationen moderner Art, damals gegen die »studentischen Orden« in deutschen Landen, die Träger des Gedankengutes der Französischen Revolution waren. Die frühen Korporationen, aus denen sich später die Corps entwickeln sollten, waren als studentische Elemente Teil der konservativen Gegenbewegung zur Revolution in Frankreich und wurden damit Vertreter der politischen Romantik.

Genese der Burschenschaften

Mit den Befreiungskriegen kam es zu einer zusätzlichen Politisierung der Studenten, die 1815 zur Gründung der Jenaer Urburschenschaft führte, fortgesetzt im Wartburgfest 1817. Von nun an gab es an den Universitäten zwei Gruppierungen korporativer Art: die frühen Corps als Teil des deutschen Konservatismus und die Burschenschaften, die selbst als national motivierte studentische Organisation verstanden werden wollten. Beide Bewegungen waren im bürgerlichen Milieu verankert sowie protestantisch geprägt, wobei die Mitglieder der Corps zumeist aus höheren sozialen Schichten rekrutiert wurden. Die Burschenschaften waren politisch aktiv, einige Forderungen aus dem progressiven Flügel riefen die Herrschenden auf den Plan. Das Ergebnis war 1819 das Verbot durch die Karlsbader Beschlüsse, was ihrer Existenz jedoch keinen Abbruch tat. Mit dem Hambacher Fest 1832 und vor allem im Vorfeld der 1848er Revolution gab es weitere Entwicklungen in der Szene.

Aufgrund der zunehmenden Industrialisierung kam es zu einer Art ersten Bildungsexpansion, in der junge Männer aus dem Kleinbürgertum Zugang zu den Hochschulen fanden – die Gründung der Technischen Hochschulen sei hier exemplarisch genannt. Mit der neuen sozialen Zusammensetzung kam es zu weiteren Gründungen von Korporationen und neuen Dachverbänden. Der »Wingolfsbund« (1844) oder auch der »Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen« (CV, 1856) können stellvertretend genannt werden. Diese neuen Korporationen waren oft nicht schlagende Männerbünde, also solche, die keine Mensuren fochten. Bis zur Gründung des Deutschen Kaiserreiches 1871 waren die Brauchtümer der Korporationen nahezu festgeschrieben und änderten sich bis heute kaum. Eine Neuerung, die nach 1871 vorangetrieben wurde, war der Aufbau funktionierender Altherrenschaften (Lebensbundprinzip). Den Korporationen ging es nach 1871 weniger um die Ständevertretung vor Ort als vielmehr um die Erziehung der Männer im Sinne einer nichtstaatlichen, reichsweit funktionierenden Elite, wozu sie Netzwerke schaffen mussten. 1888 war der Prozess im »Kösener Senioren Convents-Verband« (KSCV) abgeschlossen, der CV folgte 1905.

Heutige Korporationsverbände

Die bis heute relevanten Korporationen lassen sich in drei Grundformen sortieren:

1. Die Corps als die ältesten. Sie sind heute zusammengeschlossen im KSCV und im »Weinheimer Senioren-Convent« (WSC), den zwei wichtigsten corpsstudentischen Verbänden mit etwa 22.000 Mitgliedern. Sie sind nach wie vor reine Männerbünde und sind pflichtschlagend, soll heißen, ihre Mitglieder müssen mindestens eine Mensur geschlagen haben. Das trifft auch auf den noch heute existierenden »Coburger Convent« (CC) der Landsmann- und Turnerschaften mit etwa 14.000 Mitgliedern zu. Diese Dachverbände sind konservative Verbände.

2. Die Burschenschaften entwickelten sich mit dem Scheitern der 1848er-Revolution und damit deren progressiver Ideen innerhalb der Burschenschaften eindeutig nach Rechts. So stellte Jahrzehnte später die Zusammenarbeit mit dem »Nationalsozialistischen deutschen Studentenbund« (NSDStB) im Vorfeld der Machtübergabe an Adolf Hitler kein wesentliches Problem dar. Ein weiterer Hinweis auf diesen Rechtsschwenk der DB-Burschenschaften ist in ihren regelmäßig wiederkehrenden rassistischen und antisemitischen Äußerungen völkischer Art zu sehen. Die politische Verortung der DB ist im extrem rechten Spektrum.

3. Die nicht schlagenden, aber farbentragenden Männerbünde (Band und Mütze), von denen der CV mit seinen 28.000 Mitgliedern als größter Verband, sicherlich auch einer der wichtigsten ist. Diese Bünde können politisch im typisch konservativen, teilweise liberalen Spektrum verortet werden.

Die Korporationsverbände KSCV/ WSC, CC, DB und CV umfassen zusammen etwa 78.000 Männer und damit etwa die Hälfte der gesamten Szene. Sicherlich gibt es noch weitere Dachverbände, wie den »Sondershäuser Verband« (SV) oder auch den »Akademischen Turnbund« (ATB). Beide nehmen sogar Frauen auf, jedoch sind sie im Sinne einer Eliterekrutierung, also im Besetzen wichtiger Positionen in der Gesellschaft, Politik und Wirtschaft vergleichsweise unbedeutend.

Auf dem Weg nach oben!

Als Voraussetzung für eine erfolgreiche Elitebildung und -reproduktion bekommen die Mitglieder in einer Korporation eine besondere Prägung, das heißt, dass in die persönlichen Setzungen und Verhaltensmaßstäbe des Individuums eingegriffen wird. Die Wirkmechanismen der Inkorporation korporierter Maßstäbe durch den Männerbund können anhand einer kurzen Analyse der Erziehungsmethoden und des Mitgliedschaftsverlaufs veranschaulicht werden. Die wichtigsten Methoden korporierter Erziehung sind der Convent, die Kneipe und, nur für schlagende Bünde, die Mensur. Nichtschlagende Bünde kompensieren die Mensur mit einem anderen dritten Element, wie z. B. der Religion (CV) oder dem Sport (Turnverbindungen). Es gibt also stets drei Hauptelemente korporativer Erziehung.

Erziehungsmethoden

Der Convent ist eine Art Mitgliederversammlung, deren Beschlüssen sich jedes Mitglied zu unterwerfen hat. Der Convent vereinigt Legislative, Exekutive und Judikative der Gemeinschaft und ist, zumal er keine substantiellen Parteiungen duldet und nicht jedes Mitglied gleiches Recht



hat, undemokratisch. Der Convent ist die höchste Autorität und absolutes Kontrollzentrum der Gemeinschaft.
Die Kneipe ist eine ritualisierte Form des Feierns. Sie verläuft nach festgesetzten Regeln, an die sich jedes Mitglied zu halten hat. Wer die Regeln beherrscht, kann die Feier nahezu »unbeschadet« überstehen (reglementierendes Element ist in der Regel Bier). Auch hier gilt wieder eine strenge Hierarchie, Befehl und Gehorsam und die (unter anderem durch Lieder zu besingende) Gemeinschaft als die höchste Instanz. Die mit einer studentischen Kneipe verbundene Aufnahme eines Mitgliedes (als vollwertiges Mitglied) kann als ständische Initiation gesehen werden, durch die die jungen Mitglieder (Füxe) in die Welt der Erwachsenen eingeführt werden sollen. Die Kneipe dient sowohl der Integration in den Bund als auch der Vergesellschaftung, indem die jungen Bundes- oder Corpsbrüder den Umgang mit den Ehemaligen, jetzt im Berufsleben stehenden, teilweise angesehenen Persönlichkeiten, üben.
Die Mensur, das Schlagen mit scharfen Waffen in einem Zweikampf, ist in pflichtschlagenden Bünden – hier KSCV, WSC, CC und Teile der DB – eine Voraussetzung zum Erwerb der Vollmitgliedschaft. Der vorgegebene Rahmen des Rituals ist zwingend und unter Gefahr körperlicher Verletzungen einzuhalten. Die Mensur dient der vollständigen Unterwerfung des Mitgliedes einerseits und der Mannwerdung andererseits. Während des duellartigen Rituals ist der Kopf alleinige Trefferfläche, er ist das Symbol für Wissen und entsprechend des wissenschaftlichen Diskurses im 19. Jahrhundert der Ort für die Zuweisung von Geschlecht.

Mitgliedschaft

Der Mitgliedschaftsverlauf umfasst drei Stufen: Fux, Bursche, Alter Herr. Als Fux wird das neue und noch in der Probezeit befindliche Mitglied bezeichnet. Der Fux wird als »grober Klotz« (zuviel Individualität) gesehen, der noch von der Gemeinschaft geschliffen werden muss. Vom Status her recht- und geschlechtslos, muss er sich unterwerfen und sich die gemeinschaftlichen Regeln aneignen. Am Ende dieser Novizenzeit und der erfolgreichen Integration in die Gemeinschaft steht die »Burschung«, die Aufnahme als vollwertiges Mitglied.
Der Bursche ist das vollwertige Mitglied der Gemeinschaft, der er sich auf Lebenszeit verpflichtet. Er darf die Gemeinschaft repräsentieren, Vorstandsämter übernehmen und nun seinerseits Füxe erziehen. Neu ist die beginnende Vergesellschaftung in Form der Repräsentation und Vertretung der ganzen Korporation nach Außen. Mit dem Zwischenstatus des so genannten Inaktiven endet diese Zeit. Als Inaktiver soll sich der Bursche auf den Übergang in das Berufsleben vorbereiten, also um den Abschluss des Studiums bemühen.
Der Alte Herr ist das im Berufsleben stehende Mitglied der Gemeinschaft. Die Alten Herren einer Gemeinschaft verfügen über deren definitorische und ökonomische Macht. Der Alte Herr protegiert die jüngeren Mitglieder und wirkt aus seiner beruflichen wie gesellschaftlichen Position als korporiertes Individuum in der Gesellschaft.
Ergebnis: In dem »System Korporation« geht es also um die Konstruktion einer männlichen Gruppe von »Gleichen unter Gleichen«, die sich – ausgestattet mit dem für sie erkennbaren, besonderen korporierten Habitus – gegenseitig helfen und protegieren. Man spricht die gleiche Sprache und vertraut sich untereinander aufgrund des gleichen Habitus. Somit wird auch deutlich, warum es bei der Besetzung höherer und höchster Positionen nicht nur um das Kriterium der beruflichen Qualifikation der Kandidaten geht, sondern auch um das habituelle »Plus«, das einschließt, ob der Kandidat ein unter Männern »gegebenes Wort« unter allen Umständen zu halten in der Lage ist (wie man es mittels der »Ehre« in der Korporation zum Beispiel durch die Mensur »einpaukt«). Das ist das »Verdienst« der Korporationen, die in ihrer Gemeinschaft dafür Sorge tragen, dass neben der »Herkunft und Gesinnung« auch gewährleistet ist, dass man im Korporierten einen gleich denkenden Mitarbeiter findet.
Es kann abschließend festgehalten werden, dass die studentischen Korporationen einen milieuspezifischen Elitarismus pflegen, den sie als Männerbund sexistisch legitimieren. Indem sie ihre Mitglieder einem ausgeprägten hierarchischen Befehls- und Gehorsamssystem unterwerfen und zahlreicher ideologisch verdichteter Rituale unterziehen, verstärken sie die autoritären Strebungen in der individuellen Persönlichkeit.

Aktiv gegen die »Deutsche Burschenschaft«

Die »Deutsche Burschenschaft« (DB) ist in Hochschulstädten mit ihren oft protzigen Villen in bester Lage präsent. Flyer auf den Mensa-Tischen für Vorträge, Aushänge für billige Zimmer oder bierseelige Veranstaltungen von Verbindungsstudenten auf öffentlichen Plätzen, wie der Marburger »Marktfrühschoppen« oder das Tübinger »Mai-Singen«, machen klar: Das Verbindungsleben an den Hochschulen ist lebendig und die Verbindungen der DB sind immer mit dabei. Doch fast überall gibt es auch kritische Auseinandersetzungen oder Protest – an Hochschulen, in der Wissenschaft, in der Politik oder von antifaschistischen und antisexistischen Initiativen. Wir haben vier Gruppen und Personen gefragt, was sie an der DB kritisieren und was sie tun.

AStA
Technische Universität Berlin
Studentenverbindungen, und das trifft nicht nur auf Burschenschaften zu, sehen sich selbst als gesellschaftliche Elite. Wir als »Allgemeiner Studierendenausschuss« (AStA) finden, dass es schon mehr als genug Ungerechtigkeiten gibt und elitäre Klüngelclubs einer freieren Gesellschaft im Weg stehen. Darüber hinaus sind Verbindungen von Sexismus, Militarismus und strengen internen Hierarchien geprägt. Über den strukturellen Ausschluss von Frauen aus fast allen Verbindungen sollen Frauen von vornherein aus gesellschaftlich einflussreichen Positionen ferngehalten werden – das widerspricht nicht nur unserem Selbstverständnis sondern auch dem unserer – in nicht allen Punkten progressiven – Universität. In Berlin trauen sich Verbindungen kaum öffentlich aufzutreten. Dies ist nicht zuletzt Konsequenz antifaschistischen Engagements an Hochschulen. Wenn Burschis »keilen« (Anm. d. Redaktion: Mitglieder werben), sind wir mit Flyern präsent, wenn sie sich öffentlichen Raum nehmen wollen, machen wir ihn ihnen streitig und wenn ein »Alter Herr« bei uns Professor werden will, setzen wir alle Hebel in Bewegung und schaffen kritische Öffentlichkeit, die sich nicht auf die Universität beschränkt. Das heißt, den Diskurs leben und es nicht bei akademischen Worthülsen zu belassen.

lisa:2
Marburg
In Marburg gibt es vier Burschenschaften der »Deutschen Burschenschaft«: die »Rheinfranken«, »Germania«, »Normannia-Leipzig« und »Teutonia-Germania«. Insbesondere erstere fallen immer wieder durch neonazistische RednerInnen ihrer Veranstaltungen auf. So sind beispielsweise HolocaustleugnerInnen, AbtreibungsgegnerInnen sowie RednerInnen des »Bunds der Vertriebenen« (BdV) gern gesehene Gäste. So redete die BdV-Vorsitzende Erika Steinbach bei den »Rheinfranken«. Burschenschafter und Verbindungsstudenten gehören in Marburg mit ihren insgesamt über 30 Verbindungen zum Alltag und sind ständige Angriffspunkte antifaschistischer und antisexistischer Politik. Des weiteren sind sie stets im Stadtbild präsent. Wie fest verankert das Verbindungswesen mit der Stadt Marburg ist, lässt sich beim alljährlichen »Marktfrühschoppen« beobachten. Anmelder des Festes ist der »Marktfrühschoppenverein«, dieser begründet die Ausführung mit der »verwurzelten Tradition« des Verbindungswesens mit der Stadt. Die BürgerInnen Marburgs wollen somit ihre »Dankbarkeit« gegen über den Korporierten zum Ausdruck bringen. Daher gilt es auch den diesjährigen »Marktfrühshoppen«, ein Fest der Marburger Stadtteilgemeinden sowie Verbindungen aller Art, mit ihrer reaktionären, nationalistischen, sexistischen und eben auch neonazistischen Inhalten und Mitgliedern, zu verhindern. Dieser wurde erstmals letztes Jahr aufgrund antifaschistischer Interventionen abgesagt und so zumindest nicht offiziell der Raum zum öffentlichen, gemeinsamen Betrinken gegeben. Auch dem »Burschentag« der »Neuen Deutschen Burschenschaft«, dieses Jahr erneut in Marburg, müssen wir entschlossen entgegen treten.

Kevin Kühnert
Vorsitzender der Jusos Berlin
Obwohl es in Berlin nur wenige Mitgliedsbünde der »Deutschen Burschenschaft« (DB) gibt, ist engagierter Widerstand gegen ihre Strukturen und Vertreter unsere Pflicht. Mit ihren rechtskonservativen, deutschvölkischen Positionen stehen sie außerhalb dessen, was wir im Rahmen politischer Auseinandersetzung anerkennen können. Männerbündische Seilschaften und Elitarismus gehören bekämpft und nicht etwa auf einen Campus. Aufgrund der aggressiven Positionen dieser Burschenschaften ist es auch unerheblich, wie viele Menschen in ihnen organisiert sind. Es muss gesellschaftlicher Konsens sein, solche reaktionären Rückzugsräume nicht zu dulden.
DB-Mitgliedsbünde wie die Berliner »Gothia« dürfen jedoch nicht nur anhand ihrer überkommenden Welt- und Menschenbilder bewertet werden, sondern wir müssen auch die einzelnen Akteure fokussieren. Wir Berliner Jusos tun dies aktuell am Beispiel des Berliner Sozialstaatssekretärs Michael Büge (CDU), der »Alter Herr« der »Gothia« ist. Der Berliner Senat verweigert Büge auf unseren Druck hin bereits die lebenslängliche Verbeamtung. Das übergeordnete Ziel ist jedoch, seine Entlassung zu erwirken. Burschenschaftern, die sich wie Büge und seine »Gothia« Autoren der »Jungen Freiheit« einladen und die auch gern mal unter dem Tagungsmotto »politisch inkorrekt« tagen, muss der politische Raum kompromisslos streitig gemacht werden – und ein demokratisches Amt allemal. Den entsprechenden Druck wird Büge weiterhin zu spüren bekommen.

Katja Wolf
Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach (DIE LINKE)
Wir beobachten die Entwicklung innerhalb der »Deutschen Burschenschaft« sehr genau. Nach wie vor stehe ich dazu, dass die Burschenschaften nicht mehr mit der Gastfreundschaft Eisenachs rechnen können, sollte sich der rechtsextreme Trend verstetigen. Die ordentliche Kündigung eines laufenden Mietvertrages für die »Werner-Aßmann-Halle« an den umstrittenen Dachverband der Studentenverbindungen, der jedoch eine Laufzeit bis Ende 2017 hat, ist bereits erfolgt.

Kind erschießt Neonazi

Am 14. Januar 2013 wurde der zwölfjährige Joseph Hall wegen Mordes an seinem Vater Jeff von einem Gericht in Riverside in Kalifornien zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt. Joseph hatte am 1. Mai 2010 seinen schlafenden Vater erschossen. Jeff Hall war »Sergeant und Regionaldirektor« des »National Socialist Movement« (NSM), einer der größten Neonazi-Bewegungen der USA. Im Mittelpunkt des Prozesses standen die familiären Umstände der Familie Hall. Die Verteidigung führte aus, dass Joseph seinen Vater getötet habe, um die jahrelangen körperlichen Misshandlungen zu beenden. Ein Psychologe hatte ausgesagt, dass Joseph zudem durch die emotionalen und sexuellen Misshandlungen zur Gewalttätigkeit erzogen worden sei. Der Staatsanwalt begründete seine Strafforderung damit, dass Joseph die beabsichtigte Trennung seines Vaters von Josephs Stiefmutter, zu der er ein gutes Verhältnis hatte, verhindern wollte. Außerdem sei Jeff Hall trotz seiner Neonazi-Aktivitäten ein liebevoller Vater gewesen. Hall hatte im Hause der Familie Treffen der NSM abgehalten und seinen Sohn mit auf die »Jagd« auf illegale EinwanderInnen an der mexikanischen Grenze genommen. Joseph Hall könnte nun bis zu seinem 23. Lebensjahr in Haft bleiben.

Antisemitischer Moslembruder

Am 31. Januar 2013 veröffentlichten die ägyptischen Muslimbrüder auf ihrer offiziellen Internetseite einen Artikel mit dem Titel »Holocaust ... die größte betrügerische Operation aller Zeiten«. Autor ist Fathi Shehabeddin, der Vorsitzende des »Komitee für Information, Kultur und Tourismus« im Shoura Rat (Oberhaus) des ägyptischen Parlaments. Shehabeddin greift die von der extremen Rechten, Holocaust-LeugnerInnen und RevisionistInnen bekannten Argumentationsmuster auf. Demnach sei der Holocaust eine Erfindung der Alliierten und Zionisten, um das militärische Vorgehen im Zweiten Weltkrieg gegen Deutschland zu rechtfertigen und die »Nürnberger Prozesse« durchzusetzen. Zudem bedient er sich bei dem bei AntisemitInnen beliebten Rechenspiel, um die Ermordung der 6 Millionen Jüdinnen und Juden in Zweifel zu ziehen. Shehabeddin behauptet, gegenwärtig würde der Holocaust benutzt, um jegliche Kritik an Israel zu diskreditieren. Als Beleg für seine Thesen führt er die »Verfolgung« von ForscherInnen und HistorikerInnen an, die den Holocaust bezweifeln oder leugnen. Die Liste seiner Kronzeugen liest sich wie das »who is who« der internationalen Holocaust-Leugner. So beruft er sich auf Ernst Zündel, David Irving, Robert Faurisson und den 2012 verstorbenen Roger Garaudy.

Berlusconi lobt »Duce«

Am 27. Januar 2013 lobte der Ex-Ministerpräsident Italiens, Silvio Berlusconi, am Rande einer Veranstaltung in Mailand den faschistischen Diktator Benito Mussolini. Anlass war der internationale Holocaust-Gedenktag. Mussolinis Rassengesetze seien zwar »der schlimmste Fehler« während seiner Regierungszeit von 1922 bis 1943 gewesen, sagte Berlusconi. Der »Duce« habe allerdings »in vielen anderen Bereichen gute Dinge« getan. 1938 hatte Mussolinis faschistische Regierung eine Reihe von Rassengesetzen erlassen, die Jüdinnen und Juden in Italien diskriminierten und zu deren Verfolgung führten. Berlusconi sagte, Italien habe »nicht dieselbe Verantwortung wie Deutschland« für die Judenverfolgung. Zehn Jahre zuvor hatte Berlusconi in einem Interview behauptet, dass Mussolini niemanden umgebracht habe. Auch hatte sich der Ex-Ministerpräsident schon einmal mit dem Diktator verglichen.

Rassisten provozieren in Wien

Am 10. Februar 2013 haben neun Aktivisten der »Identitären Bewegung Österreichs« versucht, gegen die Besetzung der Votivkirche in Wien zu protestieren. In dieser halten sich rund 50 Flüchtlingen auf, die mit einem Hungerstreik gegen die Asylpolitik im Land protestieren. Bereits nach wenigen Stunden wurden die rechten Aktivisten von der Polizei aus der Kirche begleitet.

»Gladio« bei Lanz

Giuseppe Gulotta saß 22 Jahre unschuldig im Gefängnis – für ein Verbrechen, das offenbar von »Gladio« – einer paramilitärischen Geheimorganisation der NATO (s. drr Nr. 10) – begangen wurde. Bereits 2007 hatte ein damaliger Ermittler von Folterungen und dem erpressten Geständnis in den Medien berichtet. Doch erst im Jahr 2012 sprach ein italienisches Gericht Gulotta in einem Revisionsverfahren frei.
In der ZDF-Sendung »Markus Lanz« vom 14. Februar 2013 berichteten Giuseppe Gulotta sowie der Journalist Andreas Englisch über den Fall. Nach der Darstellung von Englisch überfielen am 27. Januar 1976 Unbekannte – vermutlich Mitglieder von »Gladio« – eine Carabinieri-Kaserne im sizilianischen Alcamo Marina und erschossen zwei schlafende Carabinieri. Diese hatten zuvor zufällig einen LKW angehalten, der Kriegswaffen für ein geheimes Lager von »Gladio« transportierte. Offenbar sollten die einzigen Zeugen des Waffentransports beseitigt und vier junge unschuldige Männer, darunter der 18-jährige Gulotta, schnell als Täter präsentiert werden. Andreas Englisch berichtet von Gesprächen mit den ehemaligen Ministerpräsidenten Italiens, Giulio Andreotti und Bettino Craxi, im Jahre 1987: Beide hätten von dem Vorfall gewusst. Er vermutet weiter, dass »Rom« auf den damaligen Haftrichter Druck ausübte. Dieser habe durch ein offizielles Attest von den schweren Verletzungen während des Verhörs wissen müssen. Englisch meint: »Die Medien haben in dem Fall versagt.«

Bombendrohung in Norwegen

Am 13. Februar 2013 soll in Norwegen ein Mitglied der »Norwegian Defence League« (NDL) mit einem Bombenanschlag auf das nationale Parlament in Oslo gedroht haben. Die Polizei riegelte daraufhin in der Nacht das Parlament und die umliegenden Straßen ab und evakuierte die Häuser. Der Verdächtige habe, laut Mitreisenden, in einem Bus im angetrunkenen Zustand über einen geplanten Anschlag gesprochen. Der 27-jährige Mann soll eine schusssichere Weste und eine Gaspistole getragen haben. Nach wenigen Stunden habe man den Mann allerdings wieder freigelassen.

»Tag der Ehre« in Budapest

Am 9. Februar 2013 marschierten in Budapest anlässlich des »Tag der Ehre« über 500 Neonazis auf. Nachdem in den letzten beiden Jahren die Aufmärsche außerhalb von Budapest stattfanden, konnten die Neonazis dieses Jahr wieder in der Stadt aufmarschieren. Unterstützt werden diese Versammlungen regelmäßig von Kameraden aus dem europäischen Ausland. In diesem Jahr waren Neonazis unter anderem aus Deutschland, Spanien und Rumänien angereist. An der Organisation und Durchführung der Aufmärsche ist der ungarische Ableger des »Blood & Honour«-Netzwerks beteiligt.

Österreichs kriminelle Neonazis

Ende Januar 2013 endete die Geschichte des neonazistischen Vereins »Objekt 21« – vorläufig – mit einer überraschenden Pressemitteilung der oberösterreichischen Polizei: Sie habe eine kriminelle Organisation, eben jenen Verein, ausgehoben.

von Karl Öllinger

80 Personen wurden als Verdächtigte bei der Polizeiaktion am 24. Januar 2013 verhört, 24 vorübergehend festgenommen, elf sitzen (noch immer) in Untersuchungshaft. Gegen die Gruppe »Objekt 21« wird ermittelt wegen des Verdachtes auf Waffen- und Rauschgifthandel, illegale Prostitution, Raubüberfälle, dutzende Einbruchsdiebstähle, Erpressung, Internetbetrügereien, Brandanschläge und schwere Körperverletzung. Der Verdacht auf NS-Wiederbetätigung (in Österreich ein schweres Verbrechen mit hoher Strafandrohung) fehlte in der langen Liste. Dabei hatte die Geschichte der Organisation damit begonnen.

Am 26. März 2010 wurde der »Freizeit- und Kulturverein Objekt 21« offiziell als Verein bei der Behörde registriert. Schon bald war klar, dass es sich bei ihm um eine ›braune Truppe‹ handele, bei der Jürgen Windhofer den Ton angab. Mehrfach ist dieser bereits wegen NS-Wiederbetätigung verurteilt worden, seine jüngste Haftstrafe (28 Monate ohne Bewährung) erhielt er im Juni 2010 wegen der Gründung des »Kampfverbandes Oberdonau« (Oberdonau ist die NS-Bezeichnung für Oberösterreich).

Jene oberösterreichische Region, in der auch die kleine Gemeinde Desselbrunn mit dem »Objekt 21« liegt, war und ist ein wichtiger Aktionsraum für Neonazis. Der »Bund Freier Jugend« (BfJ), eine illegale Neonazi-Struktur, hatte es in den Jahren zuvor geschafft, in fast jeder Bezirksorganisation der Jugendorganisation der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ), dem »Ring Freiheitlicher Jugend« (RFJ), seine Aktivisten als Funktionäre unterzubringen und so doppelgleisig zu agieren. Auch nach der Zerschlagung des BfJ, dessen Protagonisten sich in einem NS-Wiederbetätigungsprozess verantworten mussten (in dem sie allerdings freigesprochen wurden), gab es zahlreiche neonazistische Aktivitäten. Anfang Mai 2009 attackierten mehrere Jugendliche bei einer Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Ebensee italienische und französische AntifaschistInnen, darunter auch ehemalige KZ-Häftlinge, mit Softgun-Sturmgewehren und brüllten Nazi-Parolen. Wenige Tage später fand in der Nähe in einem abgelegenen Gasthof ein als Geburtstagsfest (für Windhofer) getarntes Neonazi-Konzert mit mehr als 100 TeilnehmerInnen statt. Die Polizei tauchte erst auf, als die meisten Gäste schon fort waren. Die Recherchen von www.stopptdierechten.at ergaben damals, dass die Neonazis untereinander, aber auch mit bayrischen Neonazis gut vernetzt waren und zudem immer wieder die legalen Strukturen des RFJ nutzten.

Es war daher auch nicht überraschend, dass unter den Aktivisten des »Objekt 21« gleich zu Beginn ein FPÖ- Gemeinderat zu finden war. Schon kurz nachdem die Neonazis einen alten Bauernhof in der Gemeinde Desselbrunn bezogen hatten, organisierten sie Vereinsabende, veranstalteten Konzerte und versuchten, über ihre Internetpräsenz auch einen Versandhandel aufzuziehen. Nach wenigen Wochen gab es erste Proteste von Antifa-Gruppen, verbunden mit der Forderung nach dem Verbot des Vereins wegen NS-Wiederbetätigung. Doch die Behörden zierten sich: es handle sich nur »um eine Handvoll Leute«, die »verhalten agieren« würden, erklärte der oberösterreichische Sicherheitsdirektor noch im Juni 2010. Tatsächlich gab es zum damaligen Zeitpunkt keine auffälligen politischen Aktivitäten im Ort. »Objekt 21« ist eine weitgehend geschlossene Veranstaltung von Neonazis und offensichtlich auch Rückzugsort. Im Herbst 2010 wurde nach ersten Hausdurchsuchungen die Internetpräsenz eingestellt, im Februar 2011 endlich der Verein behördlich aufgelöst – wegen NS-Wiederbetätigung. Die folgerichtige strafrechtliche Verfolgung der Vereinsfunktionäre lässt bislang jedoch auf sich warten – bis heute gibt es keine Anklage. Der Internet-Versandhandel, den ein Aktivist der Gruppe unter der Bezeichnung »Nordic Squad« (abgekürzt NS) aufgezogen hat, wurde im März 2011 wegen NS- Wiederbetätigung angezeigt. Der Betreiber wurde schließlich als einziger vor Gericht gestellt und im August 2012 verurteilt.

Doch die Behörden interpretierten die Gruppe weiterhin völlig falsch. Bei einer Hausdurchsuchung im Sommer 2011 wurde nach Waffen beziehungsweise Munition gesucht, aber nichts gefunden. Wie sich jetzt herausstellte, kein Zufall. Die Neonazis waren vor den Razzia-Terminen gewarnt worden.

Ab 2011 verlieren sich die Spuren der Neonazis. Erst jetzt wurde klar, dass das damals ihre aktivste Zeit im kriminellen Bereich war. Im November 2012 wurde in Gotha (Thüringen) der über internationalen Haftbefehl gesuchte Andreas P. festgenommen. Ihm werden etliche Einbruchsdiebstähle, schwerer Raub, Körperverletzung, schwere Nötigung, gefährliche Drohung und Brandstiftung vorgeworfen. Ende 2008 war er noch als »nationaler Gefangener« in Ichtershausen inhaftiert. Nach seiner Freilassung war er im Umfeld des »Objekt 21« offensichtlich zwischen Oktober 2011 und Sommer 2012 aktiv. Bekannt wurde in den letzten Wochen auch, dass die Neonazis von »Objekt 21«, deren krimineller Aktionsradius offensichtlich im oberösterreichisch-bayrischen Raum und in Wien war, nicht nur zu den bayrischen Kameraden, zum Beispiel von der »AktioNS-gruppe Passau«, gute Kontakte pflegten, sondern auch zu Neonazis aus Thüringen. Doch mittlerweile sind die Ermittlungsbehörden verstummt. Nach wie vor ist unklar, warum sie über Monate, vielleicht sogar Jahre, die erheblichen kriminellen Aktivitäten nur »beobachtet« haben, bevor die Festnahmen erfolgten. Weder zu dem schwerwiegenden Vorwurf, wonach die Razzien den Neonazis angekündigt wurden, noch zu der jahrelangen Verschleppung einer Anklage wegen NS-Wiederbetätigung gibt es bislang überzeugende Antworten.

Weitere Informationen: www.stopptdierechten.at

Herrenwitze in gepflegter Runde

von Annelies Senf

»Für eine Uni ohne elitäre Männerbünde, nationale Traditionen und Geschichtsrevisionismus!« Deutlicher ist das Ziel der GegnerInnen von Studentenverbindungen nicht zu formulieren.
Ende vergangenen Jahres veröffentlichte der ASTA der FU Berlin einen Anti-Burschenschaftsreader mit dem Titel: »Gute Nacht, Burschenpracht. Burschenschaften in Berlin. Feministische Kritik am Verbindungswesen. Aktuelle Entwicklungen«.
Die Querelen in der »Deutschen Burschenschaft« (DB) seit 2011 um den so genannten Ariernachweis und die breiten Proteste gegen den Ball des »Wiener Korporationsring« (WKR) 2012 in Wien nutzen die AutorInnen als Aufhänger, um in der Broschüre das Problem der reaktionären akademischen Verbindungen an den Universitäten zum Thema zu machen.
Der Schwerpunkt dieser Broschüre liegt auf der feministischen Kritik. Die AutorInnen widmen sich dem traditionellen Frauenbild und der Reaktion von Burschenschaften auf Gender-Mainstream. Interessant zu lesen sind die Geschichte von Frauen und Frauenverbindungen an den Universitäten. Dieses »faszinierende Kuriosum« innerhalb der Studentenverbindungen konstituierte sich bereits 1899 beziehungsweise 1906 und es gab bisher ungefähr 150 Studentinnenverbände, wobei heute noch etwa 50 aktiv sind.
Den AutorInnen ist es wichtig deutlich zu machen, dass diese Frauenverbindungen nichts mit emanzipatorischen Ansprüchen zu tun haben, sondern am klassischen Rollenverständnis festhalten und antifeministisch sind. Sie folgen, genau wie die männlichen Korporationen auch, dem gesellschaftlichen Idealbild einer hierarchisch organisierten Gesellschaft mit bürgerlichen Werten: Konservatismus, Nationalismus, Obrigkeitstreue und Elitenbildung.
Die Darstellung von Damenverbindungen kommt hingegen in dem Anti-Burschenschaftsreader des StudentInnenRat der Universität Leipzig sehr knapp weg. Dafür legen die AutorInnen in »Getrennt in den Farben – vereint in der Sache? Argumente über Student_innen- Verbindungen und ein Blick in die Leipziger Szene« ihren Fokus auf die völkische Idee, die korporierte Erziehung, die Strukturen und politischen Verknüpfungen der Burschenschaften an der Leipziger Universität. Die AutorInnen kritisieren das Männerbund- und Lebensbundprinzip, welches als Gegenbild zur schnelllebigen, beliebigen modernen Welt stilisiert wird, indem es Beständigkeit, Treue und Bindung verspricht. In der Realität aber sind Regelwerke und Tradition bestimmend, nicht persönliche Entfaltung und Ich-Identität. Es bestehe, so die KritikerInnen, ein Widerspruch zwischen der von Burschen hochgehaltenen »geistigen Freiheit« und dem gleichzeitig propagierten »Gemeinschaftswillen«.
Augenmerk legen beide Broschüren auf die Schnittstelle beziehungsweise offene Flanke der Korporationen nach rechts außen. So lassen sich Verbindungen in die extreme Rechte sowohl in Berlin als auch in Leipzig nachweisen.
Während der Berliner Anti-Burschenschaftsreader das Thema breiter auffächert und auch den WKR oder die Aktivitäten der Burschenschafter in sozialen Netzwerken anspricht, geht die Leipziger Broschüre in die Tiefe, indem sie sich ausschließlich auf die ortsansässigen Verbindungen konzentriert.
Anders aufgestellt ist der Anti-Burschenschaftsreader des AStA der Goethe-Universität in Frankfurt/Main, der leider nur im Internet zu lesen ist. »Autoritär, Elitär, Reaktionär« ist eine Aufsatzsammlung über akademische Verbindungen. Ausführlich und kritisch beschäftigen sich Beiträge vom APABIZ, von Stephan Peters, Jörg Kronauer und Initiativen gegen Burschenschaften an den Universitäten Marburg, Göttingen, Frankfurt sowie Dresden mit: Geschichte der Burschenschaften respektive deren Rolle im NS, Geschichtsrevisionismus, der sich auch in der eigenen Geschichte und dem »Kampf um Südtirol« abbildet, der Ideologie des »deutschen Volkstums« und des Männerbundes, die sich in der aktuellen Debatte um den Ariernachweis und ein heteronormatives Lebenskonzept widerspiegelt beziehungsweise der korporierten Erziehung.
Die drei Broschüren richten sich hauptsächlich an Studierende, bieten aber auch anderen Interessierten einen guten Einstieg in die Thematik.

Antifaschismus und Internationalismus Referat AStA FU Berlin (Hg.): Gute Nacht, Burschenpracht. Burschenschaften in Berlin. Feministische Kritik am Verbindungswesen. Aktuelle Entwicklungen. Ausgabe 1, Wintersemester 12/13, 28 Seiten, Download: http://www.astafu.de/node/226.

Referat für Antirassismusarbeit, StudentInnenRat der Universität Leipzig (Hg.): Getrennt in den Farben – vereint in der Sache? Argumente über Student_innen-Verbindungen und ein Blick in die Leipziger Szene. Leipzig 2011, 28 Seiten, Download: www.stura.uni-leipzig.de/fileadmin/stura/mitarbeiterinnen/antira/svbroschuere2011-sturaUL-web.pdf.

AStA der Goethe Universität (Hg.): Autoritär, Elitär, Reaktionär. Frankfurt/Main, Dezember 2012, 68 Seiten, Bezug: verbindungskritik@gmx.de.

Staat und Gesellschaft in Ungarn

von Margarete Schlüter

Mit Hilfe der Insignien von »Pfeil, Kreuz und Krone« schwört der seit 2010 regierende »Fidesz« die in Ungarn lebenden Menschen auf seine völkischen Anliegen ein und setzt diese in Form einer neuen Verfassung und einschneidender Gesetzesänderungen um. Auch in der Wirtschaftspolitik wurde ein neuer Kurs eingeschlagen. Inspiration für seine politische Arbeit erfährt der völkische »Fidesz« durch die extrem rechte Partei »Jobbik«, die als drittstärkste Kraft im Parlament sitzt. Parallel zu diesen Entwicklungen in der staatlich-politischen Sphäre vollziehen sich auch innerhalb der ungarischen Gesellschaft Prozesse autoritärer und völkischer Formierung.
In dem Buch »Mit Pfeil, Kreuz und Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn« wird detailliert aufgezeigt, dass die Idee des Völkischen in Ungarn seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts anzutreffen ist und in unterschiedlichem Maße bis heute fortwirkt. Gegenwärtig drückt sich diese unter anderem durch Geschichtsrelativierung und Revisionismus im Medien- und Kulturressort sowie völkischen Ordnungsprinzipien in der Rechtsprechung aus. Mit dem Völkischen einher geht das Konstruieren von Feindbildern im Inneren der ungarischen Gesellschaft – so der alltäglich gewordene Antiziganismus.
Betrachtet wird ebenso die Wirtschafts- und Sozialpolitik unter der »Fidesz« im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise. Im Streben um die Nationalisierung des Wirtschafts- und Finanzmarktes erkennt die Regierung die Möglichkeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen. In einem weiteren Kapitel wird der Versuch nachgezeichnet, sich außenpolitisch vom Westen loszulösen und dem Osten zuzuwenden. Diesen Bestrebungen liegen nicht nur ökonomische Überlegungen, sondern auch ein kulturalistisches und ethnisierendes Weltbild zugrunde, so die AutorInnen.
Die Stärke des Buches liegt in der breiten Betrachtung und Bewertung der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen Ungarns. Verständlich geschrieben, ist es besonders denjenigen zu empfehlen, die sich mit den Prozessen in Ungarn noch nicht so sehr auseinandergesetzt haben. Die AutorInnen kommen zu dem Schluss, dass Ungarn eine völkische Konzeption zugrunde liege, die zu weiteren Verschärfungen führen könne und damit die »Option auf den Faschismus« eröffne. Wobei diese Hypothese umstritten ist.

Andreas Koob, Holger Marcks, Magdalena Marsovszky: Mit Pfeil, Kreuz und Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn. Münster: Unrast, 2013, 208 Seiten, 14 Euro.

Brauner »Tausendsassa«

von Ernst Kovahl

Thorsten Heise ist einer jener Nazi-Kader, die über Generationen von Aktiven Kontinuität in der braunen Szene gewährleisten und den deutschen Neonazismus prägen. Eine schmale Broschüre unter dem Titel »Tausendsassa im braunen Netz: Neonazi Thorsten Heise« porträtiert nun den rechten Multifunktionär. Geschrieben wurde sie von Kai Budler, der auch in »der rechte rand« publiziert. Der heute 44-jährige Heise begann seine braune Karriere in der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei«, die 1995 verboten wurde. Später baute er mit der niedersächsischen »Kameradschaft Nordheim« eine überregional aktive Gruppe auf, die modellhaft für die entstehenden Strukturen der »Freien Kameradschaften« stand. Nach seinem Eintritt in die NPD war er bis 2011 Beisitzer im Bundesvorstand der NPD und leitete das »Referat Freie Kameradschaften«. Heute ist er stellvertretender Landesvorsitzender der Nazipartei in Thüringen und sitzt für sie im Kreistag Eichsfeld. In seinem Haus im nordthüringischen Fretterode finden Nazi-Treffen und Veranstaltungen statt, von hier aus betreibt er als Musikproduzent das Label »WB Records« und den »WB Versand«. Hier sitzt auch der »Nordland-Verlag«, in dem die von Heise herausgegebene Zeitschrift »Volk in Bewegung – Der Reichsbote« erscheint. Als cleverer Geschäftsmann restaurierte er sein altes Fachwerkhaus mit Fördermitteln des Landes. Mit dem »Eichsfeldtag« hat Heise mittlerweile zudem ein Rechtsrock-Event in der Region etabliert. Heise steht seit Jahren an der Schnittstelle unterschiedlicher Strömungen und Organisationen der Szene. Er verbindet militante »Kameradschaften«, vermeintlich seriöse Kommunalpolitik, NPD-Parteiarbeit, Rechtsrock-Geschäft, Burschenschafter, Holocaustleugner und die Szene der NS-NostalgikerInnen. Polizei und Geheimdienste hatten und haben ihn offenbar immer wieder im Blick. Trotz zahlreicher Ermittlungen, Straftaten und Waffenfunden ist Heise jedoch bisher juristisch vergleichsweise glimpflich davongekommen. Mit der Broschüre liegt nun ein gut geschriebenes, kurzes Porträt des Nazi-Kaders Heise und seiner Arbeit vor. Fazit: Lesenswert.

Kai Budler: »Tausendsassa« im braunen Netz: Neonazi Thorsten Heise. Erfurt: Mobit e. V., 2013, 24 Seiten. Kostenfreier Download unter: www.mobit.org/Materialien/Mobit-HeftThorstenHeise-web.pdf.

Verschenkt

von Carla Jaschinski

Der Titel »Rechtsextremismus in Deutschland und Europa« verspricht, so zumindest die wohl naheliegende Assoziation, ein Buch zum Thema mit besonderem Schwerpunkt auf transnationalen Kontakten der extremen Rechten, gemeinsamen Themenstellungen oder einfach einem (kleinen) Überblick über die Situation in verschiedenen Ländern. Doch die Beiträge, die auf die »13. Karlsruher Gespräche Rechts außen: Rechtsextremismus in Europa heute« 2009 zurückgehen, lassen eineN etwas ratlos zurück. Von den 14 Beiträgen beziehen zwei einen internationale Blickwinkel am Rande mit ein, zwei rücken sie in den Mittelpunkt und einer widmet sich dem »Front National« aus internationaler Perspektive.
Dabei lassen die Namen der AutorInnen eigentlich hoffen: Wilhelm Heitmeyer, Birgit Rommelspacher, Michael Kohlstruck, Renate Bitzan, Volker Weiß, Jean-Yves Camus, Reiner Becker, Ronny Blaschke und einige mehr. Doch das Dilemma des Bandes liegt in dem ihm zugrunde liegenden Zuschnitt. Er ist ein Sammelband zu eben jener Veranstaltungsreihe, bei der die Eingeladenen aus ihren Wissensgebieten vorgetragen haben – in der Regel mit Thesen, die sie bereits anderweitig fundiert dargelegt haben. Wer »Deutsche Zustände« gelesen und die Diskussion über das Konzept »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« verfolgt hat, findet hier bei Heitmeyer nichts Neues. Wer die Studie »Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe« der »Bertelsmann Stiftung« kennt, weiß, was Britta Schellenberg vorträgt. Die Liste ließe sich so fortsetzen. Vielleicht könnte dem Band zu Gute gehalten werden, dass er immerhin in viele Arbeiten Einblicke ermöglicht, auch wenn der Titel Makulatur ist. Doch dafür sind einige der Aufsätze zu kurz und manche zu lieblos geraten, als dass sie in der Gänze einen echten Zugewinn brächten. Schade.

Caroline Y. Robertson-von Trotha (Hg.): Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Rechts außen – Rechts ›Mitte‹? Baden-Baden: Nomos, 2011, 188 Seiten, 26,00 Euro.

Faschistische Europaideen

von Jana Bleibtreu

»Die Idee eines vereinten Europas wird [...] nahezu ausschließlich mit liberalen und demokratischen Idealen in Verbindung gebracht«, schreibt Robert Grunert im Vorwort des Buches »Der Europagedanke westeuropäischer faschistischer Bewegungen 1940 – 1945«, dabei »existierten in Deutschland wie gleichsam im gesamten Europa der Zwischenkriegszeit und des Zweiten Weltkrieges mehrere miteinander rivalisierende Konzeptionen«, demokratische und autoritär bis faschistische, wie er am Beispiel der »Nationaal-Socialistische Beweging« (NSB) aus den Niederlanden, der »Rex«-Bewegung aus Belgien und der »Parti Populaire Francais« (PPF) zeigt. Er skizziert ihre mitunter sehr unterschiedlichen Vorstellungen und zeigt, wie sich diese im Zeitverlauf beziehungsweise in Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Konzeptionen verändern. Anschaulich wird dabei, wie erst mit dem Zweiten Weltkrieg in der Elite Nazi-Deutschlands eine Idee, jene vom »grossgermanischen Reich«, dominant wird und das sich die Kollaborateure in den untersuchten Ländern erster spät dieser Konzeption unterwerfen. Der Verdienst des anschaulich und flüssig geschriebenen Buches besteht – auch für weniger historisch Interessierte – darin, die Heterogenität faschistischer Bewegungen in Europa jener Zeit in Hinblick auf ein Thema sichtbar zu machen. Es lehrt, dass die heutigen Diskussionen der extremen Rechten um eine zukünftige Gestaltung Europas, die mitunter sehr kontrovers verlaufen, vielfältige Vorläufer haben und dass die derzeitige Unentschiedenheit kein Grund zur Entwarnung ist. Die Veränderung von Rahmenbedingungen könnte gegebenenfalls erneut dazu führen, sich auf eine gemeinsame Konzeption einzulassen. Entsprechend sollte der Band von allen zur Kenntnis genommen werden, die sich nicht nur mit deutschen Neonazis in heimischen Gefilden, sondern eben auch mit deren transnationalen Aktivitäten befassen.
Im Übrigen ist die von Grunert verwandte Literatur beziehungsweise der Fußnotenapparat eine wunderbare Fundstelle, um sich weitergehend mit dem Thema zu beschäftigen.

Robert Grunert: Der Europagedanke westeuropäischer faschistischer Bewegungen 1940 – 1945. Paderborn u. a.: Ferdinand Schöningh, 2012, 318 Seiten, 44,90 Euro.

der rechte rand ist ein Magazin von und für AntifaschistInnen.
Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause.
6 Ausgaben pro Jahr: 18,- Euro (Inland) mit Lastschriftverfahren,
20,- Euro ohne Lastschriftverfahren
Abo der rechte rand, Postfach 304180, 20324 Hamburg
Postgiro Hannover, BLZ 250 100 30, Konto 44 55 86 - 301

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift der rechte rand bis auf Widerruf.
Ab der nächsten Ausgabe möchte ich für 6 Ausgaben ein
[ ] Inlandsabo für 18,- Euro
[ ] Auslandsabo für 25,- Euro
[ ] Soli Inlandsabo für 25,- Euro
[ ] Super Soli Inlandsabo für 50,- Euro bestellen.
Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter. Wir verschicken frühzeitig eine E-Mail als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige E-Mail-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der E-Mail-Adresse sind umgehend mitzuteilen.

Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen. Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.
Dieses Formular ist nur mit Unterschrift, Adresse (inkl. E-Mail-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an die oben genannte Adresse oder per Mail an: abo@der-rechte-rand.de schicken.
Danke für die Bestellung und viel Spaß beim Lesen.
Redaktion
der rechte rand

Name ____________________ E-Mail-Adresse ________________________
Anschrift ____________________ Unterschrift ________________________

Photos

in dieser Ausgabe:

der rechte rand (Seite: 7 Diagramm)
Robert Andreasch (Seite: 21)
Privat (Seite: 24)

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Richardt
Herausgeber: Verlag Der Rechte Rand GbR, Rolandstr. 16, 30161 Hannover

Postanschrift und Aboverwaltung:
Magazin der rechte Rand
Postfach 304180, 20324 Hamburg
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: Interdruck Berger und Herrmann GmbH, Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.